

PROTOKOLL

über die 21. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 6. Juli 2006, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Roman Eichhübl, Ernst Esterle, Ute Fanta, Helga Feller-Höllner, Mag. Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Mag. Stephan Keiler LL.M., Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, GR Dr. Helmut Zöttl

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

Wa-41/99 Entsorgung von Schlamm und Unrat aus dem Wehrgraben; Vergabe der Baggerarbeiten.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) GHJ2-50/06 Projektierung der Ufersicherung der Wasserwehr.
- 2) Fin-120/05 Rechnungsabschluss 2005.
- 3) Rp-1/05 Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2005 gem. § 39 Abs. 3 StS.

4) Präs-488/99 Regionalverkehrskonzept für den öffentlichen Verkehr für die Region Steyr; Grundsatzbeschluss.

5) Fin-136/06 Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologien in Österreich (VPTÖ) – Profactor; Förderung des Programms Profactor III – 1. Arbeitsperiode (1. 4. bis 31. 12. 2007):

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

6) SH-135/06 Sozialhilfe – Barleistungen.

7) Fin-116/06 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2006.

8) BauH-41/06 Alten- und Pflegeheim Münchenholz, Klagen der Hitbau GmbH gegen die Stadt Steyr; Abschluss eines Vergleiches.

9) Fin-135/06 Alten- und Pflegeheim Tabor; Bilanz und Jahresabschluss 2005.

10) Fin-148/06 Alten- und Pflegeheim Münchenholz; Bilanz und Jahresabschluss 2005.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

11) GHJ2-31/06 Erste Etappe Erneuerung der Beleuchtungskörper und Malerarbeiten Sonderschule Industriestraße.

12) GHJ2-48/06 Erneuerung der Randleistensteine Sonderschule Industriestraße.

13) KD-27/06 Ankauf eines Salzsilos und einer Soleaufbereitungsanlage; Ersatzbeschaffung.

14) ÖAG-8/06 Verkauf von Grundstücken im Bereich Stelzhamerstraße an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH.

15) Ha-5521/90 Änderung des Übereinkommens zwischen der Stadt Steyr und der Waizinger GmbH & Co KG vom 29. 1. 1992.

16) Abfall-4/06 Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft mbH, Abschluss eines 2. Nachtrages zur Partnervereinbarung mit der Stadt Steyr.

17) ÖEG-8/05 Verkauf der Grundstücke 413/12 und 413/39, Grundbuch Hinterberg, an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

18) Stw-39/06 Städtische Bestattung; Anhebung der Bestattungstarife ab 1. 10. 2006.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

19) BauStr-4/06 Straßenneubau 2006 für nachstehend angeführte Bauvorhaben.

1. Stein – Goldhanstraße BA 1
 2. Resthof – Moserstraße
 3. Taschelried –Taschelriedstraße
 4. Schlüsselhof BA 1
- Dringlichkeitsbeschluss

20) BauStr-2/06 Asphaltierungsprogramm 2006; Vergabe der Arbeiten.

21) BauStr-3/05 Straßensanierung Münchenholz.

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

22) Präs-419/06 Antrag des Bürgerforums und GR. Ing. Hack betreffend Richtlinien für die Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen in Steyr; Änderung des Zuschussbetrages.

23) VerkR-591/06 Neufassung der Parkgebührenverordnung der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf Sie herzlich zu unserer heutigen GR-Sitzung begrüßen. Ich darf auch die Vertreter der Presse ganz herzlich begrüßen und die Gäste, die heute hier sind. Ich darf feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind heute GR Mag. Erwin Schuster und GR DI Christian Altmann. Entschuldigt sind heute der GR Dr. Helmut Zöttl und die Frau GR Birgitta Braunsberger-Lechner.

Bevor ich auf meinen nächsten Punkt eingehe, möchte ich auf eine Änderung hinweisen. Ich bitte um Verständnis, dass heute nach meinem Tagesordnungspunkten die Punkte vom StR Gunter Mayrhofer kommen und ich bitte um Ihre Zustimmung zu dieser Veränderung. Der Herr StR Gunter Mayrhofer muss zu einer Veranstaltung wo er einen Landesrat vertreten muss und möchte daher etwas früher von unserer GR-Sitzung weggehen. Ich bitte um Verständnis dafür.

Ich komme zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Die Grünen Steyr richteten mit Schreiben vom 19. 6. 2006 folgende Anfrage an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie bzw. auf welche Weise setzt die Stadt Steyr das OÖ ADG um?

2. Wurden die kommunalen Förderrichtlinien und die bestehende Förderpraxis nach den Kriterien des OÖ ADG bereits durchforstet bzw. wenn nein, wann soll dies erfolgen?

3. Welche Maßnahmen wurden seitens der Stadt Steyr getroffen, die Gemeindebediensteten über die geänderte Rechtslage zu informieren?

4. Werden der Stadt Steyr aus der Umsetzung des OÖ ADG Kosten erwachsen, sind diese im Budget berücksichtigt und wenn ja, in welcher Höhe? Sind damit auch allfällige Bußgelder mitberücksichtigt.

5. Welche Maßnahmen planen Sie, um auf die vom OÖ ADG erfassten Betroffenenengruppen seitens der Stadt Steyr aktiv zuzugehen und sie über ihre Möglichkeiten zu informieren?

6. Wird auch von der Stadt Steyr zur Diskriminierungsprävention der „Soziale Dialog“, wie er unter § 14 Abs. 5 Z. 5 des OÖ ADG für die Antidiskriminierungsstelle festgeschrieben ist, mit Organisationen wie etwa den MigrantInnenvereinen, der Homosexuellen Initiative, verschiedenen SeniorInnenvertretungen u.a.m. gepflegt?

7. Planen Sie Maßnahmen gegen rassistische Diskriminierung insbesondere vor Lokalen (z. B. gegenüber SchwarzafrikanerInnen), auch wenn diese nicht durch das OÖ ADG erfasst sind?

8. Setzen Sie darüber hinaus noch zusätzlichen, über den Rahmen des OÖ ADG hinausreichenden Handlungsbedarf für die Stadt Steyr und ihre Organe?“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Der OÖ Landesgesetzgeber hat mit dem OÖ ADG, LGBl. 50/2005, das europarechtlich vorgegebene Diskriminierungsverbot legislativ umgesetzt. Bereits mit dem Vertrag von Amsterdam (Art. 13) wurde die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für die Bekämpfung von Diskriminierung um die Gründe Rasse, ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung sowie Alter oder sexuelle Ausrichtung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erweitert.

Nach der geltenden Rechtslage besteht sowohl für den Bundes- als auch für den Landesbereich ein

umfassendes Diskriminierungsverbot. Neben Art. 7 Abs. 1 BVG und Art. 14 EMRK ist hier insbesondere Art. 9 Abs. 4 OÖ. LVG zu nennen, in dem sich das Land Oberösterreich ausdrücklich zur Gleichbehandlung und Gleichstellung aller Menschen im Sinne der Grundrechte, insbesondere zum Verbot jeglicher Diskriminierung bekennt. Im Rahmen der Umsetzung europarechtlicher Richtlinien hat der Landesgesetzgeber mit Wirkung vom 1. Juni 2005 nunmehr das OÖ ADG verabschiedet.

In den nun folgenden Punkten werden die Anfragen im Einzelnen detailliert erläutert:

Zu Frage 1)

In § 19 des OÖ ADG normiert der Landesgesetzgeber ausdrücklich, dass die Gemeinde die nach diesem Landesgesetz obliegenden Aufgaben als solche des eigenen Wirkungsbereiches wahrzunehmen hat. Entsprechend dem Geltungsbereich des OÖ Antidiskriminierungsgesetzes unterliegen sowohl die Hoheitsverwaltung als auch die Privatwirtschaftsverwaltung der Gemeinde sowie die Besorgung öffentlicher Aufgaben durch ausgegliederte oder sonstige private Rechtsträger der Gemeinde dem Geltungsbereich des gegenständlichen Gesetzes. Die Stadt Steyr unternimmt mannigfaltige Anstrengungen sowohl im Bereich Gesundheit, Soziales, Wohnraum, Bildung, Zugang zur Erwerbstätigkeit als auch im Dienstrecht einschließlich der Personalvertretungsangelegenheiten um dem Diskriminierungsverbot gerecht zu werden. Diese Maßnahmen durch die Stadt Steyr werden nicht erst seit dem Inkrafttreten des OÖ Antidiskriminierungsgesetzes bereitgestellt, sondern sind ein Ausdruck einer sozialen verträglichen Grundeinstellung. Als Beispiele seien hier das Rahmen-Gleichbehandlungsprogramm des Magistrates der Stadt Steyr, die Unterstützung von Sozialeinrichtungen und das Bekenntnis zur sozialen Musterstadt beispielhaft erwähnt.

Zu Frage 2)

Die Stadt Steyr hat für die Gewährung von Förderungsmitteln Richtlinien in Form einer Subventionsordnung erlassen. Diese Richtlinien entsprechen dem § 17 des ADG wonach - wie den Beilagen 453/2005 zum kurzschriftlichen Bericht des OÖ Landtages, XXVI. Gesetzgebungsperiode, zu entnehmen ist - bei der Vergabe von Förderungen in Zukunft im selben Maße wie dies derzeit schon für die Gleichbehandlung von Männern und Frauen besteht, darauf Bedacht zu nehmen ist, ob geförderte natürliche oder juristische Personen sich an das Verbot der Diskriminierung halten. Diese Bedachtnahme hat individuell bei der Vergabe von Subventionsmitteln jedenfalls zu erfolgen.

Zu Frage 3)

Die Stadt Steyr hat im Rahmen des E-Government-Projektes einen Großteil der Arbeitsplätze mit Intranet und Internet ausgestattet. Damit ist es den Bediensteten möglich, sich einen Überblick über die geltende Rechtslage zu verschaffen. Zusätzlich zu dieser Maßnahme werden Bundesgesetze und OÖ Landesgesetze den Bediensteten in Papierform nachweislich im Umlauf zur Kenntnis gebracht.

Zu Frage 4)

Nach Rücksprache mit dem Finanzdirektor der Stadt Steyr sind im Budget der Stadt Steyr keine zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit dem OÖ ADG präliminiert. Eine Berücksichtigung allfälliger Bußgelder ist jedenfalls nicht vorgesehen.

Zu Frage 5)

Als wichtige konkrete Maßnahme zur Umsetzung des OÖ ADG hat die Stadt Steyr ein Rahmen-Gleichbehandlungsprogramm für alle MitarbeiterInnen geschaffen. Dieses Gleichbehandlungsprogramm des Magistrates der Stadt Steyr wurde allen aktiven Bediensteten zur Verfügung gestellt. Auch alle neu eintretenden MitarbeiterInnen erhalten zum Dienstantritt dieses Rahmen-Gleichbehandlungsprogramm ausgehändigt. Zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern wurde die Funktion einer Gleichbehandlungsbeauftragten eingerichtet, die von Frau Ulrike Seitlinger wahrgenommen wird.

Zu Frage 6)

Gem. Art. 11 Abs. 1 der Richtlinie 2000/43/EG und Art. 13 Abs. 1 der Richtlinie 2000/78/EG haben die Mitgliedstaaten in Einklang mit den einzelstaatlichen Gepflogenheiten und Verfahren geeignete Maßnahmen zur Förderung des sozialen Dialogs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit dem Ziel zu setzen, die Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes durch Überwachung der betrieblichen Praxis, durch Tarifverträge, Verhaltenskodizes, Forschungsarbeiten oder durch einen Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren, voranzubringen. So wie in § 14 des gegenständlichen Gesetzes die Antidiskriminierungsstelle zur Wahrnehmung konkreter Aufgaben verpflichtet wird, hat auch die Stadt Steyr freiwillig Anstrengungen unternommen, um ein

ausgewogenes Miteinander zwischen Organisationen wie dem Paraplü, dem Integrationsbeirat aber auch anderen und der Stadt Steyr herbeizuführen. Auch für unsere älteren MitbürgerInnen werden in den Seniorenclubs der verschiedenen Stadtteile entsprechende Betätigungsmöglichkeiten seitens der Stadt Steyr angeboten.

Zu Frage 7)

Derartige Maßnahmen stellen einen Eingriff in die Privatautonomie der Gastronomen dar und können durch die Stadt Steyr nicht einseitig wahrgenommen werden. Die Gastronomen haben keinen Kontrahierungszwang mit ihren Gästen und es steht ihnen frei, Zutrittsmöglichkeiten nach ihrem Willen zu gestalten.

Zu Frage 8)

Die Stadt Steyr setzt nicht nur hinreichenden Handlungsbedarf über den Rahmen des OÖ ADG sondern kann mit konkreten Handlungen aufwarten. Zum einen wird bei der Einstellung von BewerberInnen auf die sexuelle Ausrichtung, Religion und Weltanschauung kein Augenmerk gelegt. Diese Angaben sind auch keine Bewertungskriterien bei der Auswahl der BewerberInnen. Als Beispiel einer antidiskriminierenden Haltung der Stadt Steyr sei nur darauf hingewiesen, dass im Reinigungsdienst des Rathauses seit 24.4.2006 eine Schwarzafrikanerin als Aushilfskraft durchgehend beschäftigt ist. Nach Auskunft der Fachabteilung für Personalverwaltung sind darüber hinaus 29 Personen beim Magistrat der Stadt Steyr beschäftigt, deren Herkunftsland nicht Österreich oder Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind.

Abschließend kann aus Sicht der Stadt Steyr jedenfalls festgehalten werden, dass diese nicht erst seit der Erlassung des OÖ ADG mit Wirkung vom 1. Juni 2005 umfangreiche Maßnahmen zur Erfüllung des Diskriminierungsverbotes gesetzt hat. Um den Rahmen dieser Anfragenbeantwortung nicht gänzlich zu sprengen sei hier nur auf die demonstrative Aufzählung einzelner Maßnahmen hingewiesen, die bei weitem nicht der Vollständigkeit entsprechen kann.

Das wäre meine Beantwortung der Anfrage der Grünen.

Die Grünen Steyr richteten weiters mit Schreiben vom 19. 6. 2006 folgende Anfrage betreffend Reithoffergebäude an mich, die ich zuständigkeitshalber an Herrn Vizebürgermeister Bremm weitergeleitet habe. Ich ersuche dich, die Anfrage zu verlesen und zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Die Anfrage der Grünen, betreffend Reithoffergebäude, lautet:

1. Im Zuge der Neugestaltung der Reithofferwerke werden Magistratsabteilungen umgesiedelt. Um welche Abteilungen handelt es sich dabei?
2. Wie viele MitarbeiterInnen werden in die Reithofferwerke umgesiedelt?
3. In welcher Reihenfolge wird mit der Umsiedelung begonnen und wann ist sie abgeschlossen?
4. Wann wird mit den Umbaumaßnahmen begonnen?
5. Welchen Belegungsplan gibt es für die freiwerdenden Büros im Magistrat?
6. Manche Büros befinden sich in Liegenschaften, die nicht der Stadt gehören. Wann werden die Mietverträge gekündigt bzw. welche Kündigungsfristen müssen eingehalten werden?
7. Welche freiwerdenden Liegenschaften werden verkauft und wann werden sie ausgeschrieben?
8. Mit welchen Umbaukosten und mit welchen jährlichen Betriebskosten ist bei den neuen Magistratsabteilungen zu rechnen?
9. Welches Heizsystem wird zukünftig angewendet, zumal aus den Medien zu erfahren war, dass keine erneuerbaren Energieträger für die Heizung verwendet werden?
10. Welche Energiesparmaßnahmen werden beim Umbau der Reithofferwerke angewendet?
11. Ist das gesamte zukünftige Reithofferwerk barrierefrei?

12. Welche Nutzung gibt es zukünftig für den Erdgeschossbereich?

13. Durch die Absiedelung wichtiger Magistratsabteilungen wird seitens der Wirtschaft ein Kaufkraftverlust im Innenstadtbereich befürchtet. Gibt es seitens der Stadt dazu Untersuchungen?

Hiezu kann ich als zuständiger Referent Folgendes berichten:

Zu Frage 1)

Im Zuge der Neugestaltung der Reithofferwerke werden die Geschäftsbereiche, ich habe das schon einmal anlässlich einer GR-Sitzung bekannt gegeben und darüber informiert, aber noch einmal, die Geschäftsbereiche III, IV, und V sowie das Stadtarchiv, zugehörig zum GB VI übersiedeln. Im 1. Obergeschoss und in einem Teil des Erdgeschosses wird, wie auch nicht unbekannt, die Musikschule untergebracht.

Zu Frage 2)

Per heutigem Personalstand werden 106 Magistratsbedienstete in das Areal Reithoffer umgesiedelt. Da muss man noch einmal differenzieren, um auf diese Frage Kaufkraft, wer vom Stadtplatz ist und nicht vom Stadtplatz ist, das wird so 65 % und 40 % sein. Also, an die 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, so zirka, das kann man nicht ganz genau sagen, im Rathaus, die Bauabteilung und die Bezirksverwaltung, gut über 60, und rund 40 Leute Sozialamt und Gesundheitsamt. Also in diesen Bereich teilt sich das auf.

Zu Frage 3)

Die Reihenfolge der Übersiedlung und der Beginn stehen noch nicht fest. Jetzt werden wir erst einmal die dementsprechenden Beschlüsse fassen müssen. Wir werden die Beauftragung für die Sanierung, für den Umbau tätigen müssen. Der Zeitraum, wann hier die Übersiedlungen stattfinden, ist doch noch etwas entfernt. Es wird dann dementsprechende Planungen geben, wie die Übersiedlung stattfinden wird. Es muss ja dann auch mit der Musikschule koordiniert werden, was sinnvoll und zweckmäßig ist.

Zu Frage 4)

Mit den Umbaumaßnahmen wird mit größter Wahrscheinlichkeit Ende 2006 begonnen werden. Wir sind da dementsprechend in den Vorbereitungen und hoffen, dass mit Ende 2006 begonnen werden kann um auch bei den Ausschreibungen die Wintermonate zu bekommen, weil man erfahrungsgemäß weiß, dass gerade die Wintermonate im Baubereich von den Kosten her günstiger sind. Also wir werden alles daran setzen und hoffen, dass das alles auch gelingt. Wir sind relativ gut unterwegs.

Zu Frage 5)

Nach einer Sanierung des 3. Obergeschosses des Rathauses wird der derzeit im Objekt Stadtplatz 31 eingemietete GB VI - Kultur, Bildung und Sport -, sowie die FA für Kontrolle und Revision und die FA für Liegenschaftsverwaltung mit derzeit insgesamt 32 Bediensteten zurück in das Rathaus geholt. Es werden aber logischerweise, weil ja mehr Leute wegkommen werden, einige Räumlichkeiten frei bleiben. Es gibt ja einige Büros, wie bekannt ist, gerade im Baubereich, die ja nicht unbedingt die größte Attraktivität aufweisen und es wird das vorerst einmal eine gewisse Raumreserve für die Zukunft sein. Dann wird man sich überlegen müssen, wie weit in den unattraktiven Bereichen Sanierungen zweckmäßig oder nicht zweckmäßig sind. Das wird man sich dann anschauen. Da haben wir aber auch noch etwas Zeit. Ein Teil der freiwerdenden Räumlichkeiten werden von den erwähnten Bediensteten benötigt werden.

Zu Frage 6)

Die Räumlichkeiten im Objekt Stadtplatz 31 sind derzeit angemietet. Der bestehende Mietvertrag kann mit 31.12.2008 mit Ablauf 31.12.2009 gekündigt werden. Wir haben ja vor nicht allzu langer Zeit den einen Vertrag verlängert, wo die Kulturabteilung, Sportabteilung und Revision untergebracht ist, und wir haben da bei der Verlängerung schon darauf geachtet, dass wir aus dem Vertrag, aus der zeitlichen Abfolge her, aussteigen können. Wie die Liegenschaftsverwaltung dort eingemietet wurde, haben wir natürlich auch einen relativ kurzen Vertragszeitraum gewählt, weil wir natürlich schon die Zielsetzung immer gehabt haben, dass wir, wenn sich wo Möglichkeiten ergeben, die Bereiche die wir in angemieteten Büros untergebracht haben, wieder in stadteigenen Räumlichkeiten unterbringen sollen. Somit sind wir mit den Verträgen nicht längerfristig gebunden.

Zu Frage 7)

Der Verkauf der Objekte Redtenbachergasse und Musikschule wird zeitgerecht ausgeschrieben werden. Da haben wir auch noch ein bisschen Zeit, jetzt haben wir in der Reithoffer noch nicht begonnen, aber wir werden so zeitgerecht ausschreiben, dass wir da nicht unter Zeitdruck kommen und dass wir, und das wäre das Ziel, ich hoffe, dass es so gelingt, das kann man im Vorhinein nie so genau planen, aber wenn die Häuser freigemacht sind, dass wir dann auch dementsprechende Käufer schon haben und dass die Häuser dann sofort verkauft werden können. Das ist unsere Planung. Aber es wird sicherlich noch 2 ½ Jahre dauern. Da haben wir noch etwas Zeit dazu, das brauchen wir noch nicht ausschreiben.

Zu Frage 8)

Die derzeitige Schätzung betreffend Umbaukosten ist auch äußerst schwierig zu beantworten, aber die Schätzungen laufen so ungefähr auf 11,900.000,- Euro. So in diesem Bereich wird sich das möglicherweise bewegen. Aber ich sage wirklich, das ist vollkommen unverbindlich. Man weiß bei den heutigen Preisen nie wie da angeboten wird, oder bei den heutigen Angeboten, das sehen wir gerade im Baubereich, da kann der Kollege Mayrhofer ein Lied davon singen, was es da für Differenzen oft bei den Ausschreibungen gibt. Das sind wirklich nur ganz grobe Kostenschätzungen, die dementsprechend anders ausschauen können. Ich ersuche da wirklich um Verständnis, dass nicht da in späterer Folge gesagt wird, 11,9 Millionen hat der Bremm gesagt am 6. Juli bei der GR-Sitzung. Also, das sind äußerst grobe Schätzungen.

Die Betriebskosten, welche man jetzt nur einmal von den Betriebskosten des Rathauses hochgerechnet hat, weil man auch das jetzt vorweg nicht sagen kann in einem Haus, in der Größenordnung was das ist, was dort die Betriebskosten sein werden, aber so grobe Schätzungen auch, also hochgerechnet an den Kosten des Rathauses dürften sich diese ungefähr bei 50.000, 55.000,- Euro bewegen, im Jahr.

Zu Frage 9)

Bezüglich Heizsystem laufen derzeit die entsprechenden Untersuchungen sowohl in wirtschaftlicher als auch in ökologischer Hinsicht. Also da sind die Fachabteilungen dabei, das zu untersuchen.

Zu Frage 10)

Bezüglich Energiesparmaßnahmen ist eine 10 cm starke Innendämmung der Wände, Außendämmung ist ja aus Denkmalschutzgründen nicht möglich, sowie eine ca. 30 cm starke Fußbodendämmung vorgesehen. Bei den Fenstern ist das noch offen, da kann man noch nichts sagen. Die Fenster sind auch ein ganz entscheidender Punkt, ob vom Bundesdenkmalamt darauf gepocht wird, dass die bestehenden Fenster drinnen bleiben müssen oder ob wir doch eine Genehmigung bekommen für das Auswechseln der Fenster. Das hängt natürlich mit den Energiesparmaßnahmen schon sehr stark zusammen und ist eng damit verbunden. Diese Entscheidung ist noch nicht gefallen, aber in anderen Bereichen sind diese Dämmungen vorgesehen.

Zu Frage 11)

Sämtliche Einrichtungen im neuen Amtsgebäude Reithoffer sind barrierefrei erreichbar, selbstverständlich. Sämtliche Stockwerke sind über einen Lift problemlos befahrbar. Es ist ein Lift vorhanden und wir werden diesen erneuern und ist selbstverständlich barrierefrei. Auch das in der Öffentlichkeit erwähnte Archiv, das so ein bisschen in Frage gestellt wurde, ob das barrierefrei ist, ob das in jedem Stockwerk zugänglich sein wird, na selbstverständlich wird das organisatorisch so geschehen, dass das auch barrierefrei zugänglich ist.

Zu Frage 12)

Der Erdgeschossbereich beinhaltet den GB V sowie die Mutterberatung und die Sozialhilfestelle des GB IV. Weiters wird ein Sozialraum für die Bediensteten und vor allem aber auch, und das nimmt auch einen großen Bereich ein, der Vortragssaal für die Musikhauptschule im Erdgeschoss integriert.

Zu Frage 13)

Untersuchungen bezüglich Kaufkraftverlust im Innenstadtbereich durch die Absiedelung von Magistratsabteilungen aus dem Rathaus liegen nicht vor. Ich glaube, dass das auch nicht so einfach ist, dass man das machen kann. Ich bin aber überzeugt davon, um da hier auch anzumerken, dass hier der Kaufkraftabfluss aufgrund der Übersiedlung von 50 oder 60 Magistratsbediensteten sich sehr stark in Grenzen halten wird, weil das ja auch auf die Beschäftigten der Magistratsabteilung bezogen ist, weil ihr Hauptschwerpunkt oder ihre Haupttätigkeit ist nämlich, dass sie hineingehen und 8 Stunden arbeiten und dann wieder nach Hause gehen. Die gehen nicht hinein ins Rathaus arbeiten

und nebenbei kauft sie sich einen Rock. Ich will nicht bestreiten, dass vielleicht gerade in so kleinen Bereichen, was man so für das Tagtägliche braucht, gerade im Zigarettenbereich und in solchen Dingen, dass das nachteilige Auswirkungen hat. Aber das hat man ja auch in den vorhergehenden Diskussionen, auch schon die Fachleute der Bauabteilung immer wieder bestätigt, dass die Leute die in die Bauabteilung gehen, weil sie irgendwelche technischen Abklärungen oder Ansuchen haben, dass die nicht hineingehen und gleichzeitig sagen sie, bei der Gelegenheit kann ich mir auch gleich einen Rock kaufen und eine Hose würde auch noch dazu passen. Also, das Kaufverhalten ist schon anders. Es wird sich auf alle Fälle in Grenzen halten. Andere Städte haben Teile ihrer Verwaltung auch absiedeln müssen, aufgrund der Ausweitung, und die haben es auch alle überlebt. Danke vielmals.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Zusatzfrage: Die Frage Energiesparmaßnahmen. Du hast gesagt, dass das überprüft wird und derzeit noch in Ausschreibung ist. Es ist ja auch geplant, dass die Grundstücke oben beim Reithoffer irgendwann einmal bebaut werden bzw. stehen ja auch Grundstücke bei der Bahn-, Buszentrale die ja irgendwann einmal aufgelöst wird oder zum Teil schon aufgelöst ist, also, es ist zu rechnen, dass diese Bereiche bebaut werden. Ist eigentlich daran gedacht worden, eine zentrale Biomasseversorgung für den ganzen Stadtteil anzuwenden, weil ein Teil der Grundstücke ja auch im Besitz der Stadt ist, also speziell die Grundstücke Reithoffer?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich kann jetzt das Ergebnis der Untersuchungen der Fachabteilungen nicht konkret sagen, ich weiß das nicht genau, wie weit das ist. Ich kenne nur ein paar Untersuchungen die direkt über die Fachabteilung Liegenschaftsverwaltung gegangen sind, weil wir das Thema auch schon einmal im Gemeinderat gehabt haben und im Umweltausschuss diskutiert haben. Alternativen im innerstädtischen Bereich, ob das jetzt Biomasse oder Hackschnitzelheizung oder dergleichen ist, im innerstädtischen Bereich oder so im dicht verbauten Bereich, aufgrund bestehender Anlagen, ist das äußerst schwierig. Wir haben da gerade die Schule am Tabor untersucht, was es bedeuten würde wenn wir die Schule, weil wir dort Heizkessel umstellen - da werde ich heute noch den Antrag, nein, beim nächsten Stadtsenat habe ich den, den habe ich heute unterschrieben – das habe ich untersuchen lassen, was würde es bedeuten, dort eine Hackschnitzelheizung vorzusehen. Es ist einfach vom Platzbedarf, wie so eine Anlage ist, unmöglich dort. Also, wenn Steyr in solchen Dingen eine Entwicklung nehmen soll, es gibt ja da eh ein Projekt das Profactor mitbetreibt über die SWH, da habe ich auch jetzt schon einige Zeit nichts mehr gehört, dann wird das wahrscheinlich, wenn man überhaupt in diese Richtung geht, nur eine zentrale Anlage sein können. Es wird nicht bei jedem städtischen Objekt eine eigene Anlage geben können, weil es gibt da eine ganze Reihe von negativen Auswirkungen mit dem Transport, mit den Lagerräumlichkeiten und mit den Errichtungen der Heizwerke udgl. Es ist nicht ganz einfach. Natürlicherweise wird es auch einen wirtschaftlichen Aspekt geben, der ist auch dabei, den haben wir auch zu berücksichtigen. Wir werden nicht alles da machen können und sagen, die wirtschaftliche Seite spielt überhaupt keine Rolle. Also, eine gewisse Rolle, wobei natürlich der ökologische Gesichtspunkt mitbetrachtet werden soll. Da kann man abwägen, was ist es einem wert. Es ist unheimlich schwierig, ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Als Umweltstadtrat.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Eines muss man natürlich schon dazu sagen, dass gerade in den letzten Jahrzehnten in Steyr bezüglich Heizungen sehr viel getan worden ist. Einer der größten Umweltverschmutzer im privaten Bereich sind die Autos und das ist der Hausbrand gewesen. Wir haben doch eine äußerst dichte Versorgung von Fernwärme. Die Fernwärmeanlagen, dort sind auch die Abgaskriterien und die Auflagen dementsprechend ausgestattet und sind vorhanden. In den letzten Jahrzehnten ist da in Steyr mit Hilfe der Wohnungsgenossenschaften, aber auch unsere eigene Wohnungsgenossenschaft, sehr viel getan worden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, eine weitere Anfrage vom 27. 6. 2006 richtete die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bestehen vonseiten der Stadt Steyr Geschäftsverbindungen mit der BAWAG? Wenn ja, in welcher Art und in welcher Höhe (z. B. Mitarbeitervorsorge, Pensionskasse, diverse Darlehen und Kredite, usw.)?

Diese Frage hat natürlich mit der aktuellen politischen Diskussion einen sehr großen Bezug.

Begründung:

Die noch im Besitz des ÖGB befindliche Arbeiterbank BAWAG kämpft bekanntlich mit existenziellen Problemen und auch der ÖGB hat – wie bekannt wurde – zwei Milliarden Euro Schulden. Ein Konkurs der BAWAG und des ÖGB kann laut Eigendefinition nicht ausgeschlossen werden.

Um einen eventuellen Schaden von den Steyrer Bürgern und Magistratsbediensteten abzuwenden erhebt sich die Frage, ob auch die Stadt Steyr (sowie z. B. die Stadt Innsbruck) ihre Geschäftsbedingungen mit der BAWAG überdenken soll. Die FP-Gemeinderatsfraktion ist der Meinung, dass weder für die Steuerzahler noch für die Magistratsbediensteten durch Geschäftsverbindungen mit der BAWAG ein Risiko entstehen darf.“

Hiezu darf ich Ihnen Folgendes mitteilen:

1. Girokonten:

Die Stadt Steyr hat bei der BAWAG ein Girokonto, auf dem es in den Jahren 2005 und 2006 nur 10 Bewegungen gegeben hat. Der Kontostand per 30.6. 2006 betrug Euro 1.067,17.

Weiters hat die Stadt Steyr 2 Girokonten bei der PSK, wobei über ein Konto einige Zahlungen des Bundes und über das andere nur Alimente-Einzahlungen laufen. Die Kontostände per 30. 06. 2006 betragen Euro 1.534,65 bzw. Euro 1.569,37.

Generell ist im Bereich der Girokonten zu sagen, dass größere Habenstände sofort auf unser Hauptkonto bei der BA-CA übertragen werden.

2. Darlehen:

Die Stadt Steyr hat bei der BAWAG kein Darlehen.

Bei der PSK hat die Stadt Steyr zwei Darlehen, wovon eines heuer ausläuft und das andere eine Restlaufzeit bis zum Jahr 2014 hat. Die aushaftenden Darlehensstände betragen per 30. 06. 2006 Euro 72.672,82 bzw. Euro 904.958,48.

Ein Risiko im Darlehensbereich ist nicht gegeben.

3. Veranlagungen:

Gelder der Stadt Steyr sind weder bei der BAWAG noch bei der PSK veranlagt.

Weiters wird mitgeteilt, dass weder der Sparkassenfonds Steyr noch die Wilhelm-Gross-Stiftung eine Geschäftsverbindung mit der BAWAG bzw. PSK haben.

Aus den obigen Ausführungen ist ersichtlich, dass für die Stadt Steyr aus ihren Geschäftsbeziehungen mit der BAWAG bzw. PSK kein nennenswertes Risiko besteht bzw. bestand. An eine Änderung der Geschäftsverbindung ist daher nicht gedacht und aus Sicht des Geschäftsbereiches für Finanzen auch nicht notwendig.

Die GWG der Stadt Steyr verfügt über folgende Geschäftsverbindungen mit der BAWAG:

Ein Darlehen zur Teilfinanzierung des Pensionistenwohnhauses Industriestraße 7, Laufzeit noch bis 2017, Restschuld per 30. 6. 2006 Euro 179.000,00.

Ein Girokonto mit Stand Euro 1.465,73 (dieses Konto dient einzig und allein zur Darlehensabwicklung, andere Zahlungen laufen nicht über dieses Konto).

Bei den Stadtwerken Steyr bestehen zwei BAWAG Konten. Eines beim Gaswerk und eines beim Krematorium. Das Gaswerkkonto hat einen Jahresumsatz von Euro 9.906.311,88, mit einem Ultimosaldo 2005 von Euro 97.006,58. Auf diesem Konto werden fast alle Gaseinzahlungen der Stadtwerkkekunden getätigt. Das Konto wird monatlich abgesaugt und der Betrag dem BA-CA Konto gutgeschrieben. Beim Konto des Krematoriums beträgt der Jahresumsatz Euro 138.119,70 mit einem Ultimosaldo 2005 von Euro 9.374,15. Auch auf diesem Konto werden die Beträge nach Notwendigkeit

abgesaugt und ebenfalls dem BA-CA Konto gutgeschrieben.

Weitere Geschäftsverbindungen zwischen der Stadt Steyr, den einzelnen Betrieben bzw. Organisationseinheiten und der BAWAG konnten nicht festgestellt werden.

Eine weitere Anfrage richtet das Bürgerforum Steyr mit Schreiben vom 29. 6. an mich, sie lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich bitte höflichst um Beantwortung folgender Anfrage in der Sitzung des nächsten Gemeinderates vom 6. 7. 2006.

Frage 1: Wie ist der aktuelle Planungsstand beim Thema „Gaswerkareal?“

Frage 2: Welchen Zeitplan gibt es bei der Realisierung dieser Planungen?

Frage 3: Welche Maßnahmen sind im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung zu diesem Thema vorgesehen?“

Auch hiezu kann ich Folgendes berichten:

Im Stadtentwicklungskonzept der Stadt Steyr ist der Bereich des ehemaligen Gaswerkes im Wehrgraben/Gaswerkergasse sowohl planlich als auch textlich für eine zukünftige Erweiterung der Fachhochschule vorgesehen. Der Realisierungszeitpunkt wird sich dabei nach den Bedürfnissen und Anforderungen der Fachhochschule richten und wird nach derzeitigem Wissensstand der FA Stadtplanung mittel- bis langfristig erfolgen.

Zwischenzeitliche kurzfristige Nutzungen des Gaswerkareals, wie z. B. als Parkplatz, werden die mittel- und langfristigen Überlegungen zum Ausbau der Fachhochschule auf keinen Fall behindern bzw. ausschließen.

In Bezug auf eine Bürgerbeteiligung bzw. Bürgerinformation wird auf die Ausstellung in der Fachhochschule von September/Oktober 2005 verwiesen, die gemeinsam von der Stadt Steyr mit der Bürgerinitiative Wehrgraben veranstaltet wurde. Weitere Schritte werden nach entsprechenden Planungen eingeleitet.

Wir kommen zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Neuer Hochsicherheits-Pass

Der neue Hochsicherheits-Reisepass wird ab 16. Juni ausgestellt. Nach der Einführung dieses neuen Dokuments wird die gewohnte Sofortausstellung nicht mehr möglich sein. Die Gebühr von 69 Euro bleibt gleich.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Mai 2006 betrug 5,4 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 1,8 % niedriger. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,1 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Mai 2006 2.331. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 12,2 % (d. s. 324 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 0,8 % (d. s. 18 Personen).

Im Mai 2006 sind 527 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 62 Stellen weniger und gegenüber dem Vorjahr um 37 Stellen mehr.

Wir kommen jetzt zum Punkt 4) „Aktuelle Stunde“.

Die FP-Gemeinderatsfraktion ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Stadtfest 2006“.

Ich ersuche nun Herrn Gemeinderat Eichhübl, das Thema näher auszuführen. Oder macht das dein

Kollege?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, das macht der Kollege Payrleithner.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich bitte dich.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, früher war es immer ganz spannend und interessant, mit welchem Thema die verschiedenen Fraktionen ihren Beitrag bei der GR-Sitzung geleistet haben. Seit dem neuen Statut ist das einzig Spannende, wen der Bürgermeister aus dem Topf zieht und wer dran kommt. Nachdem wir dieses Mal das Glück haben in der „Aktuellen Stunde“ ein Thema hier vorzubringen, möchte ich zum vergangenen Stadtfest, nachdem es ja in den Medien großen Widerhall gefunden hat, dieses Thema hier zur Sprache bringen.

Seit der 1000-Jahr-Feier erfreut sich das Stadtfest, mit anfangs beginnender großer Beliebtheit, mit abnehmender Beliebtheit. Vor allem in den letzten Jahren hat sich die Kritik am Stadtfest sehr stark insofern geäußert, dass eigentlich das Angebot offensichtlich nicht mehr der Nachfrage entsprochen hat, was allerdings dem Besuch, das soll man hier schon sagen, nicht wirklich einen Abbruch getan hat. Die Standgebühren sind ja nicht gerade gering, daher erhebt sich hier schon die berechnete Forderung, dass auch die Stadt sich überlegt, wie man das Stadtfest gestaltet um es auch attraktiv für die Bevölkerung zu machen. Vielleicht sollte man in Zukunft den Vorschlag, der gemacht worden ist, dass man die Vereine wieder mehr einbindet, im Kulturausschuss realisieren. Ich muss sagen, ich bin ja selbst Mitglied des Kulturausschusses, und dort hat es ja diese Überlegung gegeben, was man mit dem Stadtfest in Zukunft machen soll. Es hat ja einige Änderungen gegeben, die allerdings offensichtlich in die verkehrte Richtung gegangen sind. Denn der Hauptunmut, glaube ich, richtet sich gegen die anschließende Nichtpräsenz nach dem Feuerwerk. Bis zum Feuerwerk ist es offensichtlich gut gelaufen und dann hat sich nichts mehr getan beim Stadtfest. Das dürfte so der große Unmut und die große Resonanz sein. Auch hat sich das in den Medien so niedergeschlagen. Es stellt sich die Frage, und darum sollten wir auch heute hier darüber diskutieren, welche Vorstellungen es seitens der Stadt gibt, um das in Zukunft, nächstes Jahr, besser zu machen, welchen Beitrag kann die Stadt seitens kultureller Angebote machen um das Stadtfest wieder zu einer guten Veranstaltung zu machen. Derzeit ist das offensichtlich nicht der Fall. Es hat massive Kritik gegeben und wird vielleicht, nachdem der Herr Kulturamtsleiter ja heute auch anwesend ist und er hat sich auch in den Medien einiges anhören müssen, ob zu Recht oder nicht, das wird vielleicht der nächste Kulturausschuss auch klären können, unter neuem Vorsitz. Tatsache ist, dass sich die Vereine sehr beschwert haben und die sollten wir vielleicht in Zukunft mit einbinden.

Ich verstehe auch nicht ganz die Kritik von der Frau Frech, wenn sie sagt, „das Problem am Stadtplatz ist der Lärm“ und bringt das im Zusammenhang einer Parkgarage. Da fehlt mir irgendwie der Zusammenhang. Ich glaube, das sind zwei vollkommen unterschiedliche Dinge.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das hast du nicht genau gelesen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Dass wir eine Parkgarage brauchen, das steht außer Zweifel. Auf der anderen Seite, wenn man sich bemüht bei diesem Stadtfest, und die Bemühung hat es gegeben, ob sie dann fruchtbar waren oder ob sie gegriffen haben, darüber sollen wir heute diskutieren, aber es hat die Versuche gegeben dem Stadtfest neue Impulse zu setzen, die haben halt nicht ganz funktioniert. Aber man kann doch nicht hergehen und sagen, nur weil sich was tut am Stadtplatz, in diesem Fall auch im Zusammenhang mit dem sogenannten Griechenlandfest am Grünmarkt, wenn man was tut, dann ist es auch wieder nicht recht, weil dann ein zusätzlicher Lärm ist und man soll sich in Zukunft überlegen, was man am Stadtplatz macht, das ist glaube ich die falsche Diskussion. Wir wollen schon, dass am Stadtplatz was geschieht. Es können gar nicht genug Veranstaltungen sein. Dass dabei eine gewisse Lärmentwicklung ist, das ist selbstverständlich. Wenn man das dann auch wieder kritisiert, dann muss man sich überlegen, was wir überhaupt noch wollen. Wir bekennen uns dazu, dass wir ein ordentliches Fest machen, auch andere Aktivitäten. Beim Griechenland-Fest, wenn man das da noch sagen soll, soll man vielleicht in Zukunft den Verkehr aussperren, damit man auf der Straße mit den Kindern und mit den „Standln“ was Ordentliches machen kann, das stimmt schon. Zum Stadtfest selbst, da gibt es einen Lärm und ich glaube, bis 2 Uhr in der Früh ist es ja durchaus zumutbar. Das mit der Musik hat nicht funktioniert, offensichtlich. Die Betreiber, die Teilnehmer beim

Stadtfest, es war ihnen untersagt selbst Musik zu machen. Vielleicht sollte man sich überlegen wie man Live-Musik, direkte, mit Musikkapellen attraktiver und auch finanzierbarer macht, weil das dürfte offensichtlich das größte Problem gewesen sein, dass mit zwei, drei Live-Musik-Kapellen nicht das Auslangen gefunden wurde und dann war halt die berühmte Totenstille und die Ruhe und die Leute sind nach Hause gegangen. Das ist der Hauptknackpunkt und das sollte man in Zukunft ändern. Die Leute zahlen Standgebühren und sie erwarten zu Recht, dass sich der Kulturausschuss auch damit beschäftigt und nächstes Mal sollten wir es besser machen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. SP bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Lieber Hans Payrleithner, ich möchte nur sagen, das Glück ist wie ein Vogerl, es fliegt einmal zu dem und einmal zu dem. Dieses Mal habt ihr das Glück gehabt, aufgrund des neuen Statutes, dass unter der Vielzahl an Themen für die heutige „Aktuelle Stunde“ dein Thema Stadtfest ausgesucht worden ist.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Es ist auch „aktuell“.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es war eh das einzige Thema.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Aber grundsätzlich muss ich sagen, es ist eine Frage, ob es wirklich ein Thema für die „Aktuelle Stunde“ ist, aber jeder hat das gute Recht das zu tun. Zum Thema Stadtfest, ich glaube, dass da grundsätzlich Einigkeit herrscht darüber, dass das Stadtfest eine der größten Veranstaltungen der Stadt Steyr ist, wo Kultur und Geselligkeit, vor allem aber auch die Möglichkeit für die Vereine da Stände zu betreiben, sich da ein bisschen ein Körbergeld zu schaffen, um ihre Finanzen wieder ein bisschen aufzufrischen, um ihre sportlichen Aufwendungen auch bedecken zu können, dass das Stadtfest auf alle Fälle auch in der Zukunft, das ja mittlerweile doch jetzt schon lange stattfindet, aufrecht erhalten werden soll. Die Kritik der letzten Jahre schlechthin, dass es immer ein Sauffest war, das war ja unüberhörbar und dadurch hat es auch die Diskussionen gegeben um hier doch Änderungen herbeizuführen. Unter dem Titel „Stadtfest neu“, muss ich sagen, ist es ein bisschen überzeichnet, in Wirklichkeit hat man versucht, gewisse Fehlentwicklungen, die ja tatsächlich stattgefunden haben, dass man die auch in den Griff bekommt, weil dass wir nur mehr das Image haben, dass das ein Sauffest ist und ein Kampftrinken ist, wie es sich auch ansatzweise gezeigt hat, das war schon vernünftig und richtig, dass man dem Inhalt gebietet, das ist ja nicht der Sinn des Stadtfestes. Aber, dass getrunken wird und dass über den Durst getrunken wird, ich glaube das ist auch das Normalste auf der Welt. Wenn heute beim Oktoberfest oder bei anderen großen Veranstaltungen, wenn man da ein Alkoholverbot machen würde und man sagt, da darf nichts mehr getrunken werden, dann würde das Oktoberfest auch sofort gestorben sein und würde nicht mehr funktionieren.

Es hat ja im Vorfeld doch eine Reihe von Gesprächen mit Standbetreuern, mit Interessierten, mit Gruppierungen gegeben, wie die Naturfreunde, die Kinderfreunde, die Pfadfinder, LAZ, die ja immer den traditionellen Stadtlauf hervorragend organisieren und es auch immer toll funktioniert hat, Paraplü, FC Styria, wo die größte Kritik gekommen ist, waren ja auch im Vorfeld mit in den Gesprächen, in den Diskussionen dabei. Die Junior Crackers, das Rote Kreuz, die Feuerwehr, die Polizei, der Wirtschaftshof, die Elektriker, die Bezirksverwaltung. Also, es waren eine ganze Reihe von Leuten mit in den Gesprächen inkludiert, im Vorfeld, und dort ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass man in der Musik auf eine gedämpftere Form gehen sollte, dass nicht jeder Stand diese Soundanlagen hat, dass gezielt Musik eingesetzt werden soll. Ich glaube ja auch, dass man halt jetzt die Erfahrung hinten nach gemacht hat, dass dort und da, und das ist bei jeder Änderung, da kommt man im Nachhinein darauf, dass wieder kleine Korrekturen notwendig sein werden. Es hat auch schon ein Gespräch gegeben. Ich glaube auch, dass es hier notwendig ist, weil bei einem Fest gehört halt eine Musik dazu, weil sonst wird ja das ein stillschweigender Protestmarsch oder was. Also, das ist ja nicht der Sinn und Zweck und da gehört eine Musik dazu. Es muss natürlich in dem Ausmaß sein, dass sich die Stadtfestbesucher dabei wohl fühlen. Und da das richtige Maß dafür zu erwischen, das ist wahrscheinlich nicht ganz einfach. Aber jetzt hat man eine gewisse Erfahrung

daraus gemacht. Das heurige Jahr war natürlich, weil du erwähnt hast die vergangenen Stadtfeste waren auch, trotz nicht immer gutem Image waren sie hervorragend besucht, aber ich glaube, dass das heurige Stadtfest in keinsten Weise ein Maßstab gewesen ist. Es sind da mehrere Faktoren zusammengefallen, warum der Besuch auch nicht in dem Ausmaß gewesen ist und die Standbetreiber nicht das Geschäft gemacht haben wie es in den vergangenen Jahren war. Es war der Samstag ein wunderschöner heißer Tag. Das haben wir auch in der Vergangenheit schon gehabt, dass es beim Stadtfest schöne Tage gegeben hat. Aber was wir nicht gehabt haben, dass an einem wunderschönen lauen Samstag Abend auch die Weltmeisterschaft im Fußball stattfindet und das doch Massen von Menschen begeistert hat und gebunden hat. Das war sicherlich auch ein Anlass, die sich das Fußballspiel angeschaut haben, dass die dann nicht mehr zu späterer Stunde auf das Stadtfest gegangen sind. Das hat sich da sicherlich ausgewirkt. Das waren am Samstag diese zwei Fälle. Zuerst war es schön, zu späterer Stunde sind dann zwar viele Leute herinnen gewesen, ich war selbst da, ich habe es gesehen, aber es war nicht der Andrang wie man es sonst kennt oder wie es sonst der Fall war. Die Weltmeisterschaft hat da sicherlich ihren Beitrag dazu geleistet. Der Sonntag war dann auch noch einmal witterungsmäßig ein Pech. Der Stadtlauf war sehr gut besucht, war ganz klasse, es sind viele Leute herinnen gewesen. Der Sonntag Nachmittag war immer ein flauer Zeitpunkt. Ich bin durch die Vereine fast zu Beginn an dabei und habe das auch mitverfolgt, der Sonntag Nachmittag war flau und am Sonntag Abend war dann noch einmal ein Schub, wo noch einmal viele Leute gekommen sind und dieses Mal hat es gerade, wo die Leute gekommen wären, nach einem heißen Sonntag Nachmittag ist dann das Gewitter gekommen und es hat geregnet und es hat sicherlich viele abgehalten, dass sie noch einmal auf das Stadtfest gehen. Also, es waren ein paar Einflüsse dabei, die sich negativ ausgewirkt haben, aber man sollte die Kritik, die es gegeben hat, nicht irgendwo beiseite schieben, man sollte die Kritik ernst nehmen. Wir brauchen, und dieses Bekenntnis sollten wir auch ablegen dazu, die Vereine, wir brauchen die Organisationen, dass sie da am Stadtfest mitmachen, wir können auf keinen verzichten und die sollen auch miteingebunden werden in der zukünftigen Gestaltung, so wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Wenn wir das tun und wenn wir diesen Weg weiter beschreiten, dann glaube ich wird das Stadtfest auch in der Zukunft ein Erfolg.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. ÖVP.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube jeder hier im Raum war der Meinung, dass am Stadtfest etwas geändert werden muss. Ich glaube, man muss akzeptieren, dass Maßnahmen, die getroffen werden a) vielleicht im ersten Jahr noch nicht richtig greifen, b) muss man natürlich schauen, welche Auswirkungen haben sie. Ich glaube, das Hauptproblem ist ja die Erwartungshaltung die man an ein Fest hat. Das Stadtfest war seit 1981 glaube ich bestehend immer hat es dieselbe Ausrichtung gehabt. D. h., ein Fest was bis in die Nacht hinein oder fast bis in die Morgenstunden hinein stattgefunden hat, das hat vor allem dazu geführt, auch mit der generellen Tendenz, dass die Jugendlichen immer später fortgehen, dass sich zu späterer Stunde der Stadtplatz immer geleert hat. Dass man da angreifen muss glaube ich ist unbestritten und hat auch mein Vorredner schon angesprochen. Ich glaube aber, man muss sich überlegen, das Stadtfest hat ja gut funktioniert und es wurde ins Leben gerufen um den Vereinen eine Verdienstmöglichkeit zu bieten. D. h., das war der Grundtenor auch in diesem Raum herinnen, dass es geheißen hat, das Geld für Subventionen ist nicht in diesem Ausmaß da, aber die Stadt macht einmal im Jahr ein Fest für die Vereine und bei diesem Fest sollen die Vereine versuchen, Geld zu machen. In den letzten 2, 3 Jahren schon ist feststellbar gewesen, dass die Anzahl der Vereine ständig abgenommen hat die mitgetan haben. Zuerst haben sich die Serviceclubs verabschiedet und mittlerweile, wenn man heuer durchgegangen ist, hat man gesehen, dass die Anzahl der Vereine schon sehr klein ist und dass die professionellen Ausrichter eigentlich immer mehr geworden sind. Das hat auch dazu geführt, dass die Unkosten, auch im Sinne einer Kostenwahrheit, natürlich versucht wurde auf die Aussteller umzulegen und die Kosten für jemanden der hier zwei Tage versucht Geld für seinen Verein aufzubringen schon so hoch sind, dass sich viele gesagt haben es steht nicht dafür, der Aufwand mit den Kosten und den Gewinn, den ich hereinbekomme. Wir sollten uns vielleicht wirklich überlegen, ob wir nicht wieder zu diesen Ursprüngen zurück gehen, dass wir ein Fest machen wieder wirklich für die Vereine, weg von professionellen Anbieter um zu sagen, einmal im Jahr machen wir ein Fest für die Vereine und das soll für die möglichst kostenlos sein, sodass sie wirklich die Möglichkeit haben, ihr Budget, ihr Jahresbudget für die Aktivitäten des Vereines aufzufetten. Auch wenn es bedeutet, dass es natürlich etwas kostet. Und mit dem möchte ich jetzt ein bisschen abschließen. Die handelnden Personen die für die Organisation zuständig waren, ich glaube, man kann ihnen alles vorwerfen, aber sicher nicht Untätigkeit. Die haben sich wirklich redlich bemüht, dass sie das Bestmögliche mit den

ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln erreichen konnten. Wir wissen aber alle, und da brauchen wir uns nur anschauen was am kulturellen Sektor passiert ist, welche Gruppen aufgetreten sind, dass hier versucht wurde mit möglichst wenig Geld doch ein Programm für zwei Tage zusammen zu bringen. Darum bitte schön kein Vorwurf an diese Organisatoren, die haben nicht mehr Geld gehabt, die haben einfach nicht mehr damit machen können. Mein Appell an die Stadtverantwortlichen, wenn wir es machen, machen wir es gescheit und machen wir es bitte wieder zielgerichtet für die Vereine. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Grüne.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, ich muss vorausschicken ich war am Stadtfest und mir hat es gefallen. Aber das ist halt meine persönliche Ansicht und es gibt einige, denen hat es nicht gefallen oder nur teilweise gefallen. Ich kann mich an kein Stadtfest erinnern, wo nicht im Nachhinein dann die eine oder andere Kritik gefallen ist. Auf der anderen Seite haben wir Besucher und Besucherinnen im zweistelligen Tausenderbereich, also dürfte es anscheinend Personen gegeben haben, denen es gefallen hat oder die zumindest das Stadtfest stundenweise oder sogar tageweise besucht haben. Ich verstehe die Kritik seitens der Freiheitlichen insofern nicht ganz, weil würde das Stadtfest quasi von der Stadt bezahlt werden, dann hätten die unterschiedlichen Parteien sehr wohl eine größere Berechtigung zu sagen, was weiß ich, das ganze Rundherum oder das System funktioniert nicht ordentlich. In Wahrheit ist es doch ein Fest der Vereine und Institutionen plus zusätzlich, in den letzten Jahren, den Professionisten, über die man sicher streiten kann. Die Stadt bietet im Grunde genommen nur den Rahmen und aber auch die Unterstützung und die ist nicht gerade klein, die Unterstützung und monatelange Vorbereitungen sind hier notwendig. Aber im Grunde genommen machen die Vereine das Fest. Weil heute schon das Wort „Körpergeld“ gefallen ist, das ist natürlich immer so, dass es Vereine gibt die zufrieden sind und es gibt Vereine, die weniger zufrieden sind. Aber bitte, wie soll man das im Grunde genommen ändern. Obwohl ich glaube, dass das Bemühen um ein schönes, um ein lustiges, um ein unterhaltsames Fest bei allen Teilen, ob jetzt Stadt oder Vereine, ein äußerst großes Bemühen ist. Das Körpergeld, ich glaube gar nicht, dass es das berühmte Körpergeld ist. Ich glaube, dass das für manche Vereine oft eine Jahressubvention bedeutet, die die Stadt nicht leisten kann, die aber die Stadt quasi als Rahmen über ein Mehrwertverfahren quasi den Vereinen zur Verfügung stellen kann. Eine breite Palette war für alle die am Stadtfest waren zu besichtigen. Ich bin halt der Meinung, wenn mir etwas nicht gefällt, brauche ich ja nicht davor stehen, geschweige denn im Gemeinderat darüber jammern, ich gehe halt weiter und suche mir etwas. Ich kann mir nicht vorstellen, dass bei diesem breiten Angebot, das am Stadtfest da war, nichts für den Einzelnen oder für die Einzelne dabei war. Ich glaube aber schon, dass es durchaus noch entwicklungsfähig wäre, das haben wir auch immer gesagt, aber nur in Zusammenarbeit mit den Vereinen. Vielleicht kann man in der Zukunft, ich bin ja nicht dabei, oder ich bin jetzt nicht mehr dabei, war früher als Verein dabei, vielleicht kann man mehr Zusammenschau halten, vielleicht kann man sich mehr zusammen reden. Ich muss für mich sagen, ich habe mich unterhalten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Roman.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, mein Fraktionskollege Hans Payrleithner hat ja bereits die meisten Gründe dargelegt, die tatsächlich zu Unmut bei den Besuchern des heurigen Stadtfestes geführt haben. Auch wenn der Kollege Bremm meint, dass das kein Thema für die „Aktuelle Stunde“ sei und der Herr Apfelthaler sogar so weit geht, dass er sagt die Kritik der Freiheitlichen sei ungerechtfertigt, da muss man schon eines dazu sagen, das ist nicht die Kritik der Freiheitlichen GR-Fraktion, sondern wir haben uns erlaubt die Kritik der Bevölkerung, die dort am Stadtplatz war und die sehr massiv ausgefallen ist, weiter zu geben. Ich glaube schon, dass die Stadt eine Verpflichtung hat, entsprechenden Einfluss darauf zu nehmen wie ein Stadtfest abläuft, denn, das wurde ja bereits gesagt, sie verlangen ja auch einiges an Geld von den Vereinen die dort ihre Stände aufstellen.

Ich möchte ganz kurz den Bereich der Koordination ansprechen, denn auch da hat es Probleme gegeben. Am Sonntag, und ich nenne jetzt nur ein Beispiel, um 14 Uhr war ein Konzert der Jugendkapelle angesetzt, vor dem Rathaus auf der Bühne. Da ist Folgendes passiert. Es haben sich

eine Reihe von Zuschauern dort versammelt und es war relativ ruhig dort am Stadtplatz, mit den erträglichen Nebengeräuschen selbstverständlich. Und kaum hat die Jugend zu spielen begonnen, ist in unmittelbarer Nähe eine moderne Musikgruppe aktiv geworden und hat bei Weitem dieses Konzert der Lautstärke nach übertönt. Das hat auch zu sehr großen Unmut der Leute, die gerne der Jugend zugehört hätten, geführt und hat vor allen Dingen zur Frustration der jungen Teilnehmer geführt, denn jeder weiß, und ich weiß das im Besonderen, weil ich indirekt eigentlich daran beteiligt bin, wie mühsam es ist ein Instrument zu lernen und wie viel Freizeit die jungen Menschen dafür aufwenden müssen. Da wäre eine Verbesserung dringend notwendig. Noch dazu unter dem Aspekt, und der Kollege Bremm hat ja bereits darauf hingewiesen, dass am Sonntag dann ein Gewitter gekommen ist und das zum frühzeitigen Abbruch dieses Konzertes der Jugendkapelle geführt hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Bürgerforum.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also, ich bin ja froh, dass wir in der Stadt Steyr kein größeres Problem haben als dass ein Gewitter gekommen ist das das Stadtfest aufgelöst hat und dass die Musik nach dem Feuerwerk nicht mehr gespielt hat. Im Prinzip sind das eigentlich die einzigen zwei Punkte die ich richtig herausgehört habe von den Freiheitlichen die da wirklich massiv zu kritisieren sind. Ich denke mir, dass das Stadtfest heuer einige positive Akzente gehabt hat gegenüber den letzten Jahren. Das hat begonnen, ich denke mir man sollte die positiven Dinge auch einmal hervorheben, mit der Programmgestaltung. Ich weiß nicht Herr Kollege Payrleithner und Herr Kollege Eichhübl ob Sie das Programm gesehen haben, aber das war wirklich vom Layout her wunderbar gemacht, das war ansprechend, es war die Koordination da mit den Vereinen, es hat eine eigene Arbeitsgruppe gegeben wo die Vereine eingebunden waren und wo also auch der Kulturamtsleiter mit denen gemeinsam das Stadtfest erarbeitet hat. Dass natürlich nicht gleich im ersten Jahr alles perfekt funktioniert, wenn etwas neu gemacht wird, ist vielleicht auch klar und ein perfektes Fest wird es vielleicht auch nicht geben. Ich glaube, da sollte man schon ein bisschen die Kirche im Dorf lassen und jetzt nicht die Arbeit die hier geleistet worden ist, sowohl von den Vereinen wie auch seitens des Amtes da irgendwie madig machen. Dass das Wetter einfach sehr heiß war und deshalb weniger Besucher tagsüber zu verzeichnen waren ist denke ich mir auch sonnenklar. Also von da her denke ich mir glaube ich sollten man die Kritik nicht so groß anbringen, es war ein schönes Fest.

Was allerdings sicherlich ein Punkt sein sollte aber das passt nicht wirklich zur „Aktuellen Stunde“ ist, Herr Bürgermeister, nachdem es ja auch den Wunsch gibt da vielleicht noch weitere Ideen, Verbesserungen einzubringen für die nächste Zeit, dass man sich wirklich im Herbst zusammensetzt, im Rahmen einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz, gemeinsam mit dem Kulturamtsleiter und da auch wieder Vorschläge eingebracht werden können, was man an dem Fest prinzipiell verbessern kann auch in Richtung, dass es angenehmer wird für die Vereine, was die Kostensituation anbelangt. Noch eine ganz kurze Bemerkung zum Herrn Payrleithner. Er sollte vielleicht ein bisschen genauer lesen wenn er was liest, es hat niemand kritisiert das Stadtfest von der Lautstärke her, sondern wann dann war es der Steyrer Man. Niemand hat das Griechenlandfest kritisiert, das war besonders gelungen. Worum es geht ist, dass einfach die Bewohner am Stadtfest, du wohnst am Ortskai, dich trifft das halt nicht, aber wirklich massiv Beschwerden da sind was die Lautstärke anbelangt bei manchen Veranstaltungen, vor allem wenn sie dann wirklich jedes Wochenende stattfinden und wenn dann wirklich bis Mitternacht die Musik laut spielt, das ist auch eine Sache, die man sich überlegen muss, aber das ist wieder ganz ein anderes Thema.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, die „Aktuelle Stunde“ ist damit beendet. Ich möchte vielleicht auch noch ein paar Bemerkungen zum Stadtfest machen. Das Stadtfest war für mich dieses Mal auch ein sehr schönes Erlebnis. Es war einmal eine Veränderung da. Es ist klar, wenn Veränderungen gemacht werden, dass es Zufriedene und Unzufriedene gibt. Es sind auch einige Punkte bei mir eingelangt. Ich sage einmal, die positiven und die negativen Meldungen haben sich bei mir in etwa die Waage gehalten. Ich habe eigentlich geglaubt, nachdem so eine radikale Änderung gemacht wurde, man ist ja mit den ganzen Musikgruppen und den Verstärkern weggegangen, ist doch diese Kritik aus meiner Sicht nicht als so dramatisch anzusehen. Für mich war es ein schönes Fest. Ich glaube, es sind auch vonseiten der Stadt die richtigen Maßnahmen gesetzt worden. D. h., es gibt entsprechende Besprechungen, es gibt eine Rückschau, es gibt eine Manöverkritik. Ein Abend hat schon stattgefunden. Es sind demnächst alle Vereine eingeladen, wo ebenfalls noch entsprechende Verbesserungsvorschläge eingebracht werden können.

Zur Michaela Frech möchte ich auch noch sagen, wenn du wünschst, dass wir über dieses Thema

auch noch einmal im Herbst eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz machen, wir werden sicher noch einmal darüber berichten wie die Ergebnisse zu diesen Kritiken ausgehen und was man an Veränderungen für das nächste Jahr plant. Ich bin überzeugt, dass wir in Zukunft auch ein schönes Stadtfest in Steyr gestalten werden.

Ich komme nun zu Punkt 5), und bitte um die Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Bei Punkt 6) beginne ich mit den Verhandlungsgegenständen und bitte meine Kollegin den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Punkt geht es um die Projektierung der Ufersicherung im Bereich der Wasserwehr. Ziel ist ja die Verbesserung der Anlegeverhältnisse. Bei Niederwasser gibt es bereits sehr schlechte Anlegebedingungen. Es ist notwendig, dass hier entsprechende Verbesserungen geplant werden. Ich bitte um Zustimmung für den Betrag, der hier im Amtsbericht vorgesehen ist, von 5.640,-- Euro.

1) GHJ2-50/06 Projektierung der Ufersicherung der Wasserwehr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 24. 05. 2006 wird der Auftragsvergabe für die Projektierung der Ufersicherung bei der Wasserwehr, Rennbahnweg 10, an das

Ingenieurbüro Gunz, Steyr – Projektierung der Ufersicherung (€ 5.640,00 inkl. USt.)

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von

€ 5.640,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/163000/010000 (Freiwillige Feuerwehren Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/1630000/728000 (Freiwillige Feuerwehren Entgelte für sonstige Leistungen)

und um Mittelfreigabe von € 5.640,00 inkl. USt. (fünftausendsechshundertvierzig) bei der VA-Stelle 5/163000/728000 (Freiwillige Feuerwehren Entgelte für sonstige Leistungen)

zugestimmt.

Aufgrund von Kosteneinsparungen bei der VA-Stelle 5/163000/010000 (Freiwillige Feuerwehren Gebäude) werden die zur Kreditübertragung beanspruchten Mittel bei dieser VA-Stelle in diesem Ausmaß nicht benötigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 5.640,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, der nächste Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim nächsten Punkt geht es um den Rechnungsabschluss 2005. Roman, du hast immer gesagt bei deinen Wortmeldungen zum Thema Budget oder Rechnungsabschluss, der Rechnungsabschluss ist eigentlich der sogenannte Kassasturz. Hier wird ganz genau ausgewiesen was wird wirklich ausgewiesen und was wird eingenommen und eine Gegenüberstellung wird beim Rechnungsabschluss dann vorgenommen. Ich kann berichten, dass der Rechnungsabschluss 2005 eine sehr positive Sache ist. Es ist so, dass wir in Summe eine wesentliche Verbesserung der Budgetvorgaben erreicht haben. Es geht hier in Summe im ordentlichen Haushalt um 87.529.620,11 Euro, im außerordentlichen Haushalt um 11.528.337,50 Euro, also insgesamt von 99.057.957,61

Euro, die im vergangenen Jahr im Budget vorliegen. Ich bitte diesem Rechnungsabschluss die Zustimmung zu geben.

2) Fin-120/05 Rechnungsabschluss 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2005 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)
im ordentlichen Haushalt von
€ 87.529.620,11
im außerordentlichen Haushalt von
€ 11.528.337,50
somit insgesamt
€ 99.057.957,61

genehmigt.

Weiters werden die Bilanzen folgender Unternehmen der Stadt Steyr grundsätzlich genehmigt:

Unternehmen:

Stadtwerke Steyr

Aktiva/Passiva (in Euro)

41.774.948,28

Gewinn (+)/Verlust (-)

- 1.159.311,27

Unternehmen:

Alten- und Pflegeheim Tabor

Aktiva/Passiva (in Euro)

4.614.296,54

Gewinn (+)/Verlust (-)

- 138.955,36

Unternehmen:

Alten- und Pflegeheim Münichholz

Aktiva/Passiva (in Euro)

14.788.802,47

Gewinn (+)/Verlust (-)

- 944.823,01

Die o. a. Bilanzen werden nach Behandlung in den Verwaltungsausschüssen dem Gemeinderat noch extra zur Beschlussfassung vorgelegt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Bereits vor etwa einem halben Jahr hat ja nicht nur der Finanzreferent und Bürgermeister Ing. Forstenlechner sondern auch der Fraktionsobmann der Sozialdemokratischen GR-Fraktion Vzbgm. Bremm, jetzt hätte ich beinahe gesagt der unmittelbare Vorgesetzte des Herrn Bürgermeisters, Jubelmeldungen abgesetzt, wie gut denn nicht das Budgetjahr 2005 verlaufen sei im Hinblick auf den heute hier vorliegenden Rechnungsabschluss. Dieser Rechnungsabschluss, das hat ja der Herr Bürgermeister tatsächlich richtig gesagt, ist ja ein Kassasturz.

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, wie war denn wirklich der Budgetverlauf dieses Jahres 2005? Im Übrigen, dass ich nicht darauf vergesse, der Herr Bürgermeister hat allerdings dann schon diese guten Ergebnisse, die angeblich aus dem Jahr 2005 stammen, wieder relativiert, indem er bei der letzten Finanz- und Rechtsausschusssitzung gesagt hat, dass diese Ergebnisse im Jahr 2006 wieder größtenteils kompensiert werden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie war denn tatsächlich dieser Budgetverlauf? Wenn man so die Zahlenbewegung anschaut, dann müsste

man das eher mit einem Schiff auf hoher See bei Windstärke 10 bis 12 vergleichen. Ich möchte schon die Gelegenheit wahrnehmen und Sie daran erinnern, wie denn das Ganze von Anbeginn an abgelaufen ist und wo wir heute hier beim Rechnungsabschluss 2005 stehen.

Ursprünglich hat dieser gedruckte Voranschlag, jeder kennt dieses Buch, das ja jährlich dem Gemeinderat vorgelegt wird, beim o. H. rund 88,3 Mio. vorgesehen und beim ao. H. rund 12,8 Mio. Euro. Erstaunlicherweise hat es dann von der SPÖ-Fraktion gleich zwei Abänderungsanträge gegeben die ja dann tatsächlich auch abgestimmt wurden, allerdings in Abwesenheit der anderen Fraktionen, weil die waren ja nicht besonders eingebunden in diese ganzen Verhandlungen und haben halt daher aus diesem Grund, und ich möchte jetzt gar nicht näher darauf eingehen, sie haben jedenfalls aus diesem Grund die Sitzung verlassen und nicht mitgestimmt. Es ist dann so gewesen, dass aufgrund dieser zwei Abänderungsanträge folgende Summen beschlossen wurden. Ich sage jetzt immer die aufgerundeten und bzw. die abgerundeten Zahlen. Im o. H. 86,2 und im ao. H. 11,5. Also man hat hier ein reduziertes Budget beschlossen gegenüber den ursprünglichen Summen die ich vorhin erwähnt habe. Beim Nachtragsvoranschlag war es wieder genau umgekehrt. Da hat man den o. H. angehoben auf ungefähr 88,8 Mio. und den ao. H. sogar auf 19,5 Mio. Alle werden sich ja noch daran erinnern, zur Abdeckung dieses ao. H. wurde hier in diesem Gremium, im Gemeinderat, eine Darlehensaufnahme in Höhe von 19,5 Mio. Euro beschlossen. Jetzt, beim Rechnungsabschluss, geht man wieder herunter, daher habe ich diesen Vergleich mit dem Schiff gemacht, geht man wieder herunter im o. H. auf 87,5 Mio. und im ao. H. auf 11,5 Mio. Euro und ist in etwa jetzt wieder dort wo man am Anbeginn war. Das möchte ich wirklich sehr deutlich hier betonen, weil es ja so viele Diskussionen gegeben hat und schlussendlich, wie gesagt, sind wir fast wieder dort bei diesen Zahlen was ursprünglich im Budget drinnen gestanden ist.

Eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist wieder sehr auffallend, dass die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben sowie die Transfereinnahmen im Vergleichsjahr 2004 angestiegen sind und die Gesamteinnahmen dennoch um etwa 6,6 %, genau waren es 6,67 %, gesunken sind. Ebenfalls gesunken sind die Gesamtausgaben. Bedingt vor allem durch den geänderten Schuldendienst sowie durch Maastricht bzw. VRV-bedingte Buchungen. Daher konnten vom o. H. 990.000,- Euro den Rücklagen zugeführt werden. Der Herr Bürgermeister hat ja darauf hingewiesen. Beim ao. H. wurden nicht abgerechnete Vorhaben in Höhe von 7,47 Euro auf das Finanzjahr 2006, also auf das heurige Jahr, übertragen. Der auf 11.528.000 Euro reduzierte ao. H. konnte dennoch nur durch eine Rücklagenentnahme von 100.000,- Euro und durch eine Darlehensaufnahme in Höhe von 6.610.000,- Euro abgedeckt werden. Gesamtgesehen ergibt sich zwar eine Verbesserung bei den Rücklagen, das ist unbestritten, das habe ich auch immer gesagt das wird sich so ergeben, der Schuldenstand, meine sehr geehrten Damen und Herren, und damit dann auch die Pro-Kopf-Verschuldung selbstverständlich steht damit in Verbindung, steigt weiter an und das nicht unerheblich.

Trotz ständiger Tarif- und Gebührenanhebungen haben auch die Stadtwerke einen Verlust von etwa 1,16 Mio. Euro im Jahr 2005 erwirtschaftet. 2004 konnte noch ein Gewinn von rund 324.000 Euro ausgewiesen werden. Die Ausgaben, und das ist ja auch unbestritten, im Sozialbereich steigen massiv an. Wir haben auch heute wieder einen Antrag hier zu beschließen, wo es um soziale Ausgaben geht, aber das sind ja nicht die einzigen, aber da werde ich noch darauf zu sprechen kommen. Bei den Zahlungen vom und an das Land gibt es nach wie vor eine sehr große Differenz zu Ungunsten der Stadt, das muss man auch immer wieder betonen, auch wenn so manche andere Dinge behaupten. Aber die Differenz gibt es nach wie vor zu Ungunsten der Stadt. Und zwar schaut das 2005 so aus, dass die Stadt Steyr um 10,27 Mio. Euro mehr an das Land überwiesen hat, als sie zurückbekommen hat. Die an sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann es leider nicht anders sagen, prekäre Finanzsituation wird sich eher verschärfen, wenn ich nur an einige Zukunftsprojekte denke, Reithofferareal wurde angesprochen, die Errichtung eines weiteren notwendigen Alten- und Pflegeheimes steht ins Haus oder auch die Hochwasserschutzmaßnahmen werden ja teilweise auch von der Stadt mitzufinanzieren sein. Ich nenne jetzt nur einige Beispiele. Daher ist es, das muss ich auch sagen, für uns zumindest sehr unverständlich, dass man den ehemaligen Wirtschaftshof, trotz eines wirklich sehr guten Angebotes, nicht verkauft hat und auch dadurch womöglich noch finanzielle Lasten auf die Stadt zukommen werden.

Jedenfalls, und damit möchte ich zum Schluss kommen, werden die künftigen Budgeterstellung noch schwieriger werden, weil der finanzielle Spielraum für Zukunftsprojekte im ao. H. immer enger wird und alle Einsparungspotentiale ausgeschöpft werden müssen um überhaupt den ordentlichen Haushalt abdecken zu können. Ständige Neuverschuldungen und Gebührenanhebungen sind sicher nicht der richtige Weg.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Herr Vzbgm. Bremm. Ich erteile ihm das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte zu dem Zahlenwerk nicht allzu viel sagen, es liegt vor. Wir haben ja die Beschlüsse alle in diesen Räumlichkeiten gefasst. Es ist ja nur mehr die Schlussrechnung die gemacht wird. Ich verstehe schon, wenn man solche turbulente Zeiten hinter sich hat, dass man nervös ist, dass man ungeduldig ist. Ich würde dich aber schon ersuchen, Kollege Eichhübl, dass du dir deine polemischen Bemerkungen im Gemeinderat sparst. Ich weise das massiv zurück, wenn du dich da herstellst und versuchst bei uns oder irgendwo unnötige Bemerkungen zu machen. Das gehört nicht da her. Das hat er überhaupt nicht notwendig der Eichhübl, dass er sich da herstellt und sagt, der wirkliche Chef vom Bürgermeister ist eh der Bremm. Das ist nicht notwendig, das ist nicht sachlich. Ich verstehe schon was Politik ist, ich verstehe schon, wenn man jetzt kurz vor der Nationalratswahl steht und natürlich auch die Halbzeit in der Gemeinde ist und man hat solche Zeiten hinter sich, dass man nervös wird. Das verstehe ich schon. Wir haben ja auch Zeiten hinter uns die auch nicht so schön gewesen sind. Zwar nicht so schlecht wie bei euch, weil so weit sind wir noch nie gekommen, aber ich verstehe dich, dass du da nervös bist, aber ich würde dich ersuchen, nicht da ein Klima hereinzuführen, das nicht notwendig ist. Das möchte ich da schon in aller Deutlichkeit sagen, von eurem Chef, wie er immer gesagt hat, in aller Klarheit hat er immer gesagt, da möchte ich dich schon ersuchen Roman, da sachlich zu bleiben. Du kannst uns politisch kritisieren, das ist überhaupt keine Frage, aber solche unnötigen Nebenbemerkungen, da möchte ich dich schon ersuchen, dir das zu ersparen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Polemik hat bei einem Rechnungsabschluss glaube ich wirklich nichts verloren, beschränken wir uns auf die Zahlen und Fakten. Ich darf schon erinnern, dass ja das Budget 2005 bei Gott nicht einstimmig beschlossen wurde. Ich kann mich sogar erinnern, dass wir ausgezogen sind, weil hier keinerlei Gesprächsbereitschaft bestanden hat und wenn man sich jetzt die Entwicklung anschaut, dann muss man sagen, wir haben leider Gottes Recht behalten. Die Darlehensschulden sind im Jahr 2005 von 47 Mio. auf 50 Mio. gestiegen und nur deswegen nicht mehr, weil 7,5, genau 7,47 Mio., nicht in diesem Jahr bezahlt werden, sondern erst im Jahr 2006. Das sind Sachen die wir beschlossen haben und das Ergebnis, was wir heute vorliegen haben, ist nur deswegen so mit einem blauen Auge, weil wir 7,5 Mio. weiterschieben auf das nächste Jahr. D. h. aber nicht, dass wir diese Maßnahmen nicht machen, sondern es geht nur darum, sie werden um ein paar Monate später gemacht und bezahlt 2006. Die Auswirkungen, und ich glaube das ist klar ersichtlich, 2000 war die Pro-Kopf-Verschuldung in Steyr, d. h., das was die Stadt für jeden Bürger an Schulden gehabt hat, noch 869 Euro. 2005, und das ist wirklich nicht recht viel später von 2000 auf 2005, ist dieser Wert auf 1.290 angestiegen. D. h., die Pro-Kopf-Verschuldung hat sich in diesen 6 Perioden um 48 % erhöht. Wenn wir jetzt die 7,5 Mio. dort hinrechnen wo sie hingehören, in das Jahr 2005, dann sind wir noch um ein schönes Eck höher. D. h., die Tendenz ist klar absehbar und wenn man sich dann hinstellt und in den Medien sagt es ist alles super, wir haben so ein super Ergebnis und unsere Bilanzen und unsere Finanzen sind so gut, dann glaube ich hat man eine Realitätsverweigerung, weil die Zahlen sprechen für sich.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Hauser. Bitte sehr.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste, werte Presse. Nun, der Rechnungsabschluss ist ein Zahlenwerk, das ist richtig. Eine Gesamtsumme, wenn ich nur z. B. die Bemerkung des Herrn Kollegen Eichhübl nehme bezüglich der Stadtwerke, und da denke ich mir ganz einfach, dass ich als Referent auch derjenige bin der wissen sollte, worum es da geht, ist halt eine Geschichte, die man so und so deute kann. Der Herr Kollege Eichhübl hat also z. B. erwähnt, dass es Gebührenerhöhungen, Tarifierhöhungen und all diese Dinge gibt, und das ist auch unbestritten, nur die werden ja kalkuliert aufgrund der Dinge die sich so tun auf dem Preissektor und auf dem Preismarkt. Verluste werden ja nicht erwirtschaftet weil wir lustig sind, sondern da gibt es Umstände dafür.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, nur damit man einmal ein bisschen

eingestimmt wird auf die Dinge die denn da so passieren. Wir haben im November 2004, wenn Sie sich noch erinnern können, den Gaspreis festgelegt und haben mit 1. 1. 2005 umgestellt auf die monatliche Abrechnung und all diese Dinge mehr und haben geglaubt, dass wir die sogenannten Energiepreise in den Griff bekommen haben. Siehe da, wir haben voriges Jahr, und dazu eine kleine Bemerkung was immer so vorgeworfen wird, die Stadt bereichert sich ja immer so sehr, weil sie die Gebühren und die Tarife erhöht. Wir haben voriges Jahr einen Mehraufwand beim Gaseinkauf gehabt, den wir nicht weiter verrechnet haben und aus dem unter anderem diese Dinge entstehen von 504.000 Euro während des Jahres die Preissteigerungen die die Zulieferer an uns machen. Nicht etwas, was wir selbst bestimmt haben oder dergleichen mehr und das wir auch nicht weiter verrechnet haben. Wir haben nämlich nicht mitten im Jahr geschrien und haben gesagt wir müssen den Tarif anheben, weil da packen wir nicht. Nein, die Stadt hat das getragen. Weiters, wie Sie schon aus den Beschlüssen, die wir vorher gefasst haben, wissen, haben ja die Stadtwerke unter anderem Klage geführt gegen diese berühmte Behörde E-Control die sich ja geschaffen hat aufgrund der Liberalisierung der Gasgeschäfte. Diese E-Control verlangt von uns Geld. Und weil sie jetzt schon langsam draufgekommen sind, dass das alles nicht so kleinlaut dahingeht wie sie es gern gehabt hätten, sondern dass es da Leute gibt die sich wehren und dass halt der Herr Minister Bartenstein nicht einfach sagen kann liefert dieses Geld her so wie wir es gerne hätten und es jetzt auch noch dazu so aussieht wie wenn es Erfolg geben würde für uns mit dieser Klage, haben sie also schnell geschaut, dass es keine aufschiebende Wirkung hat. Wir mussten im Jahr 2005 287.651 Euro an diese Behörde bezahlen, wobei wir gar nicht wissen für was. Weil gegen das was sie uns da vorschreiben und gegen das was wir hier ja ankämpfen, nämlich diese unrichtigen Angaben die hier gemacht werden, haben wir ja geklagt. Aber wir müssen sie jetzt bezahlen und haben es bezahlen müssen. Ich bin gespannt, ob wir dann die Zinsen zurückbekommen, wenn es zurückkommt. Oder, wir haben Tarife bei unseren Bussen. Ich glaube, dass sie halbwegs verträglich sind. Aber wir konnten nicht absehen, dass wir z. B. im vorigen Jahr um 76.000 Euro mehr ausgeben mussten für den Diesel. Jetzt habe ich nur drei Positionen genannt und diese drei Positionen machen 867.600 Euro aus, die die Stadtwerke so mir nichts dir nichts in diesem Geschäftsjahr geschluckt haben, und ein paar andere kleine Positionen kommen noch dazu und dann fragt man sich wie 1,1 Mio. Euro Defizit zustande kommen. Geschätzter Herr Kollege Eichhübl, Zahlen sagen etwas, man soll sie sich anschauen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Kollege Hauser. Wünscht noch jemand das Wort. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir auch noch ein paar Ausführungen zu diesem Thema Rechnungsabschluss. Vielleicht kann sich der eine oder andere gar nicht mehr erinnern wie wir das Budget 2005 beschlossen haben, haben wir 3,5 Millionen Euro Abgang präliminiert. Die Opposition ist damals geschlossen ausgezogen und wir haben dann, so wie es der Kollege Eichhübl sagt, wie er gemeint hat wir bewegen uns wie ein Schiff auf und ab, wir haben jetzt einen Rechnungsabschluss wo wir nicht ganz eine Million Euro wieder auf der Habenseite haben. Wir haben mit Sicherheit das eine oder andere Projekt weitergeschoben, aber das war, Herr StR Mayrhofer, jedes Jahr so.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

7 ½ Millionen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Jedes Jahr haben wir in etwa Beträge dieser Größenordnung weitergeschoben. Da ist kein Unterschied. Es ist einfach für mich abenteuerlich, wie man immer wieder versucht, dass man einen guten Erfolg, und das ist eindeutig ein guter Erfolg wenn man einen positiven Rechnungsabschluss präsentieren kann, wie man das wieder so hinstellen kann und so argumentieren kann, wie wenn das ein negativer Erfolg wäre oder wie wenn das eine Katastrophe wäre. Wir haben eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.200 Euro. Ich habe mir das erst vor Kurzem einmal durchgelesen, wo die ganzen Städte in Österreich verglichen werden. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung in Österreich ist 1.400 Euro. D. h., wir sind noch einiges darunter. Einer Pro-Kopf-Verschuldung in Steyr von 1.200 Euro stehen auch Leistungen gegenüber. Man muss ganz klar einmal festhalten, dass ja gerade in den letzten Jahren sehr viel investiert wurde. Ein neues Altenheim ist gebaut worden, eine neue Sporthalle ist gebaut worden. Es ist ja mit dem Geld etwas passiert. Es ist ja nicht so beim Fenster hinausgeschmissen worden, sondern wir haben mit dem Geld für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt positivste Leistungen geschaffen. Wir werden das auch in Zukunft tun. Da könnt ihr wahrscheinlich noch zehnmal beim Budgetbeschluss ausziehen, wir werden in Zukunft auch eine positive Gestaltung des Budgets voranbringen und da bin ich ganz überzeugt davon. Ich bitte um die

Abstimmung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? ÖVP, Grüne, FPÖ, Bürgerforum. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem dritten Antrag geht es um den Jahresbericht 2005, Kontrolle und Revision. Er liegt in schriftlicher Form vor. Ich glaube, ich brauche da nicht auf einzelne Themen eingehen. Ich bitte um Diskussion bzw. Abstimmung.

3) Rp-1/05 Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2005 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision vorgelegte Jahresbericht für 2005 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, Ihnen liegt der Jahresbericht der Kontrolle und Revision vor. Eine, ich will es einmal so sagen, spannendere Lektüre als wie unter Umständen der Rechnungsabschluss. Ich möchte mich auf diesem Weg recht herzlich bei der Abteilung bedanken für ihre Arbeit, für ihre äußerst genaue Arbeit. Ich möchte ihr auch vergönnen, dass alles was in diesen Kontrollberichten und Revisionsberichten drinnen kritisiert und vorgeschlagen wird, was man besser machen könnte, dass das auch alles umgesetzt wird. Das vergönne ich nicht nur der Abteilung, das vergönne ich uns allen hier im Gemeinderat und wir werden im Herbst einmal als Überblick schauen, was die Abteilung quasi an Verbesserungsvorschlägen eingebracht hat und was schon alles in den kritisierten Abteilungen umgesetzt worden ist. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Walter bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich wie immer ganz kurz halten. Ich möchte nur im Namen der ÖVP-Fraktion der Abteilung für Kontrolle und Revision für die exakte Arbeit danken. Persönlich möchte ich mich auch bedanken und ich bitte Sie, Herr Mag. Golda, es allen auszurichten für die wirklich gute Zusammenarbeit mit Ihrer Abteilung. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft viel Kraft, dass Sie weiter mit Akribie Ihre Arbeit erfüllen und Ihre Aufgaben erfüllen und für unsere Stadt arbeiten. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wird ein Schlusswort gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der nächste Punkt beschäftigt sich mit dem Regionalverkehrskonzept für den öffentlichen Verkehr für die Region Steyr. Es geht um einen Grundsatzbeschluss.

Ziel des Konzeptes ist eine Koordinierung, Abstimmung und Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsunternehmen in der Region, die Einführung eines konsequenten Taktsystems sowohl im Schienenverkehr der ÖBB als auch auf der Straße bei den Bussen, Prüfung und evt. Einführung von Früh- und Spätverbindungen bzw. neuer Linien, die Einführung einer Mobilitätszentrale und eine Verbesserung der Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr.

Damit wir diese Maßnahmen alle umsetzen können sind natürlich entsprechende finanzielle

Aufwendungen notwendig. Und zwar: Finanzielle Aufwendungen der Gemeinden und des Landes OÖ. Grundsätzlich finanziert das Land OÖ die Schienenleistungen zur Gänze und übernimmt zwei Drittel der anfallenden Kosten für Angebotsverbesserungen bei den Regionalbussen. Das restliche Drittel ist von den teilnehmenden Gemeinden zu tragen. Für notwendige Infrastrukturverbesserungen im Rahmen des Verkehrskonzeptes stellt das Land OÖ eine 50 Prozent Förderung in Aussicht. Gesamtinfrastrukturkosten für die vorgeschlagenen 4 Stadtbuslinien sind ca. 800.000 Euro. Somit würden für die Stadt Steyr zusammengefasst ca. 400.000 Euro an Infrastrukturkosten einmalig zur Auszahlung kommen und jedes Jahr 185.000 Euro für neue Linien und für das Mobilitätsmanagement. Im Gegenzug gibt es natürlich entsprechende Angebotsverbesserungen und es handelt sich hier, wie gesagt, um einen Grundsatzbeschluss. Ich bitte diesen Grundsatzbeschluss hier zu diskutieren bzw. zur Abstimmung zu bringen.

4) Präs-488/99 Regionalverkehrskonzept für den öffentlichen Verkehr für die Region Steyr; Grundsatzbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Stadtplanung vom 23. 6. 2006 wird der Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses zur Teilnahme am Regionalverkehrskonzept für den öffentlichen Verkehr für die Region Steyr zugestimmt.

Da die Einsparungen bei den Linien 2a/2b (Resthof-Krankenhaus), 4 (Tabor) und 5 (Gleink) im Verkehrsbetrieb anfallen, sollen die laufenden Zahlungen im Verkehrsbetriebsbereich abgewickelt werden. Auch die Investitionen sollen im Verkehrsbetriebsbereich umgesetzt und von der Stadt bezuschusst werden, wozu insgesamt ca. Euro 400.000,00 in den Voranschlägen der Jahre 2007 – 2009 vorgesehen werden sollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Was der Herr Bürgermeister hier etwas emotionslos vorgelesen hat, ist in Wahrheit denke ich mir ein Quantensprung von der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Gut Ding braucht leider Weile, in diesem Fall sehr, sehr lange. Ich kann mich daran erinnern, eigentlich seit ich in diesem Gemeinderat bin, seit 1997, hat man immer wieder versucht, leider waren wir da immer in der Minderheit, eine Verbesserung im öffentlichen Verkehr zu erreichen, vor allem was die Einbindung der Umlandgemeinden anbelangt. Hier sehe ich auch wirklich einmal diesen Quantensprung der eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, dass es jetzt dann wirklich zu einer Stadtbuslinie kommt, die nicht an der Stadtgrenze enden wird, sondern wo also auch die Gemeinde Garsten eingebunden sein wird. Dass das überhaupt möglich geworden ist denke ich mir ist dem Land zu verdanken, weil wenn es nicht diese großzügige Förderung des Landes geben würde, nämlich 50 % bei Infrastrukturkosten und ¼ bei der Software, sprich bei Linienverbesserungen, dann glaube ich würden wir hier und heute diesen Grundsatzbeschluss noch immer nicht beschließen.

Was ich auch sehr positiv finde ist, dass es endlich dann wieder ein Mobilitätsmanagement geben wird. Wir haben ja leider den Mobilitätsberater bei den Stadtwerken letztlich eingespart, indem der Mobilitätsberater an eine andere Stelle versetzt worden ist, und die Stelle des Mobilitätsberaters nicht mehr nachbesetzt wurde. Durch diesen Grundsatzbeschluss soll also dann auch wieder ein für die Regierung verantwortlicher Mobilitätsmanager installiert werden was sicherlich jedenfalls sehr positiv ist. Ich freue mich sehr, dass dieser Grundsatzbeschluss hier und heute gefällt wird. Was ich bedaure ist, dass er im Prinzip ja schon seit 10 Jahren stattfinden könnte, aber wie gesagt, gut Ding braucht Weile.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Hauser. Ich erteile es ihm.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die Frau Kollegin Frech hat es schon gesagt, es ist ein Quantensprung. Aber ich verwehre mich ein bisschen dagegen, dass man immer so tut als wie wenn die Stadt schuld wäre, dass es den Quantensprung nicht gegeben hätte oder dass das nicht schon viel früher passiert ist. Es kann doch nicht immer nur die Stadt verantwortlich sein, dass sozusagen Verbesserungen, die sich letztlich auch auf die

Umlandgemeinden auswirken sollen und die letztlich auch eine bessere Anbindung an die anderen öffentlichen Verkehrsmittel, die also diese Stadt anfahren, sozusagen hier alleine tragen müssen. Es ist auch ein Wort gefallen, Mobilitätsberater. Ja, wir haben den in den Stadtwerken gehabt. Aber es muss doch klar sein, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, dass mit einem Mobilitätsberater, der aus meiner Sicht relativ zahnlos ist in dieser ganzen Geschichte, ja auch nichts angefangen werden kann, wenn sich nämlich alle anderen, entschuldigt dieses böse Wort, nix drum scheißen was wir wollen. Wirklich, es ist so. Seid mir nicht böse, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Katastrophe. Wir haben wirklich nichts anderes mit diesem Mobilitätsberater tun können als wie zu schauen, dass unsere Linien relativ wenig hier an Stehzeiten haben und andererseits, und das muss man auch dazu sagen, wir viel Unterstützung gemacht haben was den Transport unserer Schulkinder, was den Transport unserer Kindergartenkinder udgl. bedarf und Schulungen durchgeführt haben, wie die relativ sicher mit öffentlichen Verkehrsmitteln durch die Gegend kommen. Aber es haben sich die anderen Institutionen mit der Absprache der Fahrpläne udgl. überhaupt nicht darum gekümmert. Die haben ihre Fahrpläne verändert wie es ihnen gepasst hat. Wir haben durch Zufall das eine oder andere erfahren. Seid mir nicht böse, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es hat, und da gebe ich der Frau Kollegin Frech absolut Recht, einfach auch des Landes OÖ bedurft, hier ein gemeinsames Ziel zu setzen und dieses gemeinsame Ziel zu verfolgen. Offensichtlich sind solche Zielsetzungen auch nur letztlich umzusetzen, wenn man sagt wir unterstützen das. Und die Unterstützung des Landes OÖ war dazu einfach notwendig. Einerseits in den Gesprächen, da muss man sagen, der Herr Hölzl hat sich hier sehr bemüht und es sind ja auch Externe hier beauftragt worden wie z. B. der DI Rettensteiner, der das jetzt umsetzen wird und umsetzen muss und andererseits wurden auch die anderen Gemeinden an einen Tisch geholt und hier versucht, gemeinsame Lösungen zu finden. Ich hoffe natürlich, dass diese Dinge die wir hier versuchen letztlich auch in Gang zu bringen auch von Erfolg gekrönt sein werden. Es wird von uns aus jetzt hier versucht, sozusagen Linienerverbesserungen herbeizuführen einerseits bei der Linie Resthof zum Krankenhaus, dass es eine Durchmesserlinie ist, dass also beim Bahnhof niemand mehr umsteigen muss, andererseits werden Linienerverbesserungen z. B. dahingehend versucht, wobei auch hier noch eine große infrastrukturelle Maßnahme stattzufinden hat, nämlich ein Stück Straßenbau, dass wir auch die Knoglergründe wieder anbinden, was ja unter anderem einerseits ein Wunsch der Stadt ist, aber andererseits auch der Wohnbevölkerung dort und wo es auch gewisse Schwierigkeiten aus der rechtlichen Situation herausgegeben hat, dass das nicht funktioniert. Andererseits muss man auch sagen, ist es natürlich ein wichtiges Element, dass Garsten sozusagen an diesen städtischen öffentlichen Verkehr angebunden wird, weil es natürlich auch für die Kaufkraft wahrscheinlich große Auswirkungen hat wenn viele Menschen hier mit dem Autobus kommen. Nicht gelungen ist uns leider Gottes St. Ulrich hier mit einzubinden, denn St. Ulrich hat ihr Interesse derzeit sozusagen schlafend gelegt. Vielleicht kommt es wieder.

Auf alle Fälle hoffe ich, dass wir hier nicht nur heute einen Grundsatzbeschluss fällen, damit dieses Ding in Gang gebracht werden kann, sondern dass es für uns alle positive Auswirkungen in der Zukunft hat und vor allen Dingen eine Werbung für den öffentlichen Verkehr wird, denn wenn es einen positiven öffentlichen Verkehr gibt, könnte auch der Individualverkehr etwas abnehmen in dieser Stadt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Kollege Hauser. Hast du eh geglaubt, dass sich niemand um was gekümmert hat, wie du das gesagt hast.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ja. Aber manchmal ärgere ich mich halt so.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ist schon gut. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, öffentlicher Verkehr ist eine Materie, die natürlich nicht die Kommune alleine betrifft, sondern das Land und die Umlandgemeinden was Steyr betrifft, natürlich auch ein anderes Bundesland. Was Steyr speziell betrifft ist, dass wir sozusagen am Knotenpunkt einerseits zu den Tälern sind und andererseits zu dem Zentralraum. Aus diesem Grund war es ja schon vor einigen Jahren Grund genug dieses Thema anzuscheiden. Ich kann mich noch gut erinnern, es ist mittlerweile sechs Jahre her, dass der Kollege Apfelthaler und ich damals den Antrag eingebracht haben, dieses Regionalverkehrskonzept zu beauftragen. Es ist natürlich für uns heute auch eine große Genugtuung, auch wenn es ein bisschen länger gedauert hat, dass nun dieses Regionalverkehrskonzept in einem ersten Schritt beschlossen wird und auch Mittel für die Umsetzung

bereitgestellt werden. Ich sage erster Schritt, denn wer den Antrag genau gelesen hat, sieht natürlich, dass eine Periode von zwei Jahren, oder drei Jahren, bis 2009 präliminiert ist. Es ist auch eine Testphase für den öffentlichen Verkehr und ich denke es ist ganz wichtig diese drei Jahre, und auch mit der Einsetzung des Mobilitätsmanagements, zu nutzen, die Bedürfnisse für den öffentlichen Verkehr in der Region Steyr ganz klar zu artikulieren und Verbesserungsmaßnahmen über die, die wir jetzt finanzieren, hinaus weiter zu diskutieren. Da gibt es meines Erachtens eine Menge. Das mit Garsten ist ein Quantensprung, auf alle Fälle. Alle die, die sich in den letzten Jahren mit diesem Thema befasst haben wissen, wie schwer diese Geburt war. Ist natürlich auch wichtig für die Anbindung von Reithofer und anderen städtischen Stadtgebieten oder stadtnahen Gebieten. Das ist die eine Geschichte. Dass es mit Ulrich nichts geworden ist, ist schade. Aber was ich glaube was für den öffentlichen Verkehr auf alle Fälle für die kommenden Jahre ganz, ganz wichtig ist, ist die Anbindung der Stadt Steyr an den Zentralraum, speziell auch an Linz und die Westbahn. Hier wird mit dem Mobilitätsmanagement erstmals der Versuch unternommen die Takte abzuklären und die Takte abzustimmen. Ich kann mich aber auch noch gut erinnern, damals wie wir das Regionalverkehrskonzept gefordert haben, hat es auch ein Generalverkehrskonzept des Landes OÖ gegeben. Dieses Landesverkehrskonzept ist jetzt überarbeitet worden, geht scheinbar demnächst auch in Beschluss vom Land OÖ. Aber was damals schon drinnen gestanden ist und ich nehme einmal an jetzt auch wieder drinnen steht ist das, dass die Bahnverbindung von Steyr nach Linz und auch die Verbindung von Linz nach Wels, dass das sozusagen eine ganz wichtige Angelegenheit ist für die Pendler und natürlich auch für die Besucher der Landeshauptstadt und umgekehrt. Ich denke mir, da ist es ganz wichtig, dass da die Stadt Steyr drauf bleibt was jetzt Geschwindigkeit, Vertaktung ect. betrifft. Was mir ganz besonders im Magen liegt, und ich glaube da kann ich auch für den ganzen Gemeinderat sprechen, ist, dass das Projekt Bahnhof Steyr auch vor einigen Jahren zu Grabe getragen worden ist. Ich denke mir, auch mit diesem Regionalverkehrskonzept und auch mit der Einsetzung eines Mobilitätsmanagements soll das Thema Bahnhof Steyr Nahverkehrsdrehscheibe wieder belebt werden. So wie sich der Bahnhof jetzt darstellt, ist er auf keinen Fall eine Attraktion für die Stadt Steyr und ich denke, das ist ganz wichtig, dass wir das machen. Aber grundsätzlich freuen wir uns, dass dieser Beschluss heute getroffen worden ist und ich hoffe auf eine breite Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, er lacht schon wieder, ich freue mich sehr darüber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, für mich ist das eigentlich noch nicht der große Quantensprung was heute hier beschlossen wird, sondern dieser Grundsatzbeschluss ist eigentlich der Beginn einer großen Hoffnung, dass die Zusammenführung des öffentlichen Verkehrs tatsächlich umgesetzt wird. Ich sage das sehr bewusst und nicht deswegen, dass hier der Eindruck entsteht, ich Vorsorge treffen möchte dafür, dass der Kollege Hauser nicht wieder Bauchweh bekommt, sondern er hat ja vollkommen Recht. Ich selbst war der Leidtragende der sich 12 Jahre mit dem öffentlichen Verkehr beschäftigen müssen und habe festgestellt, dass eigentlich alles was den öffentlichen Verkehr betrifft immer bei den Stadtwerken gelandet ist. Sei es eine Fahrplanumstellung – auch hier im Gemeinderat wurde massiv Kritik geäußert, dass das nicht zusammenstimmt mit der Bundesbahn und mit den anderen Verkehrsträgern nicht zusammen stimmt. Die Stadtwerke waren immer bereit kooperativ zu arbeiten, aber alle anderen haben offensichtlich sehr geringes Interesse daran gehabt, also tatsächlich hier eine Verbesserung zu erwirken. So war es in Wahrheit. Ich denke auch noch daran, dass es massive Bestrebungen gegeben hat den öffentlichen Verkehr der Stadt auch nach St. Ulrich zu führen und zurück, auch nach Garsten zu führen und zurück. Aber als es dann um eine Kostenbeteiligung gegangen ist, dann war das Interesse der Gemeinden plötzlich Null, da hat man dann nichts mehr davon gehört. Selbstverständlich hat die Stadt und die Stadtwerke schauen müssen auch eine Kostenbeteiligung zu erreichen, weil sie alle wissen, dass aufgrund dieses guten Angebotes, das die Stadtwerke ja nach wie vor der Bevölkerung im Bezug auf den öffentlichen Verkehr geben, es nicht möglich war, auch nur annähernd kostendeckend zu arbeiten. Das ist nicht möglich und wird auch keinem Verkehrsbetrieb gelingen. So gesehen ist es glaube ich durchaus gerechtfertigt, dass wir heute einen Beschluss fassen, der ja bis in das Jahr 2007 bzw. 2009 sogar hinausreichen soll und dass entsprechend auch Finanzmittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Wie gesagt, in der großen Hoffnung, dass dieses Projekt gelingt, denn auch der Andy Kupfer hat richtigerweise gesagt, es handelt sich vorerst noch um einen Test.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Sind wir froh, dass es ein Beginn ist, so wird auch ein Ende herauschauen, zum Wohle aller.

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Vielleicht noch ein paar Bemerkungen, weil doch ein paar Themen gefallen sind, dass ich das ganze Thema vielleicht zu emotionslos gebracht habe. Vielleicht hätte ich dastehen müssen und hätte mich richtig freuen müssen. Es ist so, dass ich natürlich die Vorgeschichte sehr gut kenne. Es ist ja wirklich eine sehr lange Geschichte. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, ich war im Verwaltungsausschuss, damals war der Kollege Eichhübl noch der Vorsitzende und damals war auch noch der Dr. Pfeil da und wir haben das sehr heiß diskutiert das Konzept von Besch & Partner, das damals ja schlichtweg abgelehnt worden ist und wo gesagt wurde es ist absoluter Blödsinn, das können wir nicht machen, es ist unmöglich, dass das umsetzbar ist. In der Zwischenzeit gibt es eine Umplanung. Grundlage dieser Umplanung war natürlich das Konzept von Besch & Partner. Ich glaube, dass wir sehr wesentliche und gute Verbesserungen für die Stadt herbeiführen können. Was mich besonders freut ist, dass wir natürlich zu den Investitionen, die wir tätigen und die wir vielleicht sowieso in Zukunft hätten tätigen müssen, sprich jetzt irgendwelche Ampelbeeinflussungen oder Neubau von Straßenstücken die eine bessere Anbindung des öffentlichen Verkehrs mit sich ziehen, dass man die sowieso investieren hätte müssen, dass wir zu diesen Investitionen jetzt 50 % dazu bezahlt bekommen.

Vielleicht noch ein Wort zum Thema drei Jahre werden wir das jetzt einmal im Probetrieb machen und dann gibt es eine Evaluierung, dann wird noch einmal geschaut was ist gut gelaufen und was ist schlecht gelaufen und ich hoffe, dass dann dieses ganze Thema Regionalverkehrskonzept genauso zügig weiter läuft. Das ist auf alle Fälle einmal eine Chance eine wesentliche Verbesserung herbeizuführen. Mir wäre es auch lieber gewesen, wenn nicht nur Garsten mitgemacht hätte sondern auch St. Ulrich. Aber wie wir zum ersten Mal gehört haben welche Beiträge die verschiedenen Gemeinden bringen müssen, wie die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden alle beisammen gesessen sind und natürlich Abgangsgemeinden auch dabei waren, dann haben die gesagt, um Gottes Willen, das können wir nicht bezahlen und ohne die Stadt Steyr geht es sowieso nicht. Das Projekt war kurz vor dem Scheitern und ich habe dann noch einmal die Verhandlungen aufgenommen mit dem Land OÖ und wir haben das dann wirklich so weit gebracht, dass jetzt Zusagen da sind, klare Zusagen da sind und deswegen können wir auch diesen Grundsatzbeschluss heute machen. Ich bitte die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer dafür ist den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Mein letzter Antrag beschäftigt sich mit dem Thema Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologien Profactor, Förderungsprogramm Profactor III, 1. Arbeitsperiode 1. 4. bis 31. 12. 2007. Es geht hier um eine Fördersumme in der Höhe von 114.000,00 Euro. Ich glaube, dass dieses Projekt Profactor für die Stadt Steyr sehr viele Vorteile gebracht hat in der Vergangenheit und dass wir solche Institutionen auch in der Zukunft in Steyr brauchen werden um uns entsprechend auch weiter zu entwickeln in unserer Stadt. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

5) Fin-136/06 Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologien in Österreich (VPTÖ) – Profactor; Förderung des Programms Profactor III – 1. Arbeitsperiode (1. 4. bis 31. 12. 2007).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 8. Juni 2006 wird der Übernahme eines Finanzierungsanteiles in der Höhe von

€ 114.000,00 (Euro einhundertvierzehntausend)

für den ersten Teilschritt zur Umsetzung des Gesamtprogramms Profactor III in der Arbeitsperiode 1. 4. bis 31. 12. 2007 zugestimmt.

Die auf die Stadt Steyr entfallenden Fördermittel im Ausmaß von Euro 114.000,00 sind im Budgetjahr 2007 bei der VA-Stelle 1/289000/757100 vorzusehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich möchte natürlich diesen Antrag unterstützen und mich beim Bürgermeister anschließen. Ich habe oft den Eindruck, dass das Gewicht von Profactor in der Stadt nicht so wahr genommen wird wie es denn tatsächlich ist. Profactor ist die größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung in OÖ und ich glaube wir können sehr stolz sein, dass diese Einrichtung bei uns ist und auch über die Produkte, die hier entwickelt werden, und die Forschung die getätigt wird. Neben dem Industrieunternehmen ist es ja die einzige Forschungseinrichtung in Steyr. Ich möchte nur eine Anregung geben und ich denke mir das ist auch in den letzten GR-Sitzungen schon ein paar Mal gefallen, man soll doch das Know-how bei Profactor, das speziell entwickelt wird und wo sehr viele Wissenschaftler arbeiten, auch für die Stadt verstärkt nutzen. Speziell der Bereich erneuerbare Energiesysteme ist ein Bereich wo die Stadt auf alle Fälle auf das Know-how von Profactor stärker zurückgreifen könnte. Ich verstehe es heute noch nicht, dass die Stadt nicht unserem Antrag zugestimmt hat ein Energiesparkonzept zu machen. Profactor wäre hier der richtige Ansprechpartner hier ein gutes Konzept für die Stadt zu machen. Vielleicht dauert es da auch wieder sechs Jahre, aber wir werden auf alle Fälle dranbleiben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und geben Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte als nächsten Berichterstatter, nach der Änderung heute, Herrn StR Mayrhofer um seine Berichte.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für die Umreihung in der Tagesordnung und darf mit meinen drei Anträgen beginnen. Der erste Antrag bezieht sich auf den Straßenneubau den wir für 2006 vorhaben, wie im Budget vorgesehen. Das sind jene Straßenzüge wo es nicht mehr genügt, dass wir eine Asphaltsschicht darüber geben, die also generalsaniert werden müssen. Sie sind in den verschiedensten Stadtteilen vorgesehen. Es ist nach Ausschreibung als Bestbieter die Firma Straßen- und Pflasterbau Steyr hervorgegangen und vorgesehen dafür sind, inkl. öffentlicher Beleuchtung, 270.000,00 Euro. Ich ersuche um Zustimmung.

19) BauStr-4/06 Straßenneubau 2006 für nachstehend angeführte Bauvorhaben.

1. Stein - Goldhanstraße BA 1
2. Resthof – Moserstraße
3. Taschelried – Taschelriedstraße
4. Schlüsselhof BA 1

Dringlichkeitsbeschluss

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Tiefbau vom 24. April 2006 wird der Auftragsvergabe des Straßenneubauprogrammes 2006 für die Bauvorhaben Stein – Goldhanstraße BA 1, Resthof – Moserstraße, Taschelried – Taschelriedstraße und Schlüsselhof BA 1 – Fachschulstraße im Stadtgebiet wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag: Straßenneubau 2006
Auftragnehmer: Straßen- und Pflasterbau
Errichtung/Finanzierung: 2006
Betrag inkl. MWSt.: EUR 201.498,96

Vergabevorschlag: Ergänzende Maßnahmen
Auftragnehmer: Straßen- und Pflasterbau
Errichtung/Finanzierung: 2006
Betrag inkl. MWSt.: EUR 50.300,00

Vergabevorschlag: Transporte und Verkehrszeichen
Auftragnehmer: FA für kommunale Dienste
Errichtung/Finanzierung: 2006
Betrag inkl. MWSt.: EUR 8.000,00

Vergabevorschlag: Bepflanzung und Rekultivierung
Auftragnehmer: FA für kommunale Dienste
Errichtung/Finanzierung: 2006
Betrag inkl. MWSt.: EUR 3.201,04

Vergabevorschlag: Granitsteinankauf
Auftragnehmer: Diverse Granitsteinlieferanten
Errichtung/Finanzierung: 2006
Betrag inkl. MWSt.: EUR 7.000,00

GESAMT: EUR 270.000,00

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 270.000,00 inkl. MWSt. sind für 2006 wie folgt vorgesehen:

Budget: 2006
Betreff: Gemeindestraßen – Straßenneubau 2006
Voranschlagsstelle: 5/612000/002000
Betrag: EUR 265.000,00

Budget: 2006
Betreff: Öffentliche Beleuchtung – Sonderanlagen, Beleuchtung im Zuge des Straßenbaues
Voranschlagsstelle: 5/816000/050000
Betrag: EUR 5.000,00

GESAMT: EUR 270.000,00

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 246.500,00 notwendig die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 46 Abs. 1 Ziffer 10 StS 1992 zum sofortigen Vollzug ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Im nächsten Punkt geht es um das schon angesprochene Asphaltierungsprogramm. Das ist ein Dringlichkeitsbeschluss. Es ist ebenfalls ausgeschrieben worden. Wir sind mit den Preisen sehr zufrieden. Als Bestbieter ist wieder die Firma Straßen- und Pflasterbau Steyr hervorgegangen zu einem Preis von 260.000,00 Euro insgesamt inkl. der öffentlichen Beleuchtung und den Radwegen. Ich ersuche der Dringlichkeit zuzustimmen.

20) BauStr-2/06 Asphaltierungsprogramm 2006; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. April 2006 wird der Auftragsvergabe des Asphaltierungsprogrammes 2006 für die Bauvorhaben „Fräsarbeiten im Stadtgebiet, Tabor – Löw-Straße BA 3, Gründberg – Kegelprielstraße BA 2, Ennsdorf – Färbergasse BA 3, Innenstadt – Handel-Mazzeti-Promenade BA 1, Gehsteigabsenkung und behindertengerechte Maßnahmen im Stadtgebiet“ wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag: Asphaltierungsprogramm 2006
Auftragnehmer: Straßen- und Pflasterbau, Steyr

Finanzjahr: 2006
Betrag in EUR inkl. MWSt.: 239.349,38

Vergabevorschlag: Bepflanzung und Rekultivierung
Auftragnehmer: FA für kommunale Dienste
Finanzjahr: 2006
Betrag in EUR inkl. MWSt.: EUR 9.650,62

Vergabevorschlag: Granitsteinmaterial
Auftragnehmer: Diverse Granitsteinlieferanten
Finanzjahr: 2006
Betrag in EUR inkl. MWSt.: EUR 11.000,00

GESAMT: 260.000,00

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 260.000,00 inkl. MWSt. sind wie folgt vorgesehen:

Budget: 2006
Betreff: Gemeindestraßen – Asphaltierungsprogramm 2006
Voranschlagsstelle: 5/612000/002000
Betrag in EUR: EUR 205.000,00

Budget: 2006
Betreff: Gemeindestraßen – Verkehrsberuhigung Ennsdorf
Voranschlagsstelle: 5/612000/002390
Betrag in EUR: EUR 40.000,00

Budget: 2006
Betreff: Gemeindestraßen – Radwege
Voranschlagsstelle: 5/612100/002300
Betrag in EUR: EUR 5.000,00

Budget: 2006
Betreff: Öffentliche Beleuchtung – Sonderanlagen – Beleuchtung im Zuge des Straßenneubaues
Voranschlagsstelle: 5/816000/050000
Betrag in EUR: EUR 10.000,00

GESAMT: 260.000,00

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 260.000,00 notwendig die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster und letzter Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Straßensanierung Münchenholz, inkl. einer Kreditübertragung. Und zwar ist die Kreditübertragung ein Vorziehen und die Möglichkeit zusätzliche Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen. Die Übertragung erfolgt von der VA-Stelle Straßenbau Staffelmayer, für die Neuaufschließung bei den Staffelmayergründen die heuer nicht benötigt werden sondern erst nächstes Jahr. Wir haben diese Mittel, 370.000,00 Euro, für zusätzliche Sanierungsmaßnahmen im gesamten Stadtgebiet Steyr zur Verfügung gestellt bekommen. Ich bedanke mich hier bei meinen Kollegen. Die Notwendigkeit ist glaube ich für jeden ersichtlich, der die Steyrer Straßen benützt. Wir sind bei der Prioritätenreihung vorgegangen nach der Frequenz der Straßen, welche Straßen werden am meisten befahren, wo gibt es wirklich keine Möglichkeit mehr diese Straßen ohne eine Beschädigung zu verwenden und haben

in Absprache damit eine lange Prioritätenreihung gemacht, die uns auch in den nächsten Jahren auch noch beschäftigen wird. Ich ersuche daher dem Amtsbericht, so wie vorgeschlagen, Bestbieter ist Fa. Lang & Menhofer, Steyr, die Zustimmung zu geben.

21) BauStr-3/05 Straßensanierung Münchenholz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 23. Juni 2006 wird der Vergabe der Straßensanierung Münchenholz im Bereich der Wagnerstraße von Punzerstraße bis Penselstraße und der Leharstraße im Bereich Prinzstraße bis Lannergasse sowie Klarstraße im Bereich Rohrauerstrasse bis Derflingerstraße wie folgt zugestimmt:

Vergabevorschlag: Sanierung Wagnersstraße und Leharstraße
Auftragnehmer: Lang & Menhofer, Steyr
Errichtung/Finanzierung: 2006/2007
Betrag inkl. MWSt.: EUR 473.337,29

Vergabevorschlag: Sanierung Klarstraße BA 2
Auftragnehmer: Lang & Menhofer, Steyr
Errichtung/Finanzierung: 2006
Betrag inkl. MWSt.: EUR 95.979,40

Vergabevorschlag: Bepflanzung und Rekultivierung
Auftragnehmer: FA für kommunale Dienste
Errichtung/Finanzierung: 2006
Betrag inkl. MWSt.: EUR 3.683,31

Vergabevorschlag: Transporte
Auftragnehmer: FA für kommunale Dienste
Errichtung/Finanzierung: 2006
Betrag inkl. MWSt.: EUR 9.000,00

Vergabevorschlag: Granitsteinankauf
Auftragnehmer: div. Granitsteinlieferanten
Errichtung/Finanzierung: 2006
Betrag inkl. MWSt.: EUR 8.000,00

GESAMT: EUR 590.000,00

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 590.000,00 inkl. MWSt. sollen wie folgt finanziert werden:

Budget: 2006
Betreff: Gemeindestraßen – Straßenneubau Münchenholz
Voranschlagsstelle: 5/612000/002000 „Gemeindestraßen, Straßenneubauten“
Betrag in EUR: 400.000,00

Budget: 2006
Betreff: Gemeindestraßen – Straßenneubau Münchenholz – Klarstraße BA 2
Voranschlagsstelle: Kreditübertragung von 5/612000/002680 „Gemeindestraßen, Straßenneubau Staffelmayer“ auf
5/612000/002000 „Gemeindestraßen, Straßenneubauten“
Betrag in EUR: 100.000,00

Budget: 2007
Betreff: Gemeindestraßen – Straßenneubau Münchenholz – BA 2
Voranschlagsstelle: 5/612000/002000 „Gemeindestraßen, Straßenneubauten“
Betrag in EUR: 90.000,00

GESAMT: 590.000,00

Zusätzlich soll eine Kreditübertragung in Höhe von EUR 370.000,00 für dringend erforderliche

Straßensanierungen und Sonderbaumaßnahmen von „Straßenbau Aufschließung Staffelmayr“ zur allgemeinen Straßenbau-Haushaltsstelle wie folgt erfolgen:

Budget: 2006

Betreff: Gemeindestraßen – Straßenneubau Sonderbaumaßnahmen 2006

Voranschlagsstelle: Kreditübertragung von 5/612000/002680 „Gemeindestraßen, Straßenbau Staffelmayr“ auf

5/612000/0020000 „Gemeindestraßen, Straßenbauten“

Betrag in EUR: 370.000,00

Die betroffenen Baumaßnahmen werden einer gesonderten Beschlussfassung zugeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kein Münichholzer rührt sich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist wichtig und notwendig.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Darf ich kurz noch einige persönliche Worte anbringen. Erstens einmal die Straßen sind nicht nur im Münichholz wo sie saniert werden sondern wirklich quer durch das gesamte Stadtgebiet und nach der Notwendigkeit, wo geht es wirklich nicht anders, wo müssen wir zuerst etwas machen.

Das was ich jetzt ansprechen möchte ist, zwei Personen unseres Gemeinderates, nämlich der Engelbert Lengauer und der Walter Gabath haben heute hier ihre letzte GR-Sitzung und das nach einer sehr langen Dienstzeit, würde ich fast sagen, hier im Gemeinderat. Engelbert Lengauer ist seit 1991 im Gemeinderat und Walter Gabath ist seit 1994 bei uns tätig. Wenn ich jetzt sage tätig, dann ist das nicht etwas was man halt abhakt, ist auch irgendeine Tätigkeit die ich mache, sondern, und ich glaube da geben Sie mir alle Recht, die beiden haben das gelebt. Für die war das nicht Beruf sondern Berufung. Beide haben wirklich versucht die Sachpolitik in den Vordergrund zu stellen, vor allem in diesen Räumen nicht parteipolitisch zu agieren sondern im Sinne der Steyrer Bürger.

Wenn ich mit dem Engelbert Lengauer kurz beginnen darf, dann verzeihen Sie mir, wenn ich nicht alle seine Funktionen verlese, weil das sind wirklich zwei volle Seiten. Er war und ist ein Mensch des öffentlichen Lebens, der nie einen Unterschied zwischen Privatleben und seiner Funktion gemacht hat, sondern das 24 Stunden, 365 Tage im Jahr gemacht hat und für alle Ansprechpartner war. Er hat natürlich besondere Interessen gehabt und hier möchte ich wirklich z. B. die Kultur hervorheben. Ich glaube er hat auch mit dem Referenten, mit dem Kollegen Spanring, einen kongenialen Partner gefunden, wo beide im Interesse der Kulturschaffenden für die Stadt tätig waren und versucht haben das Bestmögliche mit diesen geringen Ansätzen die zur Verfügung stehen auch zu erreichen. Was uns mit Sicherheit fehlen wird ist, und ihr könnt euch sicher noch alle erinnern, wenn es ein Thema gegeben hat was den Engelbert Lengauer vor allem auch emotionell berührt hat, dann hat ihn nichts hier hinter dem Rednerpult gehalten, sondern er ist mit erhobenen Zeigefinger um das Rednerpult gesaust und hat die Worte gesprochen: „Ich meine“. Das wird uns fehlen.

Der Walter Gabath, der direkt hinter ihm sitzt, war ebenfalls ein Mensch der immer versucht hat den Konsens zu leben, der nie auf direkte Konfrontation gegangen ist und nie persönliche Angriffe gemacht hat, sondern immer versucht hat mit Sachargumenten den Sinn einer Sache darzustellen und der wirklich mit großem Engagement, nicht nur im Gemeinderat, sondern vor allem auch im öffentlichen Leben in Steyr tätig war und es auch weiter sein wird. Er hat ja die nicht leichte Aufgabe übernommen für die Sanierung der Stadtpfarre als Pfarrgemeinderatsobmann zur Verfügung zu stehen.

Beiden fällt es nicht leicht. Beide haben ja auch schon ein Alter erreicht, der Engelbert ist Jahrgang 1939. Man sieht es ihm aber nicht an. Er hat zu mir gesagt: „Gel, ich schaue aber schon noch jünger aus wie der Walter Gabath!“, der 1942 geboren ist. Ich glaube, beiden ist eines gemeinsam, dass sie mit vollem Engagement im Einsatz waren. Sie erlauben mir, dass ich vor Ihnen allen ein paar sinnbildliche Geschenke überreiche. Wir haben für beide etwas vorbereitet. Das eine ist, was bleibt, wenn man eine Tätigkeit beendet. Das sind die Spuren. Spuren bleiben, wenn man etwas bewegt hat. Das ist ein Film über Steyr, den Roland Brunhofer gedreht hat, eine DVD „Steyr vom Wasser bewegt“. Wir glauben, dass ebenso wie das Wasser auch ihr beide Steyr bewegt habt. Das 2. ist ein alter Stich,

den wir reproduzieren haben lassen und der auch sehr sinnbildlich ist der Titel ist „Schluss der Gemeinderatssitzung“.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich bedanke mich bei euch beiden für euren Einsatz und wir hoffen, dass wir euch sehr oft auch hier als Zuhörer in diesem Raum noch erleben dürfen. Danke schön

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, lieber GR Engelbert Lengauer, lieber Walter Gabath, ich darf mich natürlich den Worten des StR Gunter Mayrhofer anschließen. Ich möchte aber dazu festhalten, dass wir bereits vor dieser Sitzung vereinbart haben, dass wir euch beide noch einmal zur nächsten GR-Sitzung einladen und dort die offizielle Verabschiedung machen werden. Ich bitte um Verständnis, dass wir das so vereinbart haben.

Damit machen wir jetzt eine halbe Stunde Pause.

PAUSE VON 16.18 UHR BIS 16.55 UHR

StR Gunter Mayrhofer verlässt um 16.18 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Indem die überwiegende Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder anwesend ist, setzen wir die Sitzung fort, der Herr Bürgermeister und ein zweiter von unserem Präsidium sind noch irgendwo unterwegs, aber wir werden die Sitzung fortsetzen. Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten der Frau Vizebürgermeister und ich ersuche um die Berichterstattung.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um eine Kreditüberschreitung für die Sozialhilfebarleistungen. Ich möchte schon dazu sagen, wir haben ja heute gehört, wie viele Arbeitslose wir in Steyr haben, wir haben auch eine Broschüre bekommen, wie viele Arbeitslose wir in Oberösterreich haben, also wir sind hier in Steyr schon gewaltig höher, als die Broschüre vom Land ausgesagt hat und man sieht ja aufgrund des Amtsberichtes, von 2002 von 784 Personen, hochgerechnet für 2006 auf 2.400 Personen, dass wir das Geld brauchen, ist selbstverständlich.

6) SH-135/06 Sozialhilfe Barleistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 2. Mai 2006 wird für die Auszahlung von Sozialhilfe-Barleistungen auf der VSt. 1/411000/768300 zusätzlich ein Betrag in Höhe von

€ 390.000,- (Euro dreihundertneunzigtausend) im Wege einer Kreditüberschreitung genehmigt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeister, Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Soziales Netz ja, soziale Leistungen, in dem Fall Barleistungen ja, auch unter dem Aspekt – und das habe ich auch bereits bei einem anderen Antrag ausgeführt – dass die Ausgaben und die Leistungen im sozialen Bereich immer höher werden, aber alles mit Maß und Ziel. Wenn man jetzt – die Frau Vizebürgermeister hat jetzt eigentlich nur den Erhöhungsbetrag genannt, es sind ja tatsächlich für das

Jahr 2006 bereits € 650.000,-- im Budget vorgesehen und hier soll eine Ausweitung erfolgen und man rechnet mit Kosten von € 1.040.000,-- bis Ende dieses Jahres. Das bedeutet, dass es vom Jahr 2002 ausgehend bis Ende 2006 in diesem Bereich eine Steigerung von 350 % gibt. Meine Damen und Herren, da entsteht halt einfach der Eindruck, dass man es einigen – ich sage jetzt bewusst einigen, um nicht missverstanden zu werden – doch etwas leicht macht. Eines ist schon auch auffällig, was diesen Amtsbericht betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, an sich gleichen sich ja diese Amtsberichte mit den Begründungen wie ein Ei dem anderen, mit Ausnahme des Amtsberichtes für das vergangene Jahr. Da ist unter anderem die Begründung auch drinnen gestanden, welche die Frau Vizebürgermeister genannt hat, aber in weiterer Folge als Begründung für diese massive Ansteigung im vergangenen Jahr ist gestanden: „... immer mehr anerkannte Flüchtlinge in Steyr ihren Wohnsitz haben und diese teilweise sehr kinderreich sind, das ist auch ein Mitgrund für die Erhöhung in diesem Bereich.“ Daher meine konkrete Frage: Ist es so, dass sich da eine Änderung ergeben hat, oder möchte man das sehr bewusst in dem Amtsbericht nicht aufnehmen, denn ich gehe schon davon aus, dass es auch in diesem Bereich eine massive Anhebung der Beträge gibt und da hätte ich gerne eine Aufklärung darüber.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Danke, Frau Kollegin Wührleitner bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Selbstverständlich wird die ÖVP diesem Antrag zustimmen. Doch wie ich schon im Sozialausschuss bemerkt habe, warum wurde nicht höher budgetiert? Frau Vizebürgermeister, Sie haben damals gesagt, es wurde ein wirtschaftlicher Aufschwung prognostiziert. Es wäre schön gewesen, wenn dieser so gewaltig gewesen wäre. Wie wir im Amtsbericht sehen können, sind die Steigerungen massiv, von 2002 bis 2005 haben sich die Zahlen zum Teil überverdoppelt, auch von den Personen her ist eine Verdopplung da und wenn man jetzt das Jahr 2006 dazunimmt, dann haben wir es verdreifacht. Also, wir haben eine mehr als Verdreifachung des Betrages und das ist für uns keine solide Budgetierung. Ich ersuche wirklich, dass man im nächsten Budget die realistischen Zahlen hernimmt; also € 650.000,-- sind weniger gewesen als im Vorjahr. Wir haben 2005 schon € 783.000,-- gebraucht, dann hätte man für 2006 mindestens diesen Betrag nehmen müssen und nicht unterkalkulieren, und dann haben wir wieder eine so große Kreditüberschreitung, weil da können wir nicht aus, weil wir es zahlen müssen. Also, ich bitte, bei der nächsten Budgetierung die Beträge realistisch einzusetzen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich übergebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja das Leben ist halt nicht immer so einfach, Herr Kollege Eichhübl, dass man da jetzt die Steigerung von Sozialhilfeempfänger auf die Zunahme von Flüchtlingen oder Asylanten schiebt und auch die Frau Vizebürgermeister kann, glaube ich, nichts dafür, dass es Bundesregelungen gibt, die sich geändert haben. Wenn man den Amtsbericht liest, steht es ja auch klar drinnen, 70 % aller Bezieher sind Bezieher einer Notstandshilfe; einer geringfügigen Notstandshilfe und leider ist es eben so, dass die Städte da letztlich zur Kasse gebeten werden, wer eine geringfügige Notstandshilfe hat, kann ansuchen auf Aufzahlung auf den Sozialhilferichtsatz und genau das ist in den letzten Jahren passiert. Die gesetzliche Regelung war früher anders, inzwischen hat es sich natürlich auch herumgesprochen, dass man das tun kann und das ist das Ergebnis. Also, da ist wirklich einmal die Frau Vizebürgermeister schuldlos daran.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das hat aber auch niemand behauptet, dass die Frau Vizebürgermeister daran Schuld ist.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Na, es ist so ein bisschen in den Raum gestellt worden, die Ausländer, die Flüchtlinge etc. In dem Fall ist, glaube ich, der Schuldige relativ einfach festzumachen, es ist die Bundesgesetzgebung, die diese Regelungen ermöglicht hat, bzw. auch von Landesseite her, nachdem Sozialhilfegesetzgebung Landessache ist. Was ich allerdings schon bedenklich finde, dass die Städte, in unserem Fall die Stadt Steyr, in den nächsten Jahren, wenn sich die wirtschaftliche Situation nicht verbessert, wirklich im Jahr damit rechnen muss, 1 Mio. Euro für Sozialhilfeleistungen auszugeben, die eigentlich aus anderen Töpfen beglichen werden müssten, ich denke jetzt z. B. an die Arbeitslosenversicherung. Also, vielleicht könnten Sie – das wäre jetzt so ein Appell an die Frau Vizebürgermeister, Ihren

Einfluss geltend machen, im Rahmen von Städtebund usw., auch wirklich von Bundes- bzw. Landesseite eine Änderung zu erreichen, weil hier hat man es sich wirklich leicht gemacht, dass man im Prinzip finanzielle Ausgaben auf Bundes- oder Landesseite nicht mehr deckt und dafür letztlich die Gemeinden zum Handkuss kommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte eigentlich nur ein ganz kurzes Schlusswort sagen. Es ist natürlich schon so, man muss eines bedenken, die Schulungsmaßnahmen, die vom AMS gesetzt werden und die Teilzeitkräfte, dass die so geringfügig verdienen, und dadurch die Aufzählung bekommen, die Kollegin Frech hat es ja bereits erwähnt, das ist halt Gesetz und ich glaube, die Leute müssen halt leben können und es soll sich auch in unserer Stadt jeder wohlfühlen. Die anerkannten Flüchtlinge, dass denen etwas zusteht, da bekommen wir vom Land eh teilweise eine Vergütung, aber dass die auch existieren müssen, ist für mich selbstverständlich. Ich verwende immer das Wort, das der Herr Bürgermeister Leithenmayr gesagt hat: „Bei uns soll niemand hungern und frieren.“ Darum ist es auch richtig, dass man die unterstützt, die unsere Unterstützung und Hilfe brauchen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das steht aber im Amtsbericht nicht drinnen, das fehlt noch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 2 Stimmenthaltungen (FPÖ). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Subvention für das Gesundheits- und Sozialservice in Steyr.

7) Fin-116/06 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS) Subventionsansuchen 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 15. Mai 2006 wird dem Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Michael Schodermayr, Harrerstraße 5, 4400 Steyr, eine einmalige, außerordentliche Subvention für das Jahr 2006 in Höhe von

€ 105.213,48 (Euro einhundertfünftausendzweihundertdreizehn 48)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/429100/757100 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. In Klammer sage ich, wir haben ja damals bei der Abstimmung beim GSS dagegen gestimmt, weil wir einfach auch heute noch überzeugt sind, dass man das in der Konstellation doch noch anders machen hätte können. Aber wir möchten feststellen, dass wir mit der Arbeit, die jetzt das GSS leistet, wirklich zufrieden sind und die Arbeit wird im GSS immer mehr. Man könnte jetzt auch sagen, das GSS ist selber Schuld, dass die Arbeit immer mehr wird. Warum? Weil das GSS immer mehr angenommen wird, immer mehr Leute erfahren in Mundpropaganda, dass dort wirklich kompetent geholfen und beraten wird. Aus diesem Grund wird die Arbeit dort immer mehr, die Arbeit wurde aber auch mehr, weil wir vom Magistrat und von der Sozialabteilung manche Dinge hinunter geschickt haben – ich habe es letztes Mal schon gesagt, Seniorenbetreuung und all diese Dinge – und zurzeit beansprucht immens viel Zeit die Beratung bei den Wohnungsdelogierungen. Das geht einfach ins

Uferlose, daher möchte ich einfach einmal feststellen, dass man doch bei der nächsten Budgetplanung überlegen muss, ob man nicht beim GSS einfach vom Personal her aufstocken muss. Als Rechnungsprüfer beim GSS darf ich noch sagen, dass dort wirklich präzise sparsamst gearbeitet wird. Wir haben noch ein zweites Problem, es werden auch die Räumlichkeiten zu gering, auch da muss man schauen, dass man eine würdige Gesprächsbasis und Gesprächsatmosphäre schaffen kann. Ich möchte das nur jetzt schon sagen, weil das einfach wichtig ist, ansonsten wirklich herzlichen Dank an die Damen im GSS, die dort arbeiten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, ich kann mich nur anschließen, man sieht ja beim ersten Antrag, dass das GSS notwendig ist, weil ja die Beratungen und die Delogierungsmöglichkeiten hängen ja auch mit der Sozialhilfe zusammen, dass diese steigen und dass natürlich auch die Beratungen dadurch steigen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Punkt geht es um einen Vergleich. Sie werden ja alle den Antrag durchgelesen haben, da geht es um einen Betonpreis, das betrifft das Alten- und Pflegeheim Münichholz. Die ÖNORM B 4200 ist angeboten und kalkuliert worden und wie der Bau dann soweit war, hat es sich in eine andere ÖNORM gewandelt. Da hat uns eben der Richter empfohlen, man sollte sich auf diesen Vergleich einlassen, es ist eh ausführlich beschrieben.

8) BauH-41/06 Alten- und Pflegeheim Münichholz, Klagen der Hitbau GmbH gegen die Stadt Steyr; Abschluss eines Vergleiches.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 22.5.2006 wird einem Vergleich zur außergerichtlichen Beilegung der beiden von der Firma Hitbau Hoch- Industrie-Tiefbau Sanierungs-GmbH gegen die Stadt Steyr beim Landesgericht Steyr eingebrachten Klagen wie folgt zugestimmt:

Im Falle des wegen der Betongüte geführten Streites verpflichtet sich die Stadt der klagenden Partei binnen 14 Tage nach Rechtswirksamkeit einen Betrag von EUR 10.000,-- zu bezahlen.

Bei dem wegen der Nichtbezahlung des Haftungsrücklasses geführten Verfahren hat die Stadt einen Betrag von EUR 2.300,-- zu entrichten.

Weiters hat die Stadt die Kosten der rechtsanwaltschaftlichen Vertretung in beiden Verfahren zu tragen und hierfür einen Betrag von EUR 4.833,49 zu bezahlen.

Die Finanzierung sämtlicher aufgelaufener Kosten erfolgt im Rahmen der Bauabwicklung.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche den Gemeinderat dem zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wenn es nur um die Betonqualität gehen würde, dann könnte man das Ganze ja noch einsehen, aber ich finde es schon höchst spannend, dass es da ja auch um eine Bankgarantie geht und wenn man sich den Amtsbericht durchlest, auf der Seite 2 z. B., „... die Stadt hatte nach Aussagen der Fachabteilung Hochbau keine Kenntnis von der Vorlage der Bankgarantie. Die WAG hat die Bankgarantie mehr als

2 Monate nicht bearbeitet.“ Kosten tut uns das Ganze aufgrund der rechtsanwaltschaftlichen Vertretung immerhin ungefähr EURO 5.000,-- plus dann noch EURO 2.300,-- aus dem zweiten Verfahren für die Prozesskosten. Was mich in diesem Zusammenhang auch interessieren würde, auf der Seite 3 steht: „... aus der Nichtbezahlung des Deckungsrücklasses wird eben die Stadt versuchen, die Kosten des zweiten Verfahrens teilweise von der WAG einbringlich zu machen.“ Gibt es da jetzt Gespräche, was zahlt die WAG? Weil im Endeffekt sind da ungefähr € 7.000,--, die wir wirklich für nichts und wieder nichts zahlen, nur weil irgendjemand geschlafen hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Frau Kollegin Frech. Ich nehme Sie beim Wort, lassen wir doch bitte die Kirche im Dorf und reden wir davon, was Sache ist. Tatsache ist, meine Damen und Herren, dass es aufgrund der Ausschreibung und dann aufgrund der Änderung bei der ÖNORM bezugnehmend auf die Betonqualität eine Verteuerung in der Größenordnung von etwa EURO 35.000,-- gegeben hat und dass diese Forderung an die Stadt herangetragen wurde. Ich kann nur sagen, Gott sei Dank hat man versucht sich mit einer Klage zu wehren, denn tatsächlich hat man sich dabei viel Geld erspart, denn es ist nämlich tatsächlich so, dass zu erwarten gewesen wäre, dass aufgrund eines Gutachtens herausgekommen wäre, dass tatsächlich diese Forderung zu Recht besteht, weil wie gesagt sich die Betongüte entsprechend geändert hat und es auch vom Richter so gesehen worden wäre. Frau Kollegin Frech, vielleicht tun wir ein bisschen gemeinsam üben beim Zusammenzählen; tatsächlich ist es so, dass laut dem vorliegenden Amtsbericht die Stadt nicht € 35.851,-- an Forderungen bezahlen muss, sondern € 17.133,-- und ich glaube, das ist allemal noch gescheiter. Sonst habe ich dem nichts hinzuzufügen, wir werden selbstverständlich dem Antrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte nur einen Satz dazu sagen; selbstverständlich werden wir schauen, dass die WAG, die ja den Hafrücklass, also die Bankgarantie beizeiten bekommen hat und uns das nicht weitergegeben hat, dass wir uns da noch einigen. Aber wichtig ist, dass wir das einmal zahlen, weil im Grunde genommen hätten wir sonst € 35.000,-- zahlen müssen und das ist ein anderer Betrag, als wie wenn wir jetzt € 10.000,-- und die Rechtsanwaltskosten müssen wir selbstverständlich zahlen, und die € 2.300,-- sind noch offen, aber man versucht da trotzdem eine Einigung herbeizuführen. Ich glaube, wir haben das Gott sei Dank noch am Baukonto, also wir brauchen nichts überschreiten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 1 – Bürgerforum. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Jahresabschluss 2005 für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Es ist ja ein Lage- und Kurzbericht dabei, es ist alles sehr ausführlich beschrieben und ich möchte auch hier die Gelegenheit wahrnehmen, um mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Tabor, aber auch im Alten- und Pflegeheim Münchenholz, was ja der zweite Antrag ist, herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken und kann sie nur ersuchen, dass sie weiterhin zum Wohle unserer älteren Generation so arbeiten.

9) Fin-135/06 Alten- und Pflegeheim Tabor; Bilanz und Jahresabschluss 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2005 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich auch dem Dank anschließen und möchte einfach hinweisen, wenn man diese Lageberichte vom Tabor im Internet und vom Münchenholz in dieser Broschüre liest, dann liest man einfach schlampig drüber, denn 23 große Veranstaltungen, 10 kleine Veranstaltungen und man bedenkt nicht, was da alles dahintersteckt, was da alles an Vorbereitungen und freiwilliger Zeit gegeben wird, denn diese Zeit, die für diese Sachen verwendet wird, die werden in den Schlüsseln für die Dienstpläne nicht eingerechnet. Und das wäre jetzt meine Bitte, dass alle, die irgendwo in Verhandlungen Mitspracherecht haben, immer wieder hinweisen, dass nicht nur das Spritzen geben, das Bett umziehen, sondern dass auch das Gespräch, die Zuwendung zu den Menschen einfach eine ganz wesentliche und wichtige Arbeit ist, und dass man die nicht einfach unter den Tisch fallen lassen darf bei einem Dienstpostenplan, sondern dass man das dazuzählen muss. Alle Kolleginnen und Kollegen, die irgendwo eine Möglichkeit haben mitzureden, bitte auf das immer wieder hinzuweisen. Das wäre für Münchenholz und Tabor gleich zu sagen.

Eine Frage hätte ich noch beim Tabor. Kann man ungefähr sagen, wenn man jetzt so einen Jahresabschluss und eine Bilanz hat, wie es weiter ausschaut, denn in den Zeitungen steht einmal dieses und einmal jenes.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? GR Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nur kurz weil gerade das Thema ist, ich wollte eh so, wie der Kollege Lengauer gesagt hat, die Entwicklung des APT ansprechen.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:
Hören Sie mir zu, bitte ich hätte eine Frage.
Wie es weitergeht mit dem APT, wie und in welcher Form die Umbaumaßnahmen geplant sind, wann das losgeht, bzw. was da einfach Status ist, weil ich mir denke, dass das ein wichtiger Teil ist, drittes Altersheim wird nicht ausbleiben, jetzt einfach einmal die Frage, was überhaupt mit dem bestehenden Teil passiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Die Frage ist natürlich berechtigt, aber ich möchte dazu sagen, im Alten- und Pflegeheim Tabor wird nur das Notwendigste gemacht, weil es steht ja fest, dass das Haus weggerissen werden muss. Es steht aber der genaue Standort noch nicht fest, wir haben es ja letztes Mal im Gestaltungsbeirat vorgestellt, also es ist noch in Verhandlung, dass man das dann endgültig sagt, aber ich bin sicher, dass keine größeren Umbaumaßnahmen mehr getätigt werden, nur mehr das Notwendigste, was halt an Reparaturen notwendig ist. Wir werden das auch beizeiten im Ausschuss durchführen, wann wir es dann soweit haben, wie sich das Ganze entwickelt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Mein letzter Antrag betrifft den Jahresabschluss für das Alten- und Pflegeheim Münchenholz.

10) Fin-148/06 Alten- und Pflegeheim Münchenholz – Jahresabschluss 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2005 des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Ich ersuche den Gemeinderat, auch diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen?

Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke der Berichterstatterin, nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, meine lieben Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Erneuerung der Beleuchtungskörper und Malerarbeiten in der Sonderschule Industriestraße. Es geht um die erste Etappe.

11) GHJ2-31/06 Erste Etappe – Erneuerung der Beleuchtungskörper und Malerarbeiten Sonderschule Industriestraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 16.05.

2006 wird den Auftragsvergaben für die erste Etappe der Erneuerung der Beleuchtungskörper und der Malerarbeiten der Sonderschule Industriestraße, Industriestraße 4-6, an die

Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroarbeiten (€ 47.940,-- inkl. USt.)

Fa. Seywaltner, Steyr – Malerarbeiten (€ 26.697,-- inkl. USt.)

Fa. Moser-Grinninger, Garsten - Tischlerarbeiten (€ 5.663,-- inkl. USt.)

Fa. Alpine, Steyr – Baumeisterarbeiten (€ 3.800,-- inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird der Mittelfreigabe von

€ 84.100,-- inkl. USt. (vierundachtzigtausendeinhundert) bei der VA-Stelle 5/213000/010000 (Sonderschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 84.100,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es ebenfalls um Erneuerungen in der Sonderschule Industriestraße, und zwar Randleistensteine.

12) GHJ2-48/06 Erneuerung der Randleistensteine – Sonderschule Industriestraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 17.05.

2006 wird der Auftragsvergabe für die Erneuerung der Randleistensteine der Sonderschule Industriestraße, Industriestraße 4-6, an die

Fa. Alpine, Steyr – Baumeisterarbeiten (€ 3.845,40 inkl. USt.)

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von: € 3.900,-- inkl. USt. von der VA-Stelle 5/213000/010000 (Sonderschulen Gebäude) auf die VA-Stelle 5/213000/610000 (Sonderschulen Instandhaltung von Grund und Boden)

und um Mittelfreigabe von

€ 3.900,-- inkl. USt. (dreitausendneunhundert) bei der VA-Stelle 5/213000/610000 (Sonderschulen Instandhaltung von Grund und Boden)

zugestimmt.

Aufgrund von Kosteneinsparungen bei der VA-Stelle 5/213000/010000 (Sonderschulen Gebäude) werden die zur Kreditübertragung beanspruchten Mittel bei dieser VA-Stelle in diesem Ausmaß nicht benötigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 900,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Aber es geht da um die Anlaufbahn zur Sprunggrube und dort sind Randsteinleisten zu erneuern. In meinem nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Salzsilos und einer Soleaufbereitung. Es ist dies eine Ersatzbeschaffung; es ist hier auch eine Kreditüberschreitung notwendig. Ich ersuche aber trotzdem um Verständnis, der vergangene strenge Winter hat uns hier in Oberösterreich, in vielen anderen Gemeinden, sehr deutlich aufgezeigt, wo es Versorgungsprobleme beim Salz gibt. Wir in Steyr sind Gott sei Dank über die Runden gekommen, wir haben aber auch gesehen, dass es zweckmäßig ist, wenn wir hier größere Bevorratung hätten, dass wirklich bei strengem Winter das Problem nicht gegeben ist. Das war nicht budgetierbar, wir haben den Winter 2005/2006 nicht budgetieren können, wir haben nicht voraussehen können, dass das so ein strenger Winter wird, aber es hat uns aufgezeigt, dass diese Investition sinnvoll und zweckmäßig wäre, damit sind wir in der Lage, dass wir wesentlich mehr Salz bevorraten können und somit auch die Salzstreuung über den Winter gewährleistet ist.

13) KD-27/06 Ankauf eines Salzsilos und einer Soleaufbereitungsanlage; Ersatzbeschaffung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches VII, Fachabteilung für kommunale Dienstleistungen vom 30. Mai 2006 werden

1. einer Kreditüberschreitung in der Höhe von insgesamt Euro 106.000,-- bei der VA-St. 5/814000/050000 (Straßenreinigung/Sonderanlagen),
2. der Auftragsvergabe zur Lieferung eines Streusalzsilos an die Obermayr GmbH, Schwanenstadt, zum Preise von Euro 69.768,- inkl. USt. und einer Soleaufbereitungsanlage an die Südsalz GmbH, Amstetten, zum Preise von Euro 21.100,37 inkl. USt. sowie zur Durchführung von Baumeisterarbeiten an den Geschäftsbereich VII zum Preise von Euro 15.000,-- und
3. der Mittelfreigabe zum Ankauf eines Streusalzsilos, einer Soleaufbereitungsanlage sowie zur Durchführung von Baumeisterarbeiten in der Höhe von insgesamt € 106.000,-- (Euro einhundertsechstausend) bei der VA-St. 5/814000/050000 (Straßenreinigung/Sonderanlagen)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 106.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um den Verkauf von Grundstücken im Bereich Stelzhamerstraße an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr. Es ist im Amtsbericht erläutert, dass dort ein Projekt in Planung ist, in Sonderwohnbauform.

14) ÖAG-8/06 Verkauf von Grundstücken im Bereich Stelzhamerstraße an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 19.06.2006 wird dem Verkauf der Grundstücke 831/2, vorgetragen in der EZ 99, Grundbuch Sarning, 1457/1, 1457/14 und .2067, vorgetragen in der EZ 1816, Grundbuch Steyr, sowie der Grundstücke 1457/16 und .2066, vorgetragen in der EZ 2432, Grundbuch Steyr, im Gesamtausmaß von 8.606 m² entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH. zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich hätte eigentlich nur eine Frage, nachdem im Amtsbericht erwähnt ist, dass die Bebauung der Liegenschaft ja über mehr als 10 Jahre nicht erfolgt ist, aufgrund der Anrainerproteste, zugleich aber drinnen steht – und der Herr Vzbgm. Bremm das ja wiederholt hat – dass jetzt eine Wohnbebauung dort vorgesehen ist, wüsste ich gerne, wie diese Wohnbebauung ausschauen wird und ob das auch zu Anrainerprotesten führen könnte?

STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz kurz zu deiner Frage. Grundsätzlich soll die Bebauung wie ursprünglich geplant auch jetzt stattfinden. Nur mit einem riesengroßen Unterschied, seinerzeit waren ja die großen Anrainerproteste dahingehend, dass der Baukörper zu wuchtig und zu hoch war. Aufgrund der neuen Baurichtlinien bei der Wohnbauförderung ist es selbstverständlich, dass wir alles barrierefrei bauen und es geht ja in erster Linie um die ursprüngliche Planung, die längs der Stelzhamerstraße errichtet werden sollte, dass die Tiefgarage bis zur Hälfte herausgeschaut hätte und dann erst drauf gebaut worden wäre. Jetzt gehen wir mit der Tiefgarage komplett unter die Erde und wir haben somit mehr oder weniger die Höhe eines kompletten Stockwerkes eingespart und zum Teil sind die Einfamilienhäuser in der Siedlung gegenüber höher als der jetzt geplante Bau. Ich habe auf alle Fälle unserer Geschäftsführung die Anweisung gegeben, dass sie bevor die Bauverhandlung durchgeführt wird, eine Informationsveranstaltung mit der dort wohnenden Bevölkerung durchführt, dass man die auch dementsprechend informieren kann. Das ist der gravierende Unterschied und ich glaube, dass damit diese Probleme, die es zuletzt gegeben hat, nicht mehr vorhanden sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wie viele Wohnungen werden das sein?

STADTRAT WALTER OPPL:

Es werden in der ersten Bauabschnittsphase in Summe 47 – wenn ich es richtig im Kopf habe – Wohneinheiten errichtet, wobei diese Sonderwohnform für Menschen mit Beeinträchtigungen ebenfalls ihren Platz findet.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort? Auch keines, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 1 - Bürgerforum. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um die Änderung des Übereinkommens zwischen der Stadt Steyr und der Fa. Waizinger GmbH & Co KG. Aufgrund der Deponieverordnung 2004 mit dem Vertrag die Oberösterreichlösung BA-VA mit Energie AG und Linz AG, haben sich auch im Vertrag zwischen der Stadt Steyr und der Firma Waizinger mit der Sortieranlage und Rücklieferungsdeponie Änderungen ergeben. Es ist im Amtsbericht alles erläutert, die Fa. Waizinger soll ja die Umladestation betreiben wir haben hier einige doch wesentlich alte Vertragspunkte abgeändert und für die Stadt ist das eine sehr günstige und zweckmäßige Vereinbarung und auch die Fa. Waizinger ist hier miteingebunden.

15) Ha-5521/90 Änderung des Übereinkommens zwischen der Stadt Steyr und der Waizinger GmbH & Co KG vom 29.01.1992.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 19.06.2006 wird dem Abschluss des geänderten Übereinkommens zwischen der Stadt Steyr und der Firma Waizinger GmbH & Co KG über die Sortierung der gesamten von der Stadt Steyr im Abfallsammelzentrum bzw. bei Hausabholungen gesammelten sperrigen Abfälle und der Umladung des in der Stadt Steyr anfallenden Hausmülls entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich glaube, dass das auch ein ganz wesentliches Übereinkommen ist, über dieses Thema diskutieren wir auch schon längere Zeit und wir haben hier Gott sei Dank eine sehr gute Lösung gefunden. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es um eine Vereinbarung mit der Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft mbH. Es ist das auf Oberösterreichebene verhandelt worden und es ist einfach unsere Vereinbarung hier anzugleichen.

16) Abfall-4/06 Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft mbH, Abschluss eines 2. Nachtrages zur Partnervereinbarung mit der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 19.06.2006 wird dem Abschluss des 2. Nachtrages zur Partnervereinbarung über die Sammlung von lizenzierten Verpackungen aus Papier, Karton, Pappe und Wellpappe für das Gebiet der Stadt Steyr, abgeschlossen zwischen der Stadt Steyr und der Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft, kurz ARO, entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im letzten Punkt geht es um den Verkauf von einem Grundstück in Münichholz an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft. Es ist im Vorfeld zum Teil ja auch schon über die Medien darüber informiert worden, dass dort ein neues Pensionistenhaus dringend notwendig ist, als Ersatzbeschaffung für das bestehende Pensionistenhaus. Das ist kein zusätzliches, sondern Bewohner vom alten Haus sollen dort übersiedelt werden. In diesem Bereich ist es eben vorgesehen, das Haus zu errichten.

17) ÖEG-8/05 Verkauf der Grundstücke 413/12 und 413/39, Grundbuch Hinterberg, an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 27.06.2006 wird

dem Verkauf der beiden gemäß der Vermessungsurkunde des DI Friedrich Mayrhofer vom 15.05.2006, GZ 12079/05, neu geschaffenen bzw. veränderten Grundstücke 413/12 und 413/39, je Grundbuch Hinterberg, im Gesamtausmaß von 3.041 m² an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr zu den nachstehend angeführten Bedingungen zugestimmt:

Der Kaufpreis beträgt EUR 58,- je m², demnach bei einem Flächenausmaß der Kaufgrundstücke von 3.041 m² insgesamt EUR 176.378,-. Dieser ist binnen 14 Tagen nach letztgültiger Unterfertigung des noch zu erstellenden Kaufvertrages spesen- und abzugsfrei von der Wohnungsgenossenschaft an die Stadt zu bezahlen.

Im Zuge der Abwicklung des Bauvorhabens hat die Wohnungsgenossenschaft die neu zu errichtende öffentliche Zufahrtsstraße mit der Parzellenbezeichnung 549, ebenfalls Grundbuch Hinterberg, auf ihre Kosten zu errichten, wobei während der Bauzeit eine ständige Straßenverbindung zu den Wohnhäusern Karl Punzerstraße 60 a und 60 b aufrecht zu erhalten ist.

Zur Errichtung von Stellplätzen unter der neuen Fahrbahn des Grundstückes 549 räumt die Stadt der Wohnungsgenossenschaft die unentgeltliche Dienstbarkeit der Errichtung und Erhaltung von Stellplätzen unter dem Grundstück 549 ein, wobei das Ausmaß der Dienstbarkeit im beigeschlossenen Lageplan des DI Friedrich Mayrhofer vom 15.05.2006, GZ 12079/05, dargestellt ist.

Weiters hat die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr sämtliche im Zusammenhang mit dem Abschluss des Rechtsgeschäftes stehenden Steuern, Abgaben und Gebühren zu tragen. (Beilage)

Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung für den Verkauf dieser Liegenschaft.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr GR Altmann.

GEMEINDERAT DI CHRISTIAN ALTMANN:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen. Wir haben heute schon ein bisschen über das Rechnen geredet und anderswo werden in den nächsten Tagen Zeugnisse verteilt, ich lade sie ein, mit mir gemeinsam ein kleines Rechenbeispiel zu machen, das passt vielleicht ganz gut. Im vorliegenden Amtsbericht geht es, wie es der Herr Vizebürgermeister schon erwähnt hat, um den Verkauf von Grundstücken an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft zur Errichtung eines Wohnhauses mit der Wohnform betreutes Wohnen. Der Kaufpreis für die Grundstücke beträgt laut Amtsbericht € 58,- pro m². Als Begründung für diesen Kaufpreis wird im Amtsbericht auch angeführt, dass genau das jener Preis ist, den auch die Erste GWG an die WAG Linz für die Errichtung einer derartigen Wohnform schon einmal entrichten musste. Aber, da fehlt eine wesentliche Information, weil das nicht der Preis ist, den die Erste GWG tatsächlich an die WAG gezahlt hat, nämlich ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT DIPL.-ING. CHRISTIAN ALTMANN:

Verzeihung, die Städtische GWG, weil eben die WAG damals der Abtretung der Gründe zum Wert von € 58,- pro m² nur unter der Voraussetzung zugestimmt hat, dass sie nämlich auch die Bauaufsicht und die Planungen übernehmen darf. Nach Auskünften von Experten für den sozialen Wohnbau verursacht betreubares Wohnen ungefähr Baukosten – mit Lift - € 1.622,- pro m² und ungefähr € 1.572,- pro m² ohne Lift. Nach weiteren Auskünften der Experten sind die Kosten für Bauaufsicht, Baubetreuung und eben die Planung ungefähr mit 9 % des gesamten Baupreises pro m² zu berechnen. Die GWG hat damals den Grund erworben zu € 58,- plus 13,5 % der Baukosten, also für die Planung usw., das man dann an die WAG Linz abgetreten hat. Das sind nämlich in Summe € 219,-. Geht man jetzt davon aus, dass die GWG die Planung und die Bauaufsicht selbst machen wird und geht man vom Normalsatz von diesen 9 % aus, so sind das in Summe 145,- Euro, somit eine Differenz von 4,5 % oder € 74,-. Das heißt, die Stadt verkauft in diesem vorliegenden Fall der GWG die Gründe ungefähr um € 49,- pro m² zu günstig, als sie damals von der WAG eben die Gründe gekauft hat. Das Argument kann jetzt gelten, dass es sozialer Wohnbau ist, dass es wichtig ist und dass, wenn man da erhöhte Quadratmeterpreise zahlen würde, das sich natürlich auch irgendwann einmal auf die Miete durchschlagen würde ...

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT DIPL.-ING. CHRISTIAN ALTMANN:

Oder wird, jedenfalls ein kleines Rechenbeispiel, wenn man davon ausgeht, € 50,-- bezahlt hier die GWG zu wenig, bei einer geschätzten Amortisation des Gebäudes von 40 Jahren entspricht das ungefähr 10 Cent pro m² pro Monat Vergünstigung die man sich dadurch erzielt. Das ist nur marginal und kann sicherlich nicht als Argument gelten, dass man hier einfach der GWG zuwenig berechnet. Viel prekärer, finde ich, ist die Situation, dass eben durch den verbilligten Preis der Stadt unmittelbarer Schaden entsteht, nachdem ein höherer Kaufpreis durchaus drinnen wäre. Ein besonderes Detail am Rande ist ja, dass das nicht irgendeine Genossenschaft ist, sondern die Erste GWG und da möchte ich einfach den Vorwurf nicht so im Raum stehen lassen; vielleicht kann ich es in einer Frage formulieren, ob es da vielleicht auch vom zuständigen Referenten, vom Liegenschaftsreferenten, einen gewissen Interessenskonflikt gibt, nachdem er auch Vorsitzender des Aufsichtsrates von der Ersten GWG ist. Das heißt, wir stellen daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung dieses Antrag an den zuständigen Finanz- und Rechtsausschuss zur Beratung und Feststellung über den tatsächlichen Kaufpreis.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dann müssen wir zum Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jeder hat noch eine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

SPÖ? Nicht.

ÖVP? Haben wir schon.

FPÖ? Auch nicht.

Grüne? Keine Wortmeldung.

Frech, auch keine Wortmeldung.

Das heißt, wir stimmen jetzt über den Antrag zur Geschäftsordnung ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 2 Grüne, ÖVP, Bürgerforum. Wer ist dagegen? SPÖ, FPÖ. Stimmenthaltung? 1 – Grüne (Kupfer). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir wieder zum normalen Antrag zurück. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Gerhard, als Referent, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Natürlicherweise kann man immer eine unterschiedliche Sichtweise haben, das will ich überhaupt nicht bestreiten. Grundsätzlich einmal zum Vergleich, wir haben diese Debatte ja auch im Stadtsenat geführt, der Kollege Mayrhofer hat das ja auch angeschnitten, da kann man grundsätzlich sagen, was ist der Verkehrswert eines Grundstückes im Münchenholz und was ist der Verkehrswert eines Grundstückes in der Stelzhamerstraße, aber nicht erst wenn die Straßen fertig sind, dann wird der Verkehrswert der Grundstücke vielleicht etwas steigen. Es ist sicherlich jedem bekannt, dass sich der Verkehrswert eines Grundstückes in der Stelzhamerstraße weit über dem bewegt, was wir als Stadt an die GWG der Stadt Steyr verkauft haben. Also, er bewegt sich weit darüber, wenn sie in der Stelzhamerstraße privat einen Grund kaufen würden, dann würden sie mindestens € 200,-- bis € 250,-- auf den Tisch legen, damit sie dort ein Grundstück bekommen. Das ist halt aufgrund der Lage, sehr schön dort, Villenviertel, die Zentrumsnähe, die dort natürlich auch eine gewaltige Rolle spielt. Im Münchenholz ist der Verkehrswert nach Auskunft der WAG wesentlich geringer, die WAG beurteilt das so ungefähr mit € 100,-- wenn man dort privat einen Grund kauft. Das ist nicht meine Einschätzung, nicht meine Beurteilung, sondern die von der WAG. Also, diese Sichtweise kann man haben, kann man als Stadt Steyr sagen, dass wir bestrebt sind und dass wir schauen, dass wir den besten Grundpreis, der zu erzielen ist, erwirtschaften. Also, wenn man es rein aus betriebswirtschaftlicher Sicht sehen würde, da gebe ich Ihnen Recht, da kann man Rechenexempel machen und kann schauen, wo man das Optimalste herausholen kann. Bekannterweise sind wir aber nicht im Eck der Grundstücksmakler, in keinster Weise, sondern wir haben auch eine andere Sichtweise als Stadt Steyr und da möchte ich zu einem Punkt kommen und möchte darüber informieren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass der Gemeinderat der Stadt Steyr, Roman Eichhübl, du wirst dich wahrscheinlich daran erinnern– weil du bist ja der Älteste, nicht an Lebensjahren, sondern an Funktionsjahren in diesem Haus, ich weiß nicht wie lange du im Gemeinderat bist, aber du warst 1983 schon im Gemeinderat der Stadt Steyr - und die wirst dich an die Debatte erinnern, es hat damals der Gemeinderat der Stadt Steyr einen

Grundsatzbeschluss gefasst, mit dem wesentlichen Inhalt, die Errichtung von Wohnungen für betagte Mitbürger durch die GWG ist seitens der Stadt durch geeignete Maßnahmen im Sinne obigen Amtsberichtes, günstige Grundbeistellung, Übernahme von Grund- und Baukostenanteilen, sowie allfällige Zwischenfinanzierung, Nachlass öffentlicher Gebühren, sowie Beiträge zu Aufschließungskosten zu fördern. Also, ein Grundsatzbeschluss, dass seitens der Stadt bei Pensionistenwohnhäusern, bei betagten Mitbürgern und auch bei Pflegeheimen, dementsprechend auch eine Unterstützung gegeben ist. Das ist also der Grundsatzbeschluss, an den sich auch der Gemeinderat der Stadt Steyr bei der Errichtung von den Pensionistenwohnhäusern gehalten hat und auch so vorgegangen ist. Das war die erste Förderung – und da bist auch du wieder der Zeitzeuge, aber so kommt das nun mal, auf einmal ist man überall der Zeitzeuge – Pensionistenwohnhaus Neuschönau ist von der Stadt dementsprechend gefördert worden, auch das Pensionistenhaus in Münchenholz, in der Sebekstraße, auch allgemein bekannt, das ist nicht eine stadteigene Wohnungsgenossenschaft, oder nicht wie man es so ein bisschen unterstellt, die Erste GWG, weil dort der Bremm Aufsichtsratsvorsitzender ist, sondern dort sind andere Aufsichtsratsvorsitzende und andere Eigentümer, auch dort ist seitens der Stadt dementsprechend gefördert worden. Pensionistenwohnhaus Industriestraße ist auch dementsprechend gefördert worden, also hier hat sich der Gemeinderat immer an den Grundsatzbeschluss aus dem Jahre 1983 gehalten. Jetzt noch zu dem anderen Punkt, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, zum Preis selbst noch einmal. Wir haben hier nur einen Grundpreis vorgeschlagen, den die Stadt bei der WAG gezahlt hat, bei dem Grund für das Pflegeheim, also für das APM ist seinerzeit ein Grundpreis – das war noch unter Bürgermeister Hermann Leithenmayr, jetzt kann er sagen, er hat vielleicht zu hart verhandelt, dass er dort die WAG vielleicht über den Tisch gezogen hat, das kann man so sehen, aber vielleicht hat die WAG auch einen sozialen Ansatz gehabt – nicht das andere, diese Argumentation hat nämlich in Wirklichkeit überhaupt keine Gültigkeit, Herr Dipl.-Ing., ich werde es Ihnen gleich sagen, das stimmt nämlich so nicht. Letztendlich geht es darum, welche Höhe bei den Mieten herauskommt, was sind für Mieten zu bezahlen und jede Wohnungsgenossenschaft, wenn sie ein Wohnhaus errichtet, rechnet den Grundpreis, die Errichtungskosten und alles rundherum in die Mieten hinein, und das ergibt dann die Höhe der Miete. Bei der WAG ist damals ein Grundpreis von € 54,- für das APM ausgehandelt worden. Indexgesichert für betreubares Wohnen in Münchenholz. Das ist nicht die Erste GWG, das ist kein betreubares Wohnen, das ist ein normales Pensionistenwohnhaus und nicht die Sonderwohnform betreubares Wohnen, das auch eine Sonderförderung hat, aber das was von der GWG errichtet wird, ist betreubares Wohnen neben dem Pflegeheim, indexgesichert ist dort ein Betrag von € 58,- verlangt und ausgehandelt worden. Dass bei jeder Errichtung eines Baues Planungskosten anfallen, egal welcher, ob das jetzt ein sozialer Wohnbau ist, ob das irgendeine größere Wohnbauaktivität ist, Pflegeheim oder Pensionistenwohnhaus, dass Bauaufsicht, Bauüberwachung und Baubetreuung anfallen, das ist zu vergeben und die GWG der Stadt Steyr hätte die Planungsaufgaben, die Baubetreuung oder die Bauaufsicht, fremd vergeben müssen, weil sie es selber gar nicht machen hätten können. Es war halt eine Bedingung der WAG, unabhängig des Grundpreises, wir verkaufen euch den Grund, wenn wir diese drei Punkte in einer Vereinbarung mit hineinbringen, Bauaufsicht, Baubetreuung und Planung.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das fällt bei jedem Haus an, egal wo das steht und das sind keine Sonderregelungen, sondern das hat sich halt die WAG damit ausgehandelt. Wäre aber für die Mieter, ob das APM oder betreubares Wohnen ist, völlig egal, weil die Kosten hätte jeder andere Unternehmer auch verrechnet, da gibt es fixierte Prozentsätze und das hätte auch dort aufgeschlagen werden müssen. Also, das hat mit dem Grundpreis in keinsten Weise was zu tun und auch die Erste GWG hat Planungskosten, Bauaufsicht und Baubetreuung fremd zu vergeben, weil sie ist auch nicht in der Lage diese Arbeiten selbst zu verrichten, weil sie ja eine kleine Wohnungsgenossenschaft ist, und die Kosten werden genauso wie beim APM und beim betreubaren Wohnen auf die gesamten Baukosten aufgeschlagen. Also, da ist überhaupt kein Unterschied zwischen dem APM, dem betreubaren Wohnen und der Ersten GWG, was die Errichtungskosten grundsätzlich voraussetzt. Ich glaube, dass man das einfach nicht in dieser Form verquicken kann und würde schon den Gemeinderat ersuchen, dass wir uns grundsätzlich auch an den Gemeinderatsbeschluss 1983 orientieren und vor allem würde ich den Gemeinderat ersuchen, nicht in diese Richtung zu gehen, dass man gerade bei den sozial Schwächeren spart – und der Herr Lengauer wird das mindestens in dem Ausmaß wissen, wie wir alle, vielleicht noch ein bisschen besser, weil er mehr Erfahrungen mit dieser Generation hat, dass das nicht jene sind, die finanziell begütert sind, sondern jene, die oft auch Mindestrentner sind – und dass wir nicht den Weg beschreiten, dass wir im sozialen Wohnbau als Grundspekulanten auftreten und dass wir da die Grundpreise treiben und sagen, wir müssen das Meiste daraus „cashen“. Also, ich würde wirklich vor

dieser Entwicklung warnen, wir brauchen nichts herschenken, aber wir sollen uns unserer sozialen Aufgabe, die wir als Gemeinderat haben, auch bewusst sein und gerade in dieser Frage haben wir einen sozialen Auftrag.

Zu meiner Doppelfunktion, ich habe das eh gegenüber den Zeitungen auch schon gesagt, das war zum Nachlesen, ich bin in der Ersten GWG und ich bin auch nicht befangen in dieser Frage, ich bin dort Aufsichtsratsvorsitzender in einer ehrenamtlichen Funktion, und es kauft nicht der Bremm für sich selber den Grund von der Stadt Steyr, und ich verkaufe auch nicht als Referent der Liegenschaft den Grund, sondern ich bin nur der zuständige Referent und ich habe den Amtsbericht und die Anträge vorzubereiten und die Gespräche zu führen. Also, ich kaufe für mich selber überhaupt nichts und wir halten uns nur an den Grundsatzbeschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr und nichts anderes. Ich habe das beste Gefühl und ein ruhiges Gewissen, wenn wir als Stadt Steyr den Grund an diese Wohnungsgenossenschaft für die Errichtung eines Seniorenhauses um den Preis verkaufen, wenn die WAG auch keinen höheren Preis von der Stadt Steyr verlangt hat.

Ich ersuche da wirklich, das auch unter den Gesichtspunkt zu sehen und diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In einer Zeitung war ja bereits nachzulesen, und das in großen Lettern, dass es heute die große Auseinandersetzung zwischen ÖVP und der SPÖ geben wird, bezüglich dieses Berichtes, bezüglich dieses Grundstückverkaufes. Ich muss aber feststellen, die Luft ist größtenteils heraußen und ich muss aber auch ganz offen sagen, also ich verstehe die Aufregung der ÖVP überhaupt nicht, denn der Referent hat ja bereits darauf hingewiesen und das ist auch unsere Meinung, dass es doch ein wesentlicher Unterschied ist, wenn man von einem Grundstückverkehrswert an der Stelzhamerstraße oder in Münchenholz redet. Der zweite Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der, auch wenn es keinen Grundsatzbeschluss geben würde, den der Kollege Bremm ja sehr ausführlich beschrieben hat, im Bezug auf die zur Verfügungstellung von günstigen Grundstücken für derartige Zwecke aus dem Jahre 1983, das stimmt, ich bin seit 1979 im Gemeinderat und kann mich tatsächlich noch daran erinnern, und wie gesagt, auch wenn es den Grundsatzbeschluss nicht geben würde, sind wir nach wie vor der Auffassung, dass es doch entscheidend ist, zu welchem Zweck die Stadt Steyr ein Grundstück verkauft. Man kann das doch bitte nicht so beurteilen, als würde sich dort ein Industrieunternehmen situieren, oder was weiß ich sonst geschehen, sondern da geht es tatsächlich darum, dass das im Interesse der Allgemeinheit ist, nämlich dort ein Senioren- oder Pensionistenwohnhaus zu errichten und es wäre doch wirklich nicht gut und eigentlich nicht zielführend, meine Damen und Herren, wenn man jetzt die Entstehung dieses Seniorenheimes bereits durch einen entsprechend hohen Grundstückspreis von Haus aus verteuern würde und dann vielleicht, weil sich das niemand leisten kann, weil es gibt halt viele, die in irgendein privates Seniorenheim gehen, wo sie viel zahlen, wenn man dann vonseiten der Stadt entsprechend subventionieren müsste. Das ist ja wirklich nicht sinnvoll und das sind die Gründe, die meisten hat ja der Kollege Bremm schon ausgeführt, die auch in unserem Interesse sind und das, was ich auch gesagt habe, sind die Hauptgründe, dass wir selbstverständlich diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Kurt bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Bei oberflächiger Betrachtung kann man ja wirklich nicht sagen, dass es sich hier um einen Antrag handelt, dem man nicht die Zustimmung geben kann. Selbstverständlich, denke ich mir, müssen wir trachten, dass wir wenn wir sozialen Wohnbau hier betreiben wollen, dass wir auch schauen müssen, dass einerseits die finanziellen Rahmenbedingungen passen, aber dass auch die inhaltlichen Rahmenbedingungen passen und mit den inhaltlichen Rahmenbedingungen sind wir, oder ich im Speziellen, nicht zufrieden. Ich hätte mir gewünscht, dass dort betreubares Wohnen passiert, ich hätte mir gewünscht, dass dort auf diesem Grundstück genauestens geprüft wird, ob nicht das bestehende Pensionistenheim weiterverwendet werden kann, renoviert werden kann. Ich habe bis heute, ehrlich gesagt, keinen stichhaltigen Beweis dafür, dass das nicht ohne weiteres möglich gewesen wäre, ich habe auch keinen stichhaltigen Beweis dafür, dass es zu einer wesentlichen Verbesserung für die Pensionisten und Pensionistinnen kommt, wenn sie direkt an der Straße ihre zukünftigen Wohnungen haben und ich habe keinen

Beweis dafür, dass es unbedingt notwendig ist, einen gesamten Park umzusägen, für dieses Grundstück. Ich habe aber Verständnis, dass die Stadt Steyr das hier zu einem günstigen Preis kauft, weil Herr Dipl.-Ing. Altmann, es gibt auch ein Leben jenseits der Gewinnspanne und volkswirtschaftlich betrachtet wäre es uns sowieso wiederum auf den Kopf gefallen, als Subventionsgeber, wenn wir quasi dort die Menschen indirekt subventionieren hätten müssen. Also, ich bin ein bisschen im „Wigl-Wagl“, ich glaube ich werde mich der Stimme enthalten, weil ich grundsätzlich mit dem Gesamtprojekt, so wie es da liegt und so wie es jeder vielleicht auch in seiner Mappe hat, nicht einverstanden bin, bin aber durchaus dafür, dass die Stadt für sozialen Wohnbau trachtet, auch die Preise günstig zu halten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte mich eigentlich nicht gemeldet, aber aufgrund der Wortmeldung des Kollegen Apfelthaler muss ich schon sagen, dass das Wohnhaus vom Land überprüft worden ist und dass festgestellt worden ist, dass keine Renovierung mehr möglich ist, es war sogar vonseiten des Landes jemand da. Eines möchte ich auch noch sagen, die Fenster, weil sie straßenseitig sind; meine Mutter ist im 84. Lebensjahr und die schaut gerne beim Fenster und ich glaube, das haben die alten Leute schon gerne, dass sie beim Fenster runterschauen können, dass ihnen das was bringt und dass sie sich wohlfühlen. Ich muss eines dazusagen, was mir wichtig ist und das habe ich auch vom Kollegen Bremm gehört, dass das Haus barrierefrei gemacht wird, es wird auf der Basis betreubares Wohnen gemacht, ist aber ein normales Seniorenwohnhaus, wo es nicht die hohe Förderung gibt und ich glaube es ist notwendig, dass unsere ältere Generation so lange wie möglich in einem vertrauten Heim bleiben kann. Ich glaube, dass sich im Münichholz, da gehen ja sehr viele Fenster auf die Straße, die Leute trotzdem wohlfühlen und es passt in unser Siedlungsgebiet hinein, weil wir haben eigentlich überall die Gestaltung der Höfe und das sieht man aufgrund des Planes auch. Ich ersuche um Verständnis, das ist jetzt meine persönliche Meinung, aber mir war es wichtig, dass ich die auch dazugesagt habe.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Warum machen wir nicht gleich betreubares Wohnen, das brauchen wir wie einen Bissen Brot.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nein, es wird ja auf dieser Basis gebaut, aber es wird vonseiten des Landes nicht gefördert, weil wir ja nur eine gewisse Anzahl haben.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Gerade wenn es die hohe Förderung gibt, warum holen wir sie uns dann nicht?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Weil wir sie nicht bekommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, geschätzte Kollegen, Presse ist ja nicht mehr da. Es ist sicher nicht so, dass die ÖVP gegen einen sozialen Wohnbau ist, das ist überhaupt keine Frage, wir sind dafür. Es ist uns nur diese Art und Weise, wie da die Sachen umgeschichtet werden, nicht Recht. Ich nehme an, dass die Erste GWG dann die Bauausschreibung nicht um 13,5 % in der Gesamtsumme machen wird, wahrscheinlich schauen wird, dass sie darunter liegt und so wie es üblich ist, um die 9 % vom Gesamtbaupreis, was ja dann in Summe den Gesamtpreis ausmacht. Ob ich jetzt das Grundstück billig kaufe und einen hohen Betrag für die Bauausführung habe, oder ob ich einen hohen Grundstückspreis habe und wenig für die Bauausführung zahle, ist unter dem Strich vollkommen egal. Sie haben gesagt, alle Kosten werden zusammengerechnet und im Prinzip umgerechnet, umgelegt auf den Mietzins, da reißt es sich um 10 Cent pro m² und wie gesagt, es ist uns einfach diese Relation zwischen Kaufpreis nicht Recht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich möchte noch einmal sagen, es sind im Bauwesen einfach für bestimmte Leistungen Prozentsätze vorgesehen. Die Planungen, die Architektenhonorare gehen nach Prozentsätzen, Bauaufsicht ist gesetzlich geregelt, auch bei der Baubetreuung ist vom Landesgesetz her vorgeschrieben, bei welchen Prozentsätzen da der Zuschlag ist und die Erste GWG verdient da in keinster Weise was, sondern sie wird den Bau ausschreiben und es wird dann die Schlussrechnung sein, was waren die Grundkosten, was waren die Baukosten und aus dem wird sich die Miete zusammensetzen und da spielt der Grund natürlich schon eine Rolle. Ich würde wirklich ersuchen, auch die ÖVP würde ich ersuchen, wir richten nicht einen Preis nur für die Erste GWG her, sondern wir verlangen nur das, was die WAG – und da kann man wirklich nicht sagen, dass uns die WAG da irgendwo großartige Geschenke machen will, Walter, du als alter Münichholzer weißt das, dass das in keinster Weise der Fall ist, sondern wir verlangen nur das, was die WAG bei der Stadt Steyr und bei der GWG der Stadt Steyr verlangt hat. Es gibt kein besseres Argument dafür und wir wollen da auch nicht die Grundpreise irgendwo treiben, das kann nicht unsere Aufgabe sein, das haben wir eh zuerst schon erläutert. Also, ich ersuche da wirklich, das bei der Abstimmung mit zu berücksichtigen. Zu dem, was der Kurt Apfelthaler gesagt hat, warum wir nicht gleich betreubares Wohnen dort machen; ich habe eh versucht es darzustellen, es ist ausschließlich eine Ersatzbeschaffung für die Mieter, die jetzt in der Punzerstraße 60 b wohnen. Das Haus hat 70 Wohnungen, es ist in einem äußerst desolaten Zustand, obwohl es noch nicht so alt ist, wir sind halt mit dem Haus auch in eine Errichtungszeit hineingekommen, wo man nicht auf Qualität geschaut hat, sondern wo man nur auf die Anzahl geschaut hat, dass man so viel wie möglich Wohnungen baut, also nicht Qualität, sondern Quantität, hat man damals geschaut. Das ist uns dort auch passiert, es ist äußerst desolat, wir haben dort keine Nachbesetzungen mehr machen können, wir haben keine Einweisungen in diese Wohnungen mehr machen können. Wir haben das Land ersucht, damit wir eine objektive Stelle haben, was sie sagen, ob das sanierbar oder nicht sanierbar ist und die Frau Vizebürgermeister hat es eh schon gesagt, auch seitens des Landes, der zuständigen Abteilung vom Landesrat Kepliner, er war selber da und hat sich das Haus angeschaut, weil dort eh sehr heftig darüber diskutiert worden ist, und er hat gesagt, das kann man nicht mehr sanieren. Eines möchte ich auch noch zu bedenken geben, in einem Haus, wo nach wie vor rund 40 Mieter drinnen sind, 30 Wohnungen sind schon frei, also es wird ein Geisterhaus, es ist für die Leute dort erschreckend. Die bekommen schon Angstzustände, die älteren Leute sind da sowieso noch empfindlicher, da muss man noch mehr aufpassen. Wenn man jetzt trotz allem sagen würde, gegen den Vorschlägen und Empfehlungen des Landes, das Haus zu sanieren, umzubauen auf den heutigen Standard, wenn 40 Leute drinnen wohnen und da hast du vielleicht monate- und jahrelang, weil solche Subventionen gehen ja über Jahre, ständig das Hämmern und das Bohren, das ist unmöglich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Also, ich würde das keinem einzigen Mieter in dem Pensionistenhaus zumuten, ich würde es mir nicht einmal selber wünschen, geschweige denn den älteren Leuten zumuten. Aus diesem Grund ist es nur eine Ersatzbeschaffung und da kann es kein betreubares Wohnen sein, weil beim betreubaren Wohnen gibt es bestimmte Auflagen vom Land bei der Einweisung, da muss ja eine bestimmte Pflegestufe gegeben sein usw., und das kann man in dieser Form der Ersatzbeschaffung nicht machen. Wir wollen aber ein bisschen über den Zaun drüber schauen und vielleicht weiter denken und vielleicht bringt man dort in der Zukunft auch noch ein betreutes Wohnen zustande, weil das alte Haus soll auf alle Fälle weggerissen werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, ich glaube, dass die Fakten alle am Tisch sind und ich rechne auch damit, dass die ÖVP-Gemeinderäte, vor allem auch die Jungen einmal so eine Pensionistenwohnung brauchen und froh sein werden, wenn sie nicht viel Miete zahlen müssen. Ich glaube, dass das der GR Lengauer sehr gut verstehen wird.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, ich weiß das ganz genau, ich habe auch eine Mama, die sehr froh ist, dass sie in einem Pensionistenhaus wohnen kann. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 3 Grüne, ÖVP, Bürgerforum. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter, wir kommen zum nächsten Berichterstatter, Herrn StR Wilhelm Hauser.

BE:STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Mein

Antrag befasst sich mit der Anhebung der Bestattungstarife bei der Erdbestattung und sieht also vor, dass wir ca. um 2 % im Durchschnitt die Bestattungstarife anheben, ab dem 1.10.2006. Es soll ab dem 1.1.2008, so wie schon beim Krematorium eine Indexsteigerung der Bestattungstarife stattfinden.

18) Stw-39/06 Städtische Bestattung – Anhebung der Bestattungstarife ab 1.10.2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 09.06.2006 wird der Anhebung der Bestattungstarife entsprechend dem in der Beilage übermittelten Entwurf ab 01.10.2006 und der Preisanpassung für Folgejahre (ab 1.1.2008) zugestimmt. (Beilage)

Ich ersuche um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Hack, dann der Roman.

GR Andreas Kupfer verlässt um 18.00 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, es tut mir Leid, dass ich in der Ausschusssitzung keine Zeit gehabt habe, weil ich hätte damals schon gerne darüber diskutiert. Das ist nämlich ein Antrag, wo eigentlich beim StR Hauser wieder sein bekanntes und gefürchtetes Bauchweh auftreten müsste. Wir haben grundsätzlich nichts gegen eine Preiserhöhung, die begründet ist, aber wenn der Personalvertreter das liest, dann müsste es ihm eigentlich den Magen umdrehen, weil wenn eine junge Mutter aus dem Karenz in den Betrieb zurückkommt, dass das dann als Grund für eine Preiserhöhung herangezogen wird, für eine Gebührenerhöhung, ja bitte das ist ja eigentlich ein Wahnsinn. Diese Formulierung ist ja fast menschenverachtend. Die Steigerung der Bezüge der Magistratsbediensteten, also das als Begründung für eine Preiserhöhung in der Bestattung heranzuziehen, Herr StR Hauser, wohl mit viel Bauchweh. So, dann gibt es so eine tolle Formulierung, „die weiterhin fallenden Bestattungsmengen“ und dann steht gleich weiter, „wobei unser Anteil gegenüber der Konkurrenz immer über 50 % liegt.“ Ist das jetzt bei den fallenden Bestattungsmengen, oder was sind die 50 % gegenüber der Konkurrenz? Sind das die Bestattungen, sind das alle Bestattungen, sind das Erdbestattungen, Feuerbestattungen, Verarschungen oder sonst etwas, wo dann die Konkurrenz noch dazu ja auch gleichzeitig euer größter Kunde, oder ein sehr großer Kunde ist? Mit welchen Federn schmückt ihr euch da eigentlich? Was ist der Anteil über 50 % zur Konkurrenz, bitte was soll das für eine Aussage sein? Wollt ihr euch jetzt besser machen, als ihr seid, oder sonst etwas? „Das ist eine entsprechende Balance dann zu den Marktpreisen und Marktbedingungen, wo unser Konkurrent nach allen Kräften sucht, z. B. die Inanspruchnahme der Aufbahrungshalle und Kühlräume zu reduzieren.“ Natürlich, das ist schon klar, wenn z. B. in der Gebührenordnung drinnen steht, dass am Mittwoch Vormittag Bestattungen möglich sind, es gibt aber bei der Bestattung am Mittwoch Vormittag keine Termine, noch dazu steht in der Gebührenordnung, dass Mittwoch Vormittag der doppelte Tarif verlangt werden könnte, es wird aber nicht gemacht. Ich weiß nicht, weil sie dann Mittwoch Mittag nach Hause gehen, oder so, das kann ich nicht sagen. Dass dann natürlich der sogenannte Konkurrent, der Böse, es heißt zwar immer Konkurrenz belebt das ganze Geschäft, dass der böse Konkurrent dann schaut, wie er mit günstigen Terminen zusammenkommt, dass er das dann macht, das ist schon richtig. Übrigens, das mit der Aufbahrungshalle und so, das ist so eine Geschichte. Ich habe es leider im eigenen Familienkreis erlebt, es gibt eigentlich nichts Schöneres als den Sarg in der Kirche aufzubahren und nicht in der Aufbahrungshalle oben, und das wird in der letzten Zeit häufiger gemacht, weil es einfach persönlicher ist, schön ist in diesem Zusammenhang nicht der richtige Ausdruck, aber es ist viel persönlicher und das sind natürlich wieder Kosten, die euch im Prinzip abgehen. Dann der letzte Satz ist ja auch wirklich deutsch, ganz allgemein verständlich. „Die Stadtwerke Steyr ersuchen um Freigabe der Einreichung des Vorschlages zur Genehmigung an den Gemeinderat“. Dann sagen Sie mir bitte, was sie da jetzt abstimmen und welche Genehmigung sie da erteilen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich hatte ja bereits mehrmals die Gelegenheit vor diesem Gremium darauf

hinzuweisen und festzuhalten, dass es in dieser Funktionsperiode des Gemeinderates, also seit 2003, kaum eine Sitzung gegeben hat, in der nicht Tarife oder Gebühren angehoben wurden. Diese Tarifierhebungsanträge wurden mit verschiedensten Begründungen dem Gemeinderat vorgelegt. Es waren viele Anträge dabei, die bedauerlicherweise ihre Rechtfertigung insofern gefunden haben, als sich ja bekannterweise die Energiekosten in allen Bereichen massiv niedergeschlagen haben und zur Verteuerung geführt haben. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich auch keine besondere Kritik daran geübt, dass die Stadtwerke diesmal nicht mit einem Plus abgeschlossen haben, sondern mit einem Minus von 1,16 Mio. Euro. Ich habe eigentlich dem Kollegen Hauser die Möglichkeit gegeben, das zu erklären und er hat ja nicht unrecht, wenn er darauf eingegangen ist, dass es dadurch zumindest im Betriebsverbund Gas und Verkehr zu Problemen gekommen ist, weil man ja nicht ständig unseren Gaskunden zumuten konnte, diese Preise anzuheben, wie es eigentlich wirklich notwendig gewesen wäre, aufgrund der ständig steigenden Rohölpreise, weil diese ja im Zusammenhang zu sehen sind. Was ich von der Gasliberalisierung halte, habe ich mehrmals bekannt gegeben, die Wahrheit schaut so aus, ich betone es nochmals und sage es sehr deutlich in einem Satz: Es hat lediglich dazu geführt, oder der Hintergrund war eigentlich der, dass man im Ministerium Bartenstein ein Gremium gegründet hat, von Leuten, die gar nicht so schlecht verdienen, die mehrere Millionen an Eigenkosten verursachen, und schlussendlich nichts dabei herausgekommen ist, mit Ausnahme dessen, dass die mittleren und kleinen Gasbezieher die Rechnung zu bezahlen haben, wo andere Großunternehmen eben einen günstigeren Gastarif erhalten. Und jetzt schaut es überhaupt schon so aus, dass die Stadtwerke noch dafür zahlen müssen, dass sie die Leitungen zur Verfügung stellen, die aus Steuergeldern errichtet wurden. Meine Damen und Herren, es hat aber schon auch Anträge hier in diesem Gemeinderat gegeben, wo sehr deutlich erkennbar war, dass diese nur zur Finanzaufbesserung gedient haben. Ich darf nur ein Beispiel nennen, das sind die Kanalbenutzungsgebühren. Da hat es ja in den letzten Jahren mehrere Anträge gegeben, zuletzt einen Antrag auf eine momentane und sofortige Verteuerung und dann hat es auch einen Beschluss gegeben, dass über Jahre hinaus dieser Tarif deswegen verteuert wird, weil man eben wie gesagt eine vorausschauende Indexanhebung beschlossen hat. Es hat also tatsächlich seine Auswirkungen, diese Tarif- und Preisanhebungen im Allgemeinen haben natürlich alle Lebensbereiche betroffen und die Kunden wurden gewaltig zur Kassa gebeten. Nun, meine Damen und Herren, das muss ich schon ganz offen sagen, ich sage das gar nicht polemisch, soll auch das Sterben wieder teurer werden und das innerhalb kürzester Zeit zum zweiten Mal und mit einer sehr eigenartigen Begründung. Ich bin jetzt höflich, ich war im Ausschuss ein bisschen heftiger, jetzt bin ich sehr höflich – mit einer sehr eigenartigen Begründung, die die Personalvertretung auf den Plan rufen müsste, denn wenn da drinnen steht, der Kollege Hackl hat es ja bereits ausgeführt, dass die Begründung hauptsächlich darin liegt, dass eine zusätzliche Mitarbeiterin den Dienst aus dem Karenz angetreten hat und eine relativ hohe Steigerung der Bezüge der Magistratsbediensteten ab 1. 1. 2006 wirksam wurde. Da müssen wir schon einmal wissen, von was wir reden, es geht da nämlich, das möchte ich auch noch einmal unterstreichen, sogar nur um eine Halbtagskraft. Meine Damen und Herren, es ist schon kühn, in einem Amtsbericht, der in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung heute zur Behandlung ansteht, zu sagen, jetzt müssen wir die Bestattungstarife erhöhen, weil die Magistratsbediensteten so viel verdienen. Das halte ich für absolut ungerechtfertigt, aber wie gesagt, ich bemühe mich, heute höflich zu sein, nachdem mich der Kollege Bremm schon so kritisiert hat, aber man müsste eigentlich ganz andere Worte dafür finden. Es gibt aber auch noch weitere Begründungen und Argumente gegen diese Tarifierhebung, meine Damen und Herren. Die Ertragslage, das stimmt ja nicht mehr, was da in diesem Amtsbericht steht, die Ertragslage hat sich im ersten halben Jahr wesentlich gebessert, natürlich zum Bedauern, weil mehr Leute gestorben sind, aber die Ertragslage hat sich gebessert. Eigentlich, meine Damen und Herren, müsste ja in diesem Amtsbericht drinnen stehen, dass trotz der intensivsten Bemühungen der Mitarbeiter dort, es nicht möglich war, die Erträge zu steigern, weil nämlich die Sterberate gesunken ist, bis zu dem Zeitpunkt, wo dieser Antrag verfasst wurde, inzwischen hat es sich gebessert, zum Bedauern für so manche, aber es hat sich dadurch die Ertragslage wesentlich verbessert. Außerdem, meine Damen und Herren, es gibt ja jetzt unterschiedliche Tarife für die gleichen Nebenleistungen bei der Erdbestattung und bei der Kremation. Eines sei auch noch sehr deutlich gesagt; seit dem Wegfall der Höchsttarifordnung, die ja im Jahre 2004 gefallen ist, hat die Stadt Steyr zweimal die Bestattungstarife geändert. Die Stadt Wels z. B. noch nicht, Amstetten noch nicht und einige andere auch noch nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wo liegen sie im Vergleich? Höher, oder? Die liegen von Haus aus höher.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist schon erstaunlich, wenn heute der Gemeinderat, und das hat es auch noch nie gegeben, weil es ja erwähnt worden ist, dass ich schon lange im Gemeinderat bin, aber das hat es auch noch nie

gegeben, dass man heute vom Gemeinderat verlangt, dass er einer Indexanhebung zustimmen soll, die am 1. 1. 2008 wirksam wird. Heute haben wir bekanntlich Anfang Juli 2006, so etwas hat es auch noch nie gegeben, meine Damen und Herren. Also, ich habe das im Ausschuss bereits gesagt, ich bin der letzte, der gerechtfertigten Tarifierhebungen entgegensteht, weil es eben notwendig ist, ich habe das begründet, aber so einen Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde ich ihnen empfehlen, nicht zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben ja eh auch im Ausschuss darüber ausführlich diskutiert und ich habe dort auch schon gesagt, es ist eigentlich überhaupt nicht recht nachvollziehbar, dass das die Gemüter hier so erhitzt. Von der Preiserhöhung, Roman Eichhübl, mittlerweile sitze ich auch, mit einer kurzen Unterbrechung, 16 Jahre in diesen Gremien und ich kann mich noch zu gut an die Zeit erinnern, vor 1991 und dann in weiterer Folge, wo wir immer kritisiert worden sind, die SPÖ hat die Tarife nie erhöht, da ist nie irgendetwas geschehen und darum sind wir überall in dieser Situation. Natürlich tut jede Erhöhung weh und jede Erhöhung ist unerfreulich, aber es wäre falsch und zu blauäugig zu glauben, wir kommen ohne Erhöhungen aus, weil wir jetzt in einer anderen Zeit sind. Das wird nicht sein, es muss nur wirtschaftlich argumentiert werden können und es muss auch plausibel dargestellt werden können. Es gibt eh so viele Erhöhungen, die in der freien Wirtschaft bei weitem nicht mehr argumentierbar sind, außer mit dem, weil wir jetzt den Euro haben und der hat heute noch überall seine Auswirkungen. Es ist so selbstverständlich geworden, 100,-- Schilling sind 10,-- Euro, das ist so selbstverständlich, da geht man so salopp darüber. Man muss das einfach auch plausibel erklären und darstellen können, also das ist eine äußerst moderate Erhöhung in bestimmten Bereichen, sogar deutlich unter der Inflationsrate. Das muss man schon sehen und dass natürlich Begräbnisse teuer sind, da pflichte ich dir 100 % zu, Begräbnisse sind teuer, ob wir da erhöhen oder nicht. Ich glaube, dass das auch am großen Markt liegt und dass die Situation nicht an unseren Stadtwerken liegt, weil dieser Teil, der wirklich teuer ist, diesen Teil bearbeiten wir eh nicht, da sind wir eh nicht drinnen, dort wo es wirklich ums Geld geht. Aber ich gebe dir Recht, dass das sehr teuer ist.

Zum Amtsbericht selber, also wenn der Kollege Schuster als Personalvertretungsobmann den Antrag formuliert hätte, dann hätte ich ihm still und leise etwas gesagt. Aber was ist denn die Erwartungshaltung von einem Geschäftsführer? Auf der einen Seite sagen wir, der soll Chef sein und er ist als Geschäftsführer so quasi Unternehmervertreter, ja vielleicht hätte er um ein Nuance eine feinere Formulierung finden können. Eines muss uns allen klar sein, das wissen wir doch alle, die ein bisschen etwas mit Wirtschaft zu tun haben, dass in einem Dienstleistungsunternehmen die Personalkosten halt der ausschlaggebende Teil sind, das sind die gravierenden Kosten. Jetzt hätte man sagen können – vielleicht wegen des Geschmacks, das kann man sehen wie man will – aufgrund der Steigerung der Personalkosten ist eine Tarifieranpassung zu machen, das hätte man so formulieren können. Er hat halt jetzt gesagt, aufgrund des äußerst hohen Lohn- und Gehaltsabschlusses bei den Magistratsbediensteten ist eine Preiserhöhung notwendig. Ich habe auch im Ausschuss gesagt, ich kann ja der Gewerkschaft nur gratulieren, dass sie einen so guten Abschluss gemacht haben und natürlich wirkt sich das dann auch in der Tarifiergestaltung aus. Aber daraus etwas zu konstruieren und da jetzt den Zeilinger zu verteufeln, das liegt ein bisschen in den persönlichen Befindlichkeiten, die mich ja schon seit längerem verfolgen, das ist ja nicht ganz überraschend, aber ich glaube, inhaltlich sollte man da doch über den Dingen stehen, ob mir einer passt oder nicht passt, das gehört in Wirklichkeit nicht zu einer sachlichen Argumentation dazu.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Das ist eine Verarschung!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich weiß ja eh, dass sie sich nicht mögen, okay, vielleicht beruht es auf Gegenseitigkeit, ich weiß es nicht, aber es entsteht so ein bisschen der Eindruck.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Die 50 % sind mir immer noch nicht klar, was er damit meint.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Also, erstens ist einmal klar, dass die Erhöhung unter der Inflationsrate stattfindet, und zwar unter der Inflationsrate eines Jahres und wir haben 1 Jahr und 9 Monate, dann erhöhen wir, weil wir erhöhen mit 1. 10. 2006. Das zweite ist, dass es nicht stimmt, dass es eine Halbtagskraft ist, sondern eine Teilzeitkraft, sie hat um 5 Stunden ihre Arbeitszeit reduziert. Die Personalkosten sind gestiegen, in einem Dienstleistungsbetrieb sind die als Kalkulationsfaktor einzubringen und das ist halt auch ein Faktum. Zu den 50 %, da ist es so, dass von allen Bestattungsfällen, die in Steyr stattfinden, 50 % und darüber die städtische Bestattung durchführt.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Bestattungsfälle oder Sterbefälle?

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Bestattungsfälle, weil alle werden ja nicht in Steyr begraben.
GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Man muss das Gleiche mit Gleichem vergleichen, die Feuerbestattung ...

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Alles.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Das ist klar, der Konkurrent muss die Feuerbestattung bei euch machen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Nein, aber dann führt sie er durch. Das ist schon richtig gerechnet, der Geschäftsfall ist berechnet.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Vertrittst du den Stiegler oder die Stadt Steyr?

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Es tut mir Leid, wenn Sie den Geschäftsbericht lesen würden, wüssten Sie es. Sie sagen ja immer, Sie lesen die Geschäftsberichte, dort hätten Sie nur nachlesen brauchen, dann hätten Sie es gelesen, was im Jahr 2004 und so war. Ein weiteres möchte ich schon auch noch dazu sagen, weil immer so von Preistreiberei bzw. überhöhten Tarifen gesprochen wird. Wir sind in einigen Punkten, Herr Kollege Eichhübl, noch unter der Höchsttarifordnung, trotz dieser jetzigen Erhöhung, wie sie mit 1.1.2005 bestanden hat, oder im Jahr 2004 trotz der Liberalisierung, und wir sind z. B., weil Sie zuerst Wels und Amstetten genannt haben, wobei Amstetten in Niederösterreich liegt und man ja sagen muss ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Da haben wir aber auch Geschäftsbeziehungen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Ja natürlich, aber wir haben auch zu anderen Institutionen Geschäftsbeziehungen und z. B. in Linz liegen die Tarife weit über Steyr. Also, nur damit man sich die Vergleiche anschaut, man soll da nicht immer nur die suchen, wo man vielleicht um ein kleines bisschen darunter liegt, sondern man sollte sich alle anschauen.
In diesem Sinne ersuche ich, diesen Antrag zu beschließen, weil es auch nichts Ungewöhnliches ist, wir haben das auch schon beim Krematorium, dass wir dann eine indexgesteigerte automatische Anhebung haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung, wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, 1 ÖVP (Gabath). Ist jemand dagegen? 1 ÖVP (Altmann) 2 FPÖ.
Stimmhaltungen? ÖVP und Bürgerforum. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.
Ich danke dem Berichterstatter.
Bevor wir zur letzten Berichterstatterin kommen, möchte ich noch eine Verlautbarung machen. Der Herr DI Staberhofer hat mich gebeten, dass ich euch einlade, es ist heute die Eröffnung des Logistikums in der Fachhochschule und der gesamte Gemeinderat ist dort eingeladen. Wenn sie noch Zeit finden, dass sie dort hingehen, dann kommen sie bitte hin.

Nächste Berichterstatterin, Frau StR Ingrid Weixlberger bitte.

BE:STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem ersten Antrag geht es um einen Antrag der GR Frech und GR Ing. Wolfgang Hack.

Mit Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 19.3.1992 gibt es RICHTLINIEN FÜR DIE FÖRDERUNG VON HOCHWASSERSCHUTZMASSNAHMEN IN STEYR.

Der dabei vorgesehene Zuschussbetrag kann derzeit bis zu einer Höhe von 20 % der tatsächlich anfallenden förderungswürdigen Kosten gewährt werden, darf jedoch einen Höchstbetrag von S 10.000,-- nicht übersteigen.

Der Antrag der beiden Gemeinderäte lautet:

22) Präs-419/06 Antrag des Bürgerforums und GR Ing. Hack betreffend Richtlinien für die Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen in Steyr; Änderung des Zuschussbetrages.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der eingangs erwähnte Passus wird wie folgt abgeändert:

„Der dabei vorgesehene Zuschussbetrag beträgt maximal 1.000,-- Euro.“

„Dieser Betrag wird in Folge in 3 Jahres Intervallen auf Basis des VPI 2001 jeweils zum 1.1. des Folgejahres angepasst. Als Basis ist jeweils der VPI des ÖSTAT oder ein an dessen Stelle tretender Index mit Berechnungsbasis September heranzuziehen. Die kaufmännische Rundung erfolgt auf vollen Euro.“

„Geltung ab 1.1.2007.“

Begründung:

Das letzte Hochwasser im Juni 2006 hat erneut gezeigt, wie wichtig eine effiziente Hochwasservorsorge der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist. Es ist im Interesse der Stadt Steyr, diese präventiven Maßnahmen zu fördern. Da der maximale Zuschussbetrag seit rund 15 Jahren nicht mehr erhöht worden ist und noch immer auf 10.000,-- Schilling lautet ist eine Umstellung auf Euro und Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten längst an der Zeit. Zugleich soll sichergestellt werden, dass dieser Betrag künftig – analog wie bei Tarifen der Stadt – valorisiert wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Zur Geschäftsordnung!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zur Geschäftsordnung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Zur Geschäftsordnung, meine sehr geehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Gerade in solchen Punkten werden wir ja, wenn wir direkt in den Gemeinderat gehen, meistens kritisiert. In welchem Ausschuss ist das behandelt worden, wo ist das diskutiert worden? Ich stelle den Antrag, dass wir diesen Punkt an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss weiterleiten und dort dann diskutieren, weil es gibt ja auch ein paar Formulierungen drinnen, die man auch diskutieren muss. Aber ich stelle den Antrag, diesen Antrag an den Ausschuss zu übermitteln.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Antrag zur Geschäftsordnung. Wortmeldung ÖVP? Keine. Grüne? Keine. FPÖ? Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Wir haben kein Problem mit diesem Geschäftsordnungsantrag,

dass man im zuständigen Ausschuss darüber diskutiert, erwarten uns allerdings aufgrund der Wichtigkeit dieser Angelegenheit, dass dieser Antrag in der nächsten Gemeinderatssitzung wieder auf die Tagesordnung kommt. Man kann im Detail sicher noch über das eine oder andere dort diskutieren, schadet ja angeblich nie, im Ausschuss über etwas zu reden. Ich möchte aber schon betonen, vor ein paar Wochen ist es uns ja wieder drastisch vor Augen geführt worden, wie wichtig es ist, dass auf diesem Gebiet etwas geschieht. Die Förderung ist ja – wie dem Antrag der beiden Gemeinderäte auch zu entnehmen ist – nicht nur alt und auch noch in Schillingbeträgen, also hier ist akuter Handlungsbedarf. Ich bin mir nämlich nicht ganz sicher, in welchem Tempo diese Hochwasserschutzmaßnahmen noch vor sich gehen werden, die vom Land, vom Bund und von der Stadt usw., und auch die besten Hochwasserschutzmaßnahmen, jetzt die Enns betreffend, werden wahrscheinlich letzten Endes nie ganz verhindern können, dass das Wasser herauskommt. Noch einmal auf die Feuerwehr zurückkommend, die sich das letzte Mal ja zu Recht massiv beschwert hat, dass es leider viele Bürger in dieser Stadt gibt, die nicht ein paar Hundert Euro investieren, aber dann von der öffentlichen Hand, oder von der Feuerwehr, oder vom Wirtschaftshof, den man da ja auch nicht ganz vergessen darf, erwarten und mehr oder weniger sogar verlangen, dass Garagen, Kellerräume, teilweise Lagerräume usw. selbstverständlich ausgeräumt werden, und wenn sie nicht um 9.00 Vormittag schon dastehen, teilweise sehr unfreundlich zu diesen Leuten sind, die das immerhin freiwillig am Sonntag Vormittag machen, pünktlich nachdem der letzte Tropfen Hochwasser beim Ennskai herunter war. Das soll bei dieser Gelegenheit auch einmal gesagt werden; darum ist es ganz wichtig, dass diese Hochwasserschutzmaßnahmen von den Bürgern, die davon betroffen werden – und es sind immer noch einige, die das einfach dem Wasser überlassen – auch in Anspruch genommen werden und da ist es natürlich wichtig, dass man das subventioniert. Ich möchte vielleicht schon auch noch erwähnen, das ist vielleicht auch nur eine Nebennote, aber der Kollege Eichhübl ist ja letztes Mal zu diesem Hochwasserbeirat gegangen, der ja vom Bürgermeister ins Leben gerufen wurde, und hat dort seitens unserer Fraktion sinngemäß das verlangt, was hier drinnen steht. Die Frau Frech hat dort einmal gut zugehört, ist dann gleich zum Kollegen Hack gelaufen und hat den Antrag gestellt. Wenn man das schon mit demokratiepolitischen Überlegungen anstellt, dann könnte man zumindest – wenn man noch ein bisschen demokratiepolitisches Verständnis pflegt – auch zu den Urhebern gehen und sagen, vielleicht wollt ihr auch unterschreiben, machen wir gemeinsame Sache. Aber wahrscheinlich ist die große Schlagzeile wieder einmal wichtiger gewesen, als die berühmte Sache.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich frage mich zwar, warum man da jetzt wirklich einen Geschäftsordnungsantrag stellen muss, dass man endlich einen Betrag erhöht, der seit 1992 gleich geblieben ist, der noch immer in Schilling ist, aber wenn es dazu führen sollte, dass man statt den 1.000,-- Euro vielleicht auch 2.000,-- Euro oder mehr bekommt, dann bin ich natürlich gerne dafür, dass man darüber diskutiert. Weil ich kann mir eigentlich nur vorstellen, dass es um den Betrag geht, dass sie den erhöhen möchten, weil der zweite Passus ist eins zu eins übernommen aus einen der letzten Gebührenanpassungen, die wir vorgenommen haben, das heißt, das hat damals der zuständige Jurist so formuliert, also ich gehe davon aus, dass was bei Gebühren möglich ist, natürlich auch bei Förderungen möglich ist. Na ja, und dass es ab 1.1.2007 gilt, dagegen kann man auch nichts haben. Das heißt, ich bin natürlich dafür, dass man das an den Ausschuss zuweist, damit man zu einer höheren Förderungssumme kommt und auch zu einem höheren Betrag, als diese 20 %. Herr Kollege Payrleithner, es passt da wieder einmal dazu; würdest du in jeden Ausschuss gehen, dann wüsstest du, dass das nicht im letzten Hochwasserbeirat wieder eingebracht worden ist, sondern - ich habe jetzt bei mir einmal nachgeschaut – ich habe es schon in 4 Ausschusssitzungen gebracht, ich habe schon eine Anfrage dazu im Gemeinderat eingebracht.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Frau Kollegin, Sie sind ja eh so toll!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
... und zwar deshalb ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie sind ja gar nicht dran, Herr Kollege Eichhübl. Der Herr Kollege Payrleithner kann sich ja eh gerne zu Wort melden. Kann er ja eh, da braucht er Sie nicht dazu.

Aber Faktum ist, wir hätten das schon lange machen können, Herr Bürgermeister, du erinnerst dich, ich habe dich schon ein paar Mal auf diesen Punkt angesprochen, nämlich dass diese 10.000,-- Schilling noch drinnen sind, dass es viel zu wenig ist und ich habe es in gezählten 4 Ausschüssen gebracht, ich habe bereits einmal eine Anfrage dazu eingebracht und beim Hochwasserbeirat habe ich es auch wieder betont, also so ist es nicht. Aber wie gesagt, wenn es dazu führt, dass es zu einem höheren Betrag kommt, lasse ich es gerne zuweisen, aber möchte auch verstärken, dass es dann wirklich in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Ich darf Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn ich Hausbesitzer wäre und ich hätte da ein Haus am Ennskai, dann hätte ich mir diese Vorrichtungen schon längst gekauft, ob das 10.000,-- Schilling oder 1.000,-- Euro kostet, das wäre mir völlig egal, das hätte ich schon längst gemacht.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da brauchen wir gar nicht diskutieren. Also, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung. Wer für diese Zuweisung an den Finanz- und Rechtsausschuss stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme, sensationell.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem letzten Antrag geht es um die Neufassung der Parkgebührenverordnung der Stadt Steyr. Aufgrund mehrmaliger Änderungen zur Vereinfachung der Lesbarkeit und Verständlichkeit kommt es zu einer Neufassung der Parkgebührenverordnung, gleichzeitig auch im Wesentlichen zu folgenden Änderungen. Aufgrund der OÖ. Parkgebührengesetznovelle 2005 ist die Abgabebefreiung der Fahrzeuge für Sozialhilfverbände entfernt worden. Die Abgabebefreiung fällt jetzt in das Beschlussrecht der Gemeinden und auch die Städte Linz und Wels haben wie bisher die Parkgebührenverordnung, oder die Befreiung der Parkgebührenverordnung für bestimmte Fahrzeuge wieder aufgenommen. Das soll auch in Steyr passieren. Zum Zweiten kommt es zur Änderung der Organstrafen, der bisherige Strafbetrag soll von € 21,80 auf € 23,-- erhöht werden und bei der Anonymverfügung soll von € 29,07 auf € 30,-- aufgerundet werden.

23) VerkR-591/06 Neufassung der Parkgebührenverordnung der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Verkehrsrecht und öffentliche Sicherheit vom 12. Juni 2006 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Neufassung der Verordnung über die Einhebung einer Gemeindeabgabe für das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in als gebührenpflichtig gekennzeichneten Kurzparkzonen (Parkgebührenverordnung der Stadt Steyr), genehmigt.

Die Verordnung ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt am 01. September 2006 in Kraft.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr GR Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium; und wieder einmal sind hauptsächlich unsere Besucher der Stadt Steyr die Melkkühe und wahrscheinlich die Retter des Budgets. Was die Lesbarkeit betrifft, wenn das mit der Lesbarkeit begründet wird, dann würde ich sagen, zwei Zweier nebeneinander sind leichter lesbar oder erfassbar als zwei und drei. Warum wird von € 21,80 auf € 23,-- erhöht und nicht auf € 22,--? Es wird da wieder nur von den Besuchern der Stadt, die etwas länger herinnen bleiben und die Zeit übersehen, wieder einmal „abgecasht“ und es ist ein weiterer Schritt, dass wir uns einfach unbeliebt machen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist ja schon ganz interessant, dass man bei dem vorhergehenden Antrag, der ja sehr viel kürzer war, eine Zuweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss braucht, in dem Fall diese Verordnung aber in keinem Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss war, aber sehr viel weitreichender ist. Aber gut, das sei dahingestellt. Was allerdings noch immer nicht gemacht wird, ist das, wenn man sich den § 2 anschaut, die Höhe der Parkgebühr, grundsätzlich 50 Cent für jede angefangene halbe Stunde und ich muss mindestens eine halbe Stunde zahlen. In vielen anderen Städten ist es möglich minutenmäßig abzurechnen und ich denke mir, dass das jetzt eine Möglichkeit gewesen wäre, bei einer neuen Parkgebührenordnung, dass man diese minutenmäßige Abrechnung auch machen kann.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Und ich denke mir auch, dass es nicht unbedingt ein positives Signal ist, die Strafen noch mehr zu erhöhen, als sie bereits sind. Das heißt, ich denke mir, die Schmerzgrenze ist diesbezüglich ohnedies erreicht, vor allem wenn man sich anschaut, wie massiv in Steyr im Prinzip abgestraft wird und es kaum eine Toleranzgrenze gibt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber eine halbe Stunde ist überall das wenigste.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Walter, ich würde dich bitten. Letzte Wortmeldung am letzten Tag.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, hohe Beamtschaft, Presse. Zwölf Jahre, 3 Monate, 3 Wochen, 3 Tage sind vergangen, seit ich ungefähr dort, wo die Silvia sitzt, in diesem Gemeinderatssaal angelobt wurde, am 10. März 1994. Die Zeit, in der ich angetreten bin, war noch eine sehr schwierige Zeit. Damals hat es noch geheißen, Krisenregion Steyr. Es war mühselige Arbeit, es war schwere Arbeit und ich bin stolz darauf, dass ich besonders in zwei Institutionen, fast von Anfang an in der einen, im FAZAT, und bei der anderen relativ stark beteiligt, in der offenen Arbeitsstiftung Steyr, für die Bevölkerung, für die arbeitenden Menschen in Steyr, sehr viel tun habe können, dass ich dort mitwirken durfte, alleine geht ja gar nichts. Die Jahre hier herinnen waren schön, waren oft schwierig, ich war bekannt dafür, dass ich nie sehr lange geredet habe, ich werde das auch heute nicht tun, und ich bin auch stolz darauf, dass ich mich immer kurz gehalten habe und Gunter Mayrhofer hat ja schon betont, dass ich mich immer bemüht habe, mit allen zu reden, über alles zu reden und eben eventuell Kompromisse zu schließen. Ein lachendes, ein weinendes Auge, ist heute da, aber ich muss ehrlich sagen, das lachende ist etwas größer. Es war eine schöne Zeit, ich habe gerne mit allen zusammengearbeitet und ich glaube, ich habe gerne mit allen gesprochen und auch hie und da lustige Arbeit erlebt. Ich werde dir, lieber Herr Bürgermeister, heute mein Rücktrittsschreiben per 31. August übergeben, mit der Bitte es an die richtige Stelle weiterzuleiten.

Gelächter

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Kleine Späße am Schluss sind mir ja erlaubt. Ich bin davon überzeugt, dass das geschieht und ich wünsche allen, die hier sind und die noch hier sein werden, viel Kraft und Zuversicht für unsere schöne Stadt Steyr. Nehmen Sie das Mandat bitte ernst und beherzigen Sie von mir, als noch nicht ganz der Senior, aber doch einer der Älteren, der Ton in diesem Raum hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Sorgen Sie dafür, dass er wieder besser wird, dass wieder mehr Achtung vor einander einzieht. Ich darf im Anschluss an die Sitzung Konkurrenz machen zum Herrn Staberhofer, ich lade ein, alle, die hier herinnen sind, auf eine Umtrunk zu den „Frechen“ Weinen, Stadtplatz 2. Danke schön.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön, GR Gabath. Ich möchte gleichzeitig noch einmal die Einladung an beide Gemeinderäte aussprechen, bei der ersten Gemeinderatssitzung im September seid Ihr beide noch einmal eingeladen, wo die Neubestellung der neuen Gemeinderäte passiert, ich möchte hier noch eine gemeinsame Abschiedsfeier machen.

Wir sind jetzt am Ende unserer Tagesordnung.

Zwischenruf: Nein, Abstimmung!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, Abstimmung, jetzt hätten wir das Wichtigste bald noch vergessen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ. Wer ist dagegen? 3 ÖVP (Altmann, Wührleitner, Hack) , Bürgerforum. Stimmenthaltungen? Keine, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Wir hatten heute Verhandlungsgegenstände im Wert von 2.208.800,-- Euro. Kenntnisnahme von Beschlüssen in Summe von 20.000,-- Euro, somit 2.228.800,-- Euro.

Ich wünsche noch allen einen schönen Urlaub, genießen sie ihren Urlaub, erholen sie sich gut und kommen sie wieder gesund zur nächsten Gemeinderatssitzung zurück.

ENDE DER SITZUNG: 18.45 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Christian Aichmayr eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Mag. Erwin Schuster eh.

GR DI Christian Altmann eh.